



26. Jahresbericht des Präsidenten

2007

2006

2005

2004

2003

2002

2001

Flexibel

Offen

Innovativ

Verantwortungsbewußt

Professionell

Kreativ

Transparent



26. Jahresbericht des Präsidenten

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Präsidenten der FH Bund	5
Besucher und Gäste an der FH Bund	6
Struktur und Organisation der FH Bund (vereinfacht)	9
Senat	11
Die Arbeit der Studienplankommission im Jahr 2007	13
Hochschulzentrum	15
Dekanat am Zentralbereich	15
Praxisberichte der Dozentinnen und Dozenten	17
Bilanz über Weiterbildungs- und Beratungsmaßnahmen sowie Vortragsveranstaltungen des Zentralbereiches für 2007	41
Brühler IT-Forum	41
Basisausbildung Verwaltungsinformatik - www.fhbund.de/vi-basis	42
Didaktisches Zentrum	42
Medienzentrum	44
Zentralbibliothek	45
Budgetmanagement, KLR	48
Servicezentrum und Gebäudemanagement	49
Hochschulsport	53
Aus dem Initiativkreis	54
Aus den Fachbereichen	55
Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung	55
Fachbereich Arbeitsverwaltung	64
Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten	66
Fachbereich Bundespolizei	70
Fachbereich Bundeswehrverwaltung	76
Fachbereich Finanzen	94
Fachbereich Kriminalpolizei	101
Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung	106
Fachbereich Nachrichtendienste	108
Fachbereich Sozialversicherung	112
Fachbereich Wetterdienst	116
Anlagen	119
Veröffentlichungen 2007	119
Mitglieder des Senats der FH Bund 2007	139
Statistiken	141
Struktur der FH Bund nach Grundordnung	144
Organisationsplan der FH Bund	145
Übersicht der Fachbereiche und deren Leiterinnen und Leiter	146

Vorwort des Präsidenten der FH Bund

Das Kuratorium der FH Bund hat in seiner Sitzung vom 09. Mai 2007 entschieden:

„Das Kuratorium steht der Einführung des Bachelor-Abschlusses an der Fachhochschule des Bundes aufgeschlossen gegenüber. Dabei sind die besonderen Verhältnisse an den einzelnen Fachbereichen und in den jeweiligen Sitzländern zu beachten. Das Kuratorium begrüßt, dass einzelne Fachbereiche den Bachelor-Abschluss kurzfristig oder in den nächsten Jahren einführen werden. Andere Fachbereiche behalten sich die Entscheidung - auch unter Berücksichtigung der Erfahrungen an den ‚Pilotfachbereichen‘ und der weiteren Entwicklung an den Hochschulen der Länder- zu einem späteren Zeitpunkt vor.“



Mit dieser Entscheidung hat das Kuratorium den einzelnen Fachbereichen die Freiheit gelassen, ihre Studiengänge auf den europäischen Bachelor umzustellen oder aber beim bewährten Diplomabschluss zu verbleiben.

Der FB Bundeskriminalpolizei wird wegen der großen Nähe der Polizei zu Europa bereits im Jahre 2009 auf den Bachelor umstellen, der FB Bundespolizei will ebenfalls mittelfristig umstellen.

Der FB Allgemeine Innere Verwaltung wird seinen Studiengang zunächst modularisieren, um nach Auswertung der insoweit gewonnenen Erkenntnisse zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden, ob auch der Studienabschluss umbenannt werden soll. Andere Fachbereiche werden unter Reformierung ihrer Studiengänge beim Diplomabschluss bleiben.

Als Rechtsgrundlage diente der Fachhochschule über 28 Jahre der Vorläufige Errichtungserlass des Bundesministeriums des Innern; es ist ein schönes Zeichen für das erfolgreiche Wirken der Fachhochschule, dass die die Hochschule tragenden obersten Bundesbehörden den VEE durch die hochschuladäquate Grundordnung (GO – FH) ersetzt haben. Unsere neue Grundordnung ist inzwischen im GMBI veröffentlicht worden und am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Die inhaltliche Revision unserer Grundordnung wird mithelfen, die FH Bund zukunftsfähig zu halten und die Qualität der Ausbildung weiter zu verbessern.

Die FH Bund stellt sich dauerhaft und nachhaltig den Herausforderungen des Bologna-Prozesses und den sich ständig erweiternden und wechselnden Anforderungen an die Tätigkeiten in der Bundesverwaltung und bereitet ihre Studierenden hierauf hervorragend vor. Dies hat auch den ehemaligen Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Johann Hahlen anlässlich einer Diplomierungsfeier für die Absolventinnen und Absolventen des Fachbereiches Allgemeine Innere Verwaltung dazu veranlasst, die FH Bund als „ein Schmuckstück in der Bundesverwaltung“ zu bezeichnen. Dem ist nichts hinzuzufügen. Wir wollen alles daransetzen, dieser Bewertung auch in Zukunft gerecht zu werden.


Thomas Bänders



Besucher und Gäste an der FH Bund



Prof. Dr. Steffen Detterbeck



Thomas Bönders im Gespräch mit Johann Hahlen

26. Januar	Antrittsbesuch Staatssekretär Johann Hahlen Bundesministerium des Innern
1. März	Brühler Gespräche Prof. Dr. Steffen Detterbeck Universität Marburg
2. Mai	Semestereröffnung Prof. Dr. Hartmut Schiedermaier Universität Köln
16. Juli	Antrittsbesuch Hans Ullrich Benra Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden

Besucher im 1. Halbjahr 2007



Prof. Dr. Hartmut Schiedermaier



Thomas Bönders mit Hans Ullrich Benra





Thomas Bönders und Dr. Michael Luther



Staatssekretär Hahlen in seiner Rede über die FH Bund

„...ein Schmuckstück der
Innenverwaltung der Bun-
desrepublik Deutschland...“

1. August	Dr. Michael Luther MdB
6. August	Prof. Dr. jur. Jürgen Stock Bundeskriminalamt
28. September	Diplomierungsfeier am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung Staatssekretär Johann Hahlen Bundesministerium des Innern
25. Oktober	Semestereröffnung Parlamentarischer Staatssekretär Peter Altmaier Bundesministerium des Innern

Besucher im 2. Halbjahr 2007



Thomas Bönders im Gespräch mit Dr. Jürgen Stock



Parlamentarischer Staatssekretär Peter Altmaier

Besucher und Gäste an der FH Bund



chinesische Delegation



Didacta 2007



Schöneberger Forum 2007



kroatische Delegation

Delegationen Messen Externe Besuche



Thomas Bönders und Andreas Hübsch
[Abteilung Verfassungsschutz]



Thomas Bönders mit den studierenden
Mitgliedern des Senats



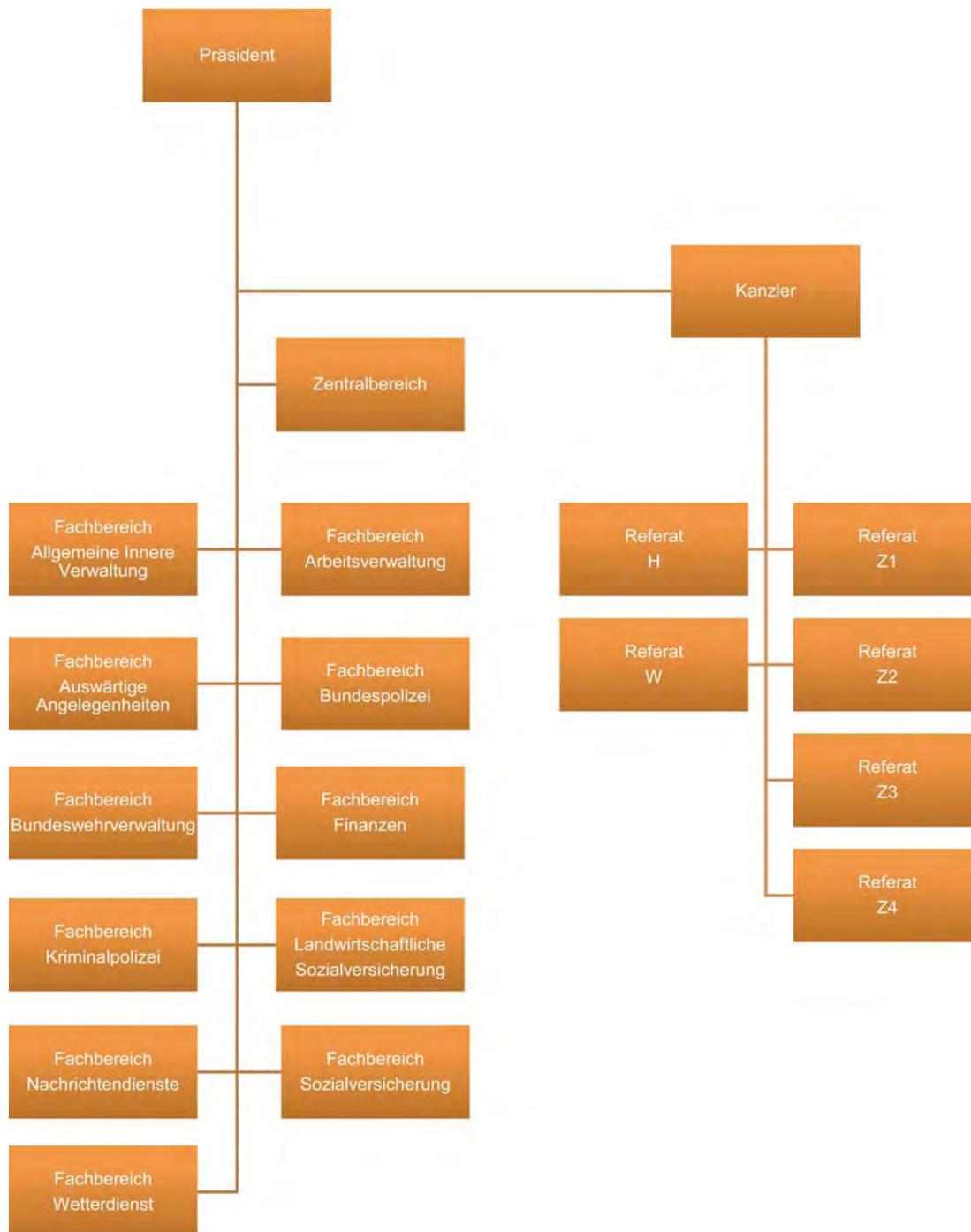
Struktur der FH Bund (vereinfacht)



Vereinfachte Struktur [Detailinformationen entnehmen sie bitte dem Anhang]



Organisation (vereinfacht)



Vereinfachter Organisationsaufbau [Detailinformationen entnehmen sie bitte dem Anhang]

Senat

Im Jahr 2007 haben drei Sitzungen des Senats der FH Bund stattgefunden:

- die konstituierende Sitzung am 20./21. März 2007, an der auch einige ausgeschiedene Senatsmitglieder als Gäste teilgenommen haben, sowie
- zwei weitere Sitzungen am 20./21. Juni 2007 und am 13./14. November 2007.

Im Mittelpunkt der Senatsarbeit standen folgende Themenschwerpunkte:

Novellierung des Vorläufigen Errichtungserlasses

Der Senat wurde umfassend über die beabsichtigten Änderungen des Vorläufigen Errichtungserlasses unterrichtet, die im Wesentlichen folgendes vorsahen:

- Umbenennung des VEE in Grundordnung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, da dies die hochschuladäquatere Bezeichnung darstellt.
- Vertretungsregelung des Präsidenten
- Redaktionelle Anpassungen (u.a. Streichung der Fachbereiche, die aus dem Verbund der Fachhochschule ausgeschieden sind, bzw. Aufnahme neuer Fachbereiche)
- Anpassung an geschlechtergerechte Sprache

Die neue Bezeichnung „Grundordnung“ erforderte eine Umbenennung der bisherigen Vorläufigen Grundordnung der FH Bund. Der Senat hat vor diesem Hintergrund beschlossen, die vorläufige Grundordnung der FH Bund in Senats- und Fachbereichsratsordnung, die vorläufige Wahlordnung in Wahlordnung und die vorläufige Geschäftsordnung des Senats in Geschäftsordnung des Senats umzubenennen.

Reform des gemeinsamen Grundstudiums

Der Senat hat die Studienplankommission beauftragt, Vorschläge für die Reform des gemeinsamen Grundstudiums zu erarbeiten. Hierbei sind aus Sicht des Senates insbesondere die Eckpunkte der Bologna-Reform, die Rechtsgrundlagen der bisherigen Diplomstudiengänge und die (künftigen) Anforderungen der Fachbereiche an das Qualifikationsprofil der Studierenden zu berücksichtigen. Das von der Studienplankommission erarbeitete Strukturmodell hat der Senat in seiner Sitzung im November intensiv beraten und an die Studienplankommission zur weiteren Bearbeitung zurück verwiesen. Diese wurde gebeten, unter Einbeziehung aller Fachbereiche ein konsensfähiges Strukturmodell bis zur nächsten Senatssitzung vorzulegen. Parallel soll auch an der inhaltlichen Ausgestaltung gearbeitet werden.



Senat

- **Neugliederung des Fachbereichs Öffentliche Sicherheit**

Der bisherige Fachbereich Öffentliche Sicherheit wurde mit Wirkung vom 1. Juli 2007 in zwei Fachbereiche gegliedert:

- Fachbereich Kriminalpolizei
- Fachbereich Nachrichtendienste (mit den Abteilungen Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst)

- **Fachbereichsübergreifenden Arbeitsgruppen**

Der Senat wurde unterrichtet über die laufende Arbeit der fachbereichsübergreifenden Arbeitsgruppen, die durch Beschluss des Senats im November 2004 eingesetzt wurden. In erster Linie sei festzustellen, dass zu den Themenbereichen Modularisierung, Evaluation, Nutzungskonzepte elektronischer Medien und Publikationen wichtige und positive Impulse gesetzt werden konnten und eine Weiterentwicklung in allen Bereichen deutlich sei.

- **Beschlussfassungen über Personalangelegenheiten**

- **Stellungnahme zur Reform der Laufbahnausbildung für die Nachwuchskräfte des gehobenen Zolldienstes des Bundes**

- **Stellungnahme zur Änderung des Studienplans für das Hauptstudium und des Ausbildungsrahmenplans für die praxisbezogenen Lehrveranstaltungen für die Ausbildung des gehobenen Dienstes im Fachbereich Bundeswehrverwaltung**

- **Studienreform am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung**



Sitzung des Senats im März 2007 in Brühl

Neben den Sitzungen des Senats haben im Jahr 2007 zahlreiche Sitzungen der Fachbereichsräte und des Zentralbereichsrates stattgefunden, bei denen darüber hinausgehende fachbereichs- bzw. zentralbereichsspezifische Themenbereiche erörtert worden sind.



Die Arbeit der Studienplankommission im Jahr 2007

Im Berichtsjahr tagte die Studienplankommission an drei Terminen am Zentralbereich in Brühl. Als Vorsitzender der Kommission wurde im August Herr Privat-Dozent Dr. Andreas Lamers vom Zentralbereich gewählt. Die Kommission besteht derzeit aus folgenden Mitgliedern:

- Vertreter der Fachbereichsleiter:
 - Herr Dr. Wolfgang Harmgardt (Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung) und
 - Herr Rudolf Junger (Fachbereich Bundeswehrverwaltung)

- Vertreter der hauptamtlich Lehrenden:
 - Herr Klaus Merle (Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung) und
 - Dr. Andreas Lamers (Zentralbereich)

- Vertreter der Studierenden:
 - Herr Christian Munk (Fachbereich Allgemeine und Innere Verwaltung) und
 - Herr Ingo Rosenberg (Fachbereich Sozialversicherung)

- Vertreterin der Sonstigen Beschäftigten:
 - Frau Doris Blau (Zentralbereich)

- Geschäftsführung:
 - Herr Dr. Rainer Albrecht (Wissenschaftlicher Dienst)

Der Hauptschwerpunkt der Arbeit der Studienplankommission lag u. a. neben umfangreichen Stellungnahmen zu Studienplanänderungen einzelner Fachbereiche in der Bearbeitung des folgenden Senatsauftrags:

Der Senat beauftragt die Studienplankommission, Vorschläge für die Reform des gemeinsamen Grundstudiums zu erarbeiten. Hierbei sind insbesondere die Eckpunkte der Bologna-Reform, die Rechtsgrundlagen der bisherigen Diplomstudiengänge und die (künftigen) Anforderungen der Fachbereiche an das Qualifikationsprofil der Studierenden zu berücksichtigen.



Ziel der Arbeit der Studienplankommission war es daher, zunächst ein Vorgehensmodell zur Reform des gemeinsamen Grundstudiums zu erarbeiten, welches den künftig unterschiedlichen Studiengangstypen (Diplom und Bachelor) an der FH Bund gerecht wird: In einer ersten Phase sollen die strukturellen Elemente einer Studienplanreform für das gemeinsame Grundstudium festgelegt werden. Vorgaben und Grundlagen sind hierfür der Vorläufige Errichtungserlass, die Laufbahn- und Prüfungsordnungen der Fachbereiche und das von der Studienplankommission erarbeitete und vom Senat beschlossene Papier, Eckpunkte und Kernelemente für Bachelorstudiengänge an der FH Bund'. Erst in einer zweiten, anschließenden Phase ist an die Erarbeitung und Festlegung inhaltlicher Elemente der Studienplanreform durch fachbereichsübergreifende Gruppen gedacht. Diese Überlegungen sowie ein Strukturmodell wurden den Fachbereichen mit der Bitte um Stellungnahme vorgelegt.

Die Studienplankommission hat in der letzten Sitzung im Jahr 2007 versucht, möglichst viele Änderungswünsche der Fachbereiche aufzugreifen. Unter der Bedingung, dass das gemeinsame Grundstudium nicht in Frage gestellt wird, erarbeitete die Kommission einen Kompromiss zum Strukturmodell und legte diese Vorschläge dem Senat vor. Dieser hielt auf seiner Sitzung im November 2007 den Diskussionsprozess über das Verfahren etc. der Umsetzung eines modularisierten Grundstudiums für noch nicht abgeschlossen und bat die Studienplankommission um weitere Vorschläge.



Hochschulzentrum

Dekanat am Zentralbereich

Der Generationenwechsel unter den Lehrenden des Zentralbereiches setzte sich auch im Jahr 2007 weiter fort. Die wirtschaftswissenschaftlichen Studienbereiche wurden durch Frau Prof'n Dr. Barbara Henman-Sturm und Herrn Prof. Dr. Frank Hochapfel verstärkt, die Rechtswissenschaften durch Frau Prof'n Dr. Yvonne Dorf.

Mit Frau Prof'n Dr. Ursula Wagner-Zastrow und Herrn Prof. Dr. Gerd Hintze vom Studienbereich Psychologie - Soziologie - Pädagogik sowie Herrn Prof. Dr. Wolf-Rüdiger Bandorf vom Studienbereich Verwaltungsrecht verlor der Zentralbereich zugleich drei langjährige, geschätzte Kollegen und eine Kollegin.

Die in 2006 eingestellten „Neulinge“ absolvierten im Sommer 2007 ihr erstes Praxissemester, ebenso zog es auch einige „alte Hasen“ wieder in die Praxis. Sechs Kolleginnen und Kollegen absolvierten Praxissemester und Praxisaufenthalte im Sommersemester 2007. Praxisberichte können den folgenden Seiten entnommen werden.

Die Eröffnung des Sommersemesters 2007 wurde am 2. Mai 2007 feierlich begangen. Im Rahmen einer Abendveranstaltung sprach Herr Prof. Dr. Schiedermaier, Universität zu Köln, Ehrenpräsident des Deutschen Hochschulverbandes vor Mitgliedern der Hochschule und Gästen zum Thema „Wissenschaft im Dienst der Menschenwürde“.



Zur feierlichen Eröffnung des Wintersemesters sprach Herr Peter Altmaier, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern zum Thema „Europa will gelernt sein – Herausforderungen an die Europafähigkeit von Politik, Gesellschaft und Verwaltung am Beispiel der europäischen Innenpolitik“.

Im Rahmen der Projektwochen konnten in 2007 insgesamt 23 Projekte angeboten werden, die oft von studentischer Seite initiiert wurden. Die Studierenden beschäftigten sich dabei mit Organisation, Zusammenarbeit oder Vergleich diverser Behörden Deutschlands oder des europäischen Auslands, mit Themen des Straf- oder Verwaltungsrechts, mit außenpolitischen und geschichtlichen und weiteren ausbildungsnahen Themenstellungen.

Zu Beginn des Jahres wurde eine Evaluationsordnung für den Zentralbereich verabschiedet und ab dem Sommersemester 2007 erstmalig angewandt. Ab einem Gesamtumfang von 20 Unterrichtsstunden werden die Lehrveranstaltungen aller Lehrenden von nun an durch die Studierenden evaluiert, eine abschließende Evaluation der Kurse durch die Lehrenden ist in Vorbereitung. Ein/e Evaluationsbeauftragte/r aus dem Kreis der hauptamtlich Lehrenden ist federführend mit der Evaluation betraut, dem Dekanat zugeordnet und wird von dort verwaltungsmäßig unterstützt.

Zum ersten Evaluationsbeauftragten hat der Zentralbereichsrat Herrn Regierungsdirektor Dr. Lamers gewählt.

Im Wintersemester 2007/2008 wird der Zentralbereich durch zwei Lehrende des Fachbereichs Sozialversicherung unterstützt. Herr Verwaltungsdirektor Klaus Mehrow unterrichtet einen Grundstudiumskurs in Verwaltungsrecht, Herr Prof. Dr. Krenkel einen anderen in Volkswirtschaftslehre.

Einige Grundsatzentscheidungen zur Studienreform werden derzeit umgesetzt. Der Fachbereich Kriminalpolizei wird im Jahre 2009 den ersten Bachelorstudiengang anbieten. Der Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung will bereits zum 01.10.2008 ein modularisiertes Studium anbieten, die Entscheidung über die Umstellung auf Bachelor soll nach einer abschließenden Evaluation getroffen werden. Die Ausgestaltung des gemeinsamen Grundstudiums im Rahmen der unterschiedlich ausgerichteten Studiengänge wird derzeit von der Studienplankommission des Senats erörtert und wird auch im Jahr 2008 die Arbeit des Dekanats mitbestimmen.



Praxisberichte der Dozentinnen und Dozenten

Studienbereich Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung

RR'n Dr. Dorothee Goldner: Praxisaufenthalt im Sommersemester 2007 beim Bundespolizeipräsidium West

Für die Monate April bis Juli des Sommersemesters 2007 hatte ich den Wunsch, ein Praxissemester im Bereich des Bundespolizeipräsidiums West durchzuführen.

Diese dreimonatige Abordnung verfolgte ich zum einen mit dem Ziel, die operative, taktische und strategische Arbeit der Bundespolizei in möglichst vielen ihrer Facetten kennen zu lernen. Zum anderen lag es mir am Herzen, den „Stand der Technik“ der Bundespolizei auf meinem Studiengebiet Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung einzuschätzen – nicht zuletzt, um auf dieser Basis Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Weiterentwicklung auszuloten und um diese Kenntnisse für den praxisorientierten Unterricht im Grundstudium zu verwenden.



Die Bundespolizei befand – und befindet sich – derzeit in einem umfassenden Reorganisationsprozess, der mit der Straffung der Organisation und der Stärkung des operativen Bereiches einhergehen soll und im Jahr 2008 in die Umsetzungsphase gelangt. Im Sommersemester 2007 konnte ich daher einen sehr guten Einblick in die gewachsenen Strukturen der Bundespolizei und zudem einen Eindruck von den Chancen und Notwendigkeiten der Umorganisation erlangen.

Das Praxissemester hatte ich in enger Abstimmung mit dem Präsidium West inhaltlich ausgewogen und abwechslungsreich gestalten können, so dass ich einen Überblick über die Aufgabenfelder der derzeit noch bestehenden Organisationsebenen:



- Einzeldienst (in der Flächeninspektion Düsseldorf Bahnhof, der Inspektion Flughafen Köln/Bonn und der Inspektion Kriminalitätsbekämpfung Köln),
- Verband (Abteilung Sankt Augustin: Einsatzhundertschaft und Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaft, Fliegergruppe und Spezialeinheit GSG 9),
- Stabsbereiche (Amt Köln und Präsidium West Sankt Augustin)

erhalten konnte.



Darüber hinaus konnte ich mit einer Gruppe von Lehrenden der FH Bund die einmalige Gelegenheit wahrnehmen, die polizeiliche Zusammenarbeit (Landespolizei und Bundespolizei) im Rahmen des G8 Gipfels in Heiligendamm hautnah zu erfahren.

Abgerundet wurde mein Praxisaufenthalt durch wertvolle Einblicke in die Aufgaben, die unsere Studierenden erwarten, sobald sie das erste Semester Grundstudium erfolgreich absolviert haben. Hier konnte ich aktiv an den Veranstaltungen im Aus- und Fortbildungszentrum Heimerzheim (Schießtraining, Einsatztraining, einsatzbezogene Fortbildung, theoretischer Unterricht) teilnehmen.

Auffallend offen und zuvorkommend präsentierte sich die Bundespolizei während meines gesamten Praxisaufenthaltes, so dass ich sowohl in sämtlichen anstehenden Lagebesprechungen, polizeilichen Einsätzen (z.B. Fußballereinsatz Bundesligaspiel Dortmund-Schalke, Begleitung einer mobilen Fahndungseinheit bei ihrer Observationstätigkeit) als auch in Übungen (z.B. Simulation von Geisellagen, Demolagen), in den alltäglichen (und -nächtlichen) Schichtdienst und in viele Diskussionen mit den Entscheidungsträgern und -trägerinnen eingebunden wurde.



Die Wahl des Bundespolizeipräsidiums West für das Praxissemester war aufgrund der Bandbreite der Tätigkeitsfelder der Bundespolizei goldrichtig.



Neben nachhaltig wirkenden persönlichen Kontakten lieferte mir der Aufenthalt zahlreiche wertvolle Anregungen für die noch praxisorientiertere Gestaltung meines eigenen Unterrichtes. Daneben legte meine Abordnung auch vielfältige betriebswirtschaftliche „Baustellen“ offen, die mittelfristig zu bearbeiten sind.

ORR'n Dr. Ulrike Krüger: Bundesstelle für Informationstechnik 2, IT-Beratung, Kompetenzzentrum Vorgangsbearbeitung, Prozesse, Organisation

Der Praxisaufenthalt in der Bundesstelle für Informationstechnik im Bundesverwaltungsamt verfolgte das Ziel, einen vorangegangenen Praxisaufenthalt im Bundesverwaltungsamt im Sommersemester 2005 zu ergänzen und zu vertiefen. War der erste Praxisaufenthalt so konzipiert, dass möglichst viele und vielgestaltige Organisationseinheiten besucht wurden, um ein breites Spektrum der Verwaltungstätigkeit abzudecken, so fokussierte dieser Praxisaufenthalt die Aufgaben und die Arbeit in einem ausgesuchten Referat. Somit konnten die Abläufe und Organisationsstrukturen im Referat BIT 2 in ihrer Tiefe erschlossen und unter aktiver Mitwirkung erlebt werden. Im Mittelpunkt stand hierbei die Erfahrung, welche betriebswirtschaftlichen Methoden und Erkenntnisse in der Verwaltungspraxis auf welche Art und Weise umgesetzt und gelebt werden.

Das Referat BIT 2 ist als Referat der Bundesstellen für Informationstechnik insbesondere zuständig für die IT-Beratung anderer Behörden und das Kompetenzzentrum Vorgangsbearbeitung, Prozesse, Organisation (CC VBPO). Hier werden Beratungsanfragen seitens der Kundenbehörden im Bereich der Prozessoptimierung aufgenommen und ein Beratungsangebot gestaltet. Besonderheit des Referates BIT 2 ist die Abwicklung solcher Beratungsprojekte mittels des Drei-Partner-Modells. Dieses Modell bindet sowohl das Referat BIT 2, die Kundenbehörde als auch einen externen Partner vertraglich durch eine so genannte Dienstleistungsvereinbarung in das Projekt ein¹. Möglich ist aber auch

eine Beratung durch BIT 2-interne Berater/-innen, die je nach Verfügbarkeit und Projektcharakter eine Beratungsleistung in der Behörde vor Ort erbringen. Die externen Partner sind Beratungsunternehmen des freien Marktes, die im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung ausgewählt wurden und deren Leistung aus einem Rahmenvertrag als Projekt-Einzelauftrag auf Selbstzahlerbasis abgerufen werden kann.

Dieses Einsatzgebiet erweist sich aufgrund dieser Konstruktion als betriebswirtschaftlich interessant, da hier besonders Fragen der Wirtschaftlichkeit im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen. Sowohl das Angebot der Beratungsleistung (als Prozess) als auch das mit der Beratung selbst verfolgte Ziel ist auf die Optimierung von Prozessketten gerichtet. Zudem ist das Tagesgeschäft des Referats durch Projektarbeit bzw. Projektmanagement und -steuerung dominiert.² Auch intensiviert die besondere Drei-Partner-Situation den Dienstleistungsgedanken gegenüber der Kundenbehörde und betriebswirtschaftliche Themen und Methoden wie Qualitätsmanagement, Wissensmanagement, Projektmanagement, Marketing oder auch die Modernisierung der Abrechnungsmodalitäten erhalten besonderen Stellenwert.

In diesem Umfeld konnten nun äußerst vielschichtige Erfahrungen gesammelt werden. Diese umfassten im Groben die Bereiche der Projektabwicklung durch das Projektsteuerungsteam, die Beratung vor Ort und die Erarbeitung eines

¹ Bisher sind in allen Losen 145 Berater inkl. Experten für das CC VBPO tätig, wovon 48 Berater zum so genannten Kernteam gehören. Vgl. Statusbericht CC VBPO vom 31.07.2007.

² Im Jahr 2006 wurden 159 Projekte mit einem Volumen von 6.580.240 € durchgeführt. Vgl. Statusbericht CC VBPO vom 31.07.2007.



Qualitätsmanagement-Grobkonzeptes, das den kontinuierlichen Verbesserungsprozess im Referat BIT 2 institutionalisieren soll. Kurzeinweisungen bzw. -schulungen im Vorgangsbearbeitungssystem Favorit und im Veraltungssystem Epos gaben einen Einblick in die IT-gestützte Arbeitswirklichkeit. Der Besuch des 10. Verwaltungskongresses Effizienter Staat am 22./23.05.07 in Berlin ergänzte diese Erfahrungen hervorragend.

Das CC VBPO koordiniert und steuert die Beratungsprojekte im Drei-Partner-Modell. Im Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen hatte ich Einblick in die Steuerungsaufgaben, die durch die Weiterentwicklung der schon eingesetzten Steuerungs- und Abrechnungssoftware BOAT+ (BundOnline Abrechnungstool) weiter verbessert werden sollen. Ebenso wurde das vertragliche Rahmenwerk des Drei-Partner-Modells mit sämtlichen Ausschreibungsmodalitäten in Gesprächen thematisiert. Durch die Teilnahme an Besprechungen und Projektausschusssitzungen, an denen auch Mitglieder der Abteilung VIII, Organisationsberatung des Bundesverwaltungsamtes und die jeweiligen Teamleiter/-innen der einzelnen Lose teilnahmen, zeigten sich die Hürden und Erfolge der Beratungspraxis. Lohnend war in diesem Zusammenhang auch zu sehen, dass eine verwaltungsseitige Koordination der Beratungsprojekte eine wertvolle Kontrollinstanz darstellen kann, die Ineffizienzen zu Ungunsten der Verwaltung vermeiden hilft.

War der Blick von Seiten des CC VBPO auf die Beratungspraxis noch eher indirekt, so zeigte hingegen die Einbindung in ein Beratungsprojekt des Bundeskriminalamtes zusammen mit dem Unternehmen Bearing Point den Berateralltag und die Zusammenarbeit mit der Kundenbehörde und den externen Partnern

auf die direkte Art und Weise. Die Teilnahme an diversen Projektsitzungen im BKA in Wiesbaden mit dem Projektleiter und Teilprojektleitern oder auch die Teilnahme an Arbeitspaket-Workshops hat die Schwierigkeiten und die Möglichkeiten der Projektarbeit eindrücklich demonstriert. Der Austausch mit dem zuständigen BIT 2-Berater, Herrn Jörg Magerkurth, hat mein Verständnis für die Zusammenhänge bei einem derart komplexen und aufwendigen Projekt wie das des Bundeskriminalamtes geschult. Zudem konnte ich hier mein Methodenwissen beispielsweise im Bereich der Projektstrukturierung und Projektsteuerung erweitern und vertiefen.

Zur Weiterentwicklung des Referates BIT 2 selbst sind dort bereits Bestrebungen hinsichtlich eines Qualitätsmanagementkonzeptes vorhanden gewesen. Insbesondere die Drei-Partner-Modell-Situation mit ihren „Schnittstellen“ zwischen den Partnern und auch die zunehmende Kapazitätsauslastung erfordern einen Fokus auf die Bewahrung eines hohen Qualitätsniveaus³. Hierzu erscheint ein systematisches Qualitätsmanagement unabdingbar. Diese Aufgabe wurde an mich insoweit herangetragen, dass ich ein Grundgerüst konzipieren sollte, nach dessen Prinzipien ein Qualitätsmanagement speziell im Referat BIT 2 umgesetzt werden könne und im Sinne des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses auch jährlich weiterentwickelt werden kann. Aus diesem Grunde habe ich zum CAF-Netzwerk (Common Assessment Framework), das in der Bundesrepublik zentral im Bundesverwaltungsamt integriert ist, Kontakt aufgenommen und eine eintägige CAF-Schulung (CAF-Workshop am 10.05.07)

³ Bereits zum 31.07.07 betragen die vereinbarten Leistungen des Referats BIT 2 226% des Vorjahresvolumens. Eine Prognose für das Gesamtjahr 2007 beziffert die gesamte Volumenerhöhung im Vergleich zum Vorjahr auf 388%. Vgl. Statusbericht CC VBPO vom 31.07.2007.



besucht. Auf dieser Basis habe ich ein Konzept erstellt, das nun durch die Mitarbeiter/-innen des Referats, insbesondere durch den Beauftragten für Qualitätsmanagement im Referat BIT 2, Herrn Magerkurth, mit BIT-2-spezifischen Inhalten befüllt und ergänzt wird. In diesem Zusammenhang wurde ich auch damit betraut, den Kundenbefragungsbogen zu durchleuchten, zu reorganisieren und in das Qualitätsgesamtkonzept zu integrieren.

Da während meiner Zeit im Referat BIT 2 ein weiterer neuer Mitarbeiter zum Team hinzukam und in Zukunft weitere Zugänge erwartet werden, habe ich vorgeschlagen, zwecks Entlastung der erfahrenen Referatsmitglieder und Gewährleistung einer systematischen Einarbeitung ein „Einstiegspaket“ zusammenzustellen. Ziel war ein Programm für die neuen Kollegen und Kolleginnen im Referat BIT 2, das relativ eigenständig und ohne Betreuungsaufwand eine Basis über Verwaltungswissen (für Verwaltungsunerfahrene) und BIT- bzw. BIT 2-spezifisches Wissen zu vermitteln hilft. Diesen Auftrag habe in Zusammenarbeit mit dem neuen Kollegen Thorsten Haag und der erfahrenen BIT 2- Kollegin Stephanie Höhne bearbeitet. Da im August bereits personelle „Neuzugänge eingetroffen sind“, ist das Paket schon im Einsatz.

Zusammenfassend betrachtet hat das Praktikum mehrere Zielsetzungen erfüllt: durch die aktive Mitarbeit hat sich das Bild vom Tätigkeitsprofil des gehobenen Dienstes deutlich verdichtet. Wenngleich das Tätigkeitsprofil der Beschäftigten im Referat BIT 2 ein eher außergewöhnliches ist, so zeigt es doch deutlich, dass Neuzugänge höchsten Ansprüchen hinsichtlich ihrer Flexibilität im Einsatzgebiet, ihrer Kommunikations- und Teamfähigkeit und der Fähigkeit, theoretisch

fundierte Kenntnisse in die Praxis transferieren zu können, genügen müssen. Zum anderen diente diese Phase auch einer Aktualisierung meines Kenntnisstandes hinsichtlich der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierungsbestrebungen. Hier konnte ich insbesondere durch die Teilnahme am 10. Verwaltungskongress „Effizienter Staat“ und den damit verbundenen weiteren Gesprächen und Diskussionen profitieren. Ebenso konnte ich mir ein Bild über die Notwendigkeit und die große Bedeutung betriebswirtschaftlichen Methodenwissens machen und daraus auch neue Impulse für den betriebswirtschaftlichen Unterricht an der Fachhochschule ableiten.

Insgesamt gilt mein Dank der spontanen, flexiblen und sympathischen Aufnahme in ein zukunftsweisendes und spannendes Referat mit einer folglich hohen (und steigenden) Nachfrage und einer enormen Arbeitsbelastung. Trotzdem haben sich die Kolleginnen und Kollegen Zeit genommen, mir einen Einblick in ihre Arbeitswelt zu geben. Besonderer Dank gilt dem Referatsleiter, Herrn Stefan Salz, der spontan, unkompliziert und zudem äußerst kurzfristig mein Anliegen unterstützt hat und mich in „seinem“ Referat aufgenommen hat. Ebenso bedanke ich mich ausdrücklich bei Herrn Jörg Magerkurth, der nicht nur sein Büro, sondern auch sein Wissen über die Beratungspraxis mit mir geteilt hat. Durch sein Engagement konnte ich im Bereich der Beratung - insbesondere des Coachings - sehr viel lernen, mich sogar ein wenig ausprobieren und wirklich viel Spaß und Begeisterung für die "Sache" entdecken. Auf der anderen Seite hoffe ich, auf dem Gebiet des Qualitätsmanagements oder der Einarbeitung neuer Beschäftigter einen Beitrag geliefert zu haben, von dem auch das Referat BIT 2 in Zukunft profitiert. Im Rahmen eines Feedback-Gesprächs am 03.08.2007 bin ich mit Herrn Salz



und Herrn Magerkurth so verblieben, dass insbesondere hinsichtlich des Qualitätsmanagements weiterer Kontakt ge-

pfligt werden soll, sodass ich die Umsetzung und Entwicklung des Konzeptes weiter verfolgen und begleiten kann.

Studienbereich Psychologie - Soziologie - Pädagogik

Dr. Ruth Linssen, M.A.: Praxissemester im Sommersemester 2007 am Landeskriminalamt Niedersachsen und beim Bundespolizeipräsidium West (Bundespolizeiinspektion Köln)

Mein Praxissemester teilte sich in 2 Abschnitte: Den Aufenthalt an der Kriminologischen Forschungsstelle am Landeskriminalamt Hannover und das Intervall bei den verschiedenen Arbeitsbereichen der Bundespolizeiinspektion Köln. Diese Zweiteilung begründete sich aus meinen bisherigen Erfahrungen. Es erwies sich in der Konsequenz als sinnvoll und lohnend, mir im ersten Abschnitt des Praxissemesters gezielt übergreifende Schnittstellen von Bundes- und Landespolizei anzuschauen, um dann im zweiten Abschnitt die verschiedenen Aufgaben und Problemstellungen der Bundespolizei „an der Basis“ im Detail kennen zu lernen.



Im ersten Abschnitt am Landeskriminalamt Niedersachsen war ich formal der Kriminologischen Forschungsstelle zugeordnet. Diese hat Verbindungen und Bezüge zu allen anderen Abteilungen des LKA und erleichterte somit den Zugang in die verschiedenen Bereiche. Auch wird dort die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Land Niedersachsen erstellt, die eine wichtige Grundlage für soziologische und kriminologische Erkenntnisse und Prognosen der Polizei darstellt.

Meine Aufmerksamkeit galt im LKA vor allen den Themengebieten Prävention/Öffentlichkeitsarbeit und Organisierte Kriminalität (OK)/Schleuserkriminalität. Für den letztgenannten Bereich gibt es eine gemeinsame Ermittlungsgruppe aus Bundes- und Landespolizei, die fest im LKA installiert ist und in deren Arbeit ich Einblicke gewinnen durfte. Darüber hinaus konnte ich mich über polizeiliche Strategien der Öffentlichkeitsarbeit informieren. Hierbei spielten Anfragen von TV-Sendern ebenso eine Rolle wie der Umgang mit der Lokalpresse, das Verfassen von Pressemitteilungen, ministerielle Pressarbeit im Innenministerium des Landes Niedersachsen etc. Beim Themengebiet Prävention durfte ich mir viele verschiedene Projektansätze ansehen, die sich alle durch einen hohen Grad an interdisziplinärer Kooperation auszeichneten. Hier interessierte mich vor allem die mögliche Übertragbarkeit auf die Aufgaben und Belange der Bundes-

polizei. Das so gewonnene Wissen konnte ich im 2. Praxisabschnitt bei der Konzeption eines Projekts anwenden (siehe unten). Hervorheben möchte ich die Informations- und Kooperationsbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen in Niedersachsen, durch die ich vielfältige Anregungen und Grundlagen für praxisorientierte Projektarbeit an der FH Bund erhielt.

Neben dem Aufenthalt am LKA besuchte ich verschiedene Fachtagungen, darunter das KI-Forum¹ des BKA und den Deutschen Präventionstag.

Im zweiten Abschnitt meines Praxissemesters lernte ich dann die spezifischen Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten der Bundespolizei in der Bundespolizeiinspektion Köln kennen. Besonderen Wert legte ich hier darauf, möglichst viele verschiedene Kommunikationssituationen mit dem polizeilichen Gegenüber sowie den polizeilichen Berufsalltag des Wach- und Streifen- sowie des Ermittlungsbeamten kennen zu lernen. Im Schichtdienst auf der Wache im Kölner Hauptbahnhof bekam ich die mannigfaltigen physischen und psychischen Belastungen des Wechseldienstes im wahrsten Sinne des Wortes hautnah zu spüren. Daraus habe ich wertvolle Anregungen für meinen Unterricht in PSP gewonnen, für die Situations- und Kommunikationstrainings vor der Kamera ebenso wie für die Lerneinheiten zu Stressbewältigung und Motivation.



Auch problematische Bereiche wurden mir nicht vorenthalten, wie etwa die Besichtigung der für mich erschreckenden Zustände eines Rumänenlagers unter einer Gleisanlage innerhalb der Mot-Streife² oder die verschiedenen Anlaufstellen für Schwerstabhängige und Obdachlose im Einzugsgebiet der Bahnhöfe.

Auch bei meinem Aufenthalt bei der Bundespolizeiinspektion Köln spielte die enge und produktive Zusammenarbeit der Bundes- mit der Landespolizei, hier vor allem im operativen Bereich, wieder eine große Rolle. Gemeinsame Großeinsätze wie zu Bundesligaspielen von Mannschaften mit bekanntermaßen verfeindeten Fans oder zur Loveparade in Essen durfte ich von den ersten Planungssitzungen über Umsetzung bis zur Nachbereitung verfolgen. Neben diesen vereinten Einsätzen ist besonders die gemeinsame Projektgruppe Taschendiebstahl (GPT) hervorzuheben, die ich ebenfalls einige Tage begleiten durfte. In ihr bekämpfen kleine operative Einheiten aus Bundes- und Landespolizeibeamten und -beamtinnen im gesamten Kölner Stadtgebiet und an den Bahnhöfen ge-

¹ KI = Kriminalistisches Institut

² motorisierte Streife



zielt Diebstahlsdelikte. Die GPT kann seit ihrer Gründung 2004 beeindruckende Erfolge vorweisen, an die vor dem Zusammenschluss nicht gedacht werden konnte.

Aus der Aktivität der GPT ergab sich auch die Idee zu einem Präventionskonzept zu „Taschendiebstahl bei Autokauf“, das ich zusammen mit einem Ermittlungsbeamten und dem PI-Leiter erarbeitet habe und das Grundlage für ein bundesweites, übergreifendes Präventionsprojekt der Bundespolizei sein wird. Es ist auch beabsichtigt, in diesem Zusammenhang und in Zusammenarbeit mit der BPol Köln ein praxisorientiertes Forschungsprojekt aufzulegen, von dem gerade Studierende der Bundespolizei an der FH Bund profitieren sollen und sich beteiligen können. Im Ermittlungsdienst konnte ich darüber hinaus die ebenfalls zusammen mit verschiedenen Kommissariaten der Landespolizei erfolgende Arbeit in einem OK-Verfahren sowie zahlreiche Vernehmungen in verschiedenen Deliktsbereichen miterleben.

Dass ich in der Bundespolizeiinspektion so viele und so wertvolle Ansatzpunkte für den PSP-Unterricht an der FH Bund gewinnen konnte, verdanke ich vor allem der Offenheit und Gastfreundschaft aller Kölner Kolleginnen und Kollegen. Unermüdlich wurde jede Frage beantwortet, es gab keinen Bereich der mir vorenthalten wurde, die Aufnahme in die einzelnen Dienstgruppen war mehr als freundlich. Ich freue mich über die vielfältigen Anregungen und auf die weitere Zusammenarbeit mit der BPol Köln innerhalb zukünftiger Projekte.



Mein abschließender Dank gilt im Einzelnen besonders Herrn Kluwe und Herrn Pfeiffer vom LKA Niedersachsen sowie Herrn Engelbrecht von der BPol Köln. Des weiteren danke ich Herrn Gripp, Herrn Koch, Frau Heeg, Herrn Leskien, Herrn Blissenbach und Frau Vehre sowie deren Hunden Rina und Max, die sich nicht nur für die Fotos zur Verfügung gestellt haben, sondern mir auch im Dschungel des Polizeialltags am Kölner Hauptbahnhof zur Seite standen.

Dr. Klemens Peterhoff: Alltagssituationen in der Bundespolizei – Eindrücke aus dem Praxissemester

Als neuangestellter Dozent habe ich im Sommer ein Praxissemester beim Bundespolizeipräsidium Süd absolvieren dürfen. Was ich im Rahmen dieses Semesters erfahren habe, wird meiner Arbeit sicher zugute kommen. Ich habe feststellen können, dass unser Fach, vor allem die Psychologie, im Berufsalltag der VollzugsbeamtInnen eine wichtige, um nicht zu sagen, entscheidende Rolle spielt. Das Praxissemester trägt bereits jetzt seine ersten Früchte. Gemeinsam mit meinen KollegInnen versuche ich meinen didaktischen Ansatz zu ändern. Wo es die Zeit und der Stoffplan erlauben, orientiere ich mich an Arbeitssituationen, die ich als typisch für die Aufgaben des gehobenen Dienstes betrachte. Ausgehend von konkreten Fällen erwerben die StudentInnen methodische, soziale oder personale Kompetenzen, die sie in ihrem Berufsfeld brauchen. An einigen Beispielen möchte ich zeigen, um welche Situationen es geht¹.

Einstieg

Das Praxissemester beginnt im Präsidium, der komplexen Zentrale einer großen, weit verzweigten Organisation. Gemeinsam mit meinem Kollegen, Herrn Prof. Dr. Gropengießer, kann ich verfolgen, welche Aufgaben mit ihrer Leitung verbunden sind. Wir lernen wichtige Arbeitsbereiche kennen - die Lage- und Einsatzzentrale (LEZ), die Bereiche Ermittlung und Einsatz, Gebiete wie Führungs- und Einsatzmittel, Information und Kommunikation, den wichtigen Bereich der Prävention, das

Aus- und Fortbildungswesen, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Stabsstelle für Controlling und die Verwaltung, zu der Abteilungen wie die Rechtsabteilung, das Sachgebiet Personalentwicklung oder die Wirtschaftsverwaltung gehören.

Ich empfinde es als sehr fruchtbar, dass ich die ersten Wochen des Praxissemesters zusammen mit einem Kollegen verbringe, der ein anderes Fach vertritt. Unsere Perspektiven stimmen naturgemäß nicht überein, doch sie ergänzen sich – eine Erfahrung, die man meines Erachtens auch in der Lehre nutzen könnte. Als Rechtswissenschaftler interessiert sich Herr Gropengießer für den rechtlichen Rahmen, an den die Bundespolizei gebunden ist. Mich interessieren die Führungsstrukturen, die Entscheidungs- und Arbeitsprozesse, die Zusammenarbeit im Team, der Umgang mit Informationen, die Ermittlungsmethoden, die Formen der Prävention, die emotionalen Belastungen, mit denen VollzugsbeamtInnen umgehen müssen, und der Umgang mit dem vielbeschworrenen „polizeilichen Gegenüber“.

Erfahrungen im Präsidium

Der Tag beginnt mit der „Lage“, der Dienstbesprechung mit dem Präsidenten. Schon hier ist kommunikative Kompetenz gefordert. Jeden Morgen muss es der Sprecher der Lage- und Einsatzzentrale schaffen, eine Vielzahl unterschiedlicher Vorgänge kurz und verständlich wiederzugeben. Ähnlich geht es dem Pressesprecher, der schriftlich und mündlich die Reaktionen der Presse zusammenfasst. Dem Gesprächsleiter selber – das heißt dem Präsidenten oder

¹ Es handelt sich um Auszüge aus meinem Praxissemesterbericht, der, chronologisch gegliedert, eine Vielzahl unterschiedlicher Stationen behandelt und auf Erfahrungen eingeht, die ich systematisch auswerten möchte.



seinem Stellvertreter - muss es gelingen, die Lagebesprechung so straff wie möglich zu führen und zu entscheiden, wie die KollegInnen in den fraglichen Fällen weiterverfahren sollen.

Nach rund einer halben Stunde ist die Besprechung vorbei. Für Herrn Gropengießer und mich folgt eine Reihe von Präsentationen, die unserer Einweisung dienen sollen. Allmählich gewinnen wir eine Art Überblick. Das Präsidium Süd erstreckt sich über zwei Bundesländer - Bayern und Baden-Württemberg -, Teile Hessens und der Pfalz. Neben drei Einsatzabteilungen (Bayreuth, Deggendorf und Rosenheim) unterstehen dem Präsidenten vier Ämter mit insgesamt siebenundzwanzig Inspektionen, die teils im Bereich der Grenze, teils auf den Bahnhöfen und in den Flughäfen tätig sind. Allein im Flughafen München bestehen drei Inspektionen, die gut tausend VollzugsbeamtInnen umfassen und trotzdem immer wieder unter Personalengpässen leiden. Insgesamt sind im Präsidium mehr als 8000 MitarbeiterInnen beschäftigt. Zu den Aufgaben der VollzugsbeamtInnen zählen die Terrorbekämpfung und die Luftsicherheit, der Schutz von Objekten (wie dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe) und die Hilfe bei Katastrophen (wie im Winter 2006).

Am Ende der Einweisungsphase erfahren wir, welche Reformen im Lauf dieses Jahres stattfinden sollen. Das Präsidium und die Ämter gehören ab 2008 der Geschichte an. An ihre Stelle sollen so genannte Direktionen treten - im Süden handelt es sich um Stuttgart und München. Die Abteilungen sollen eine Art eigener Direktion erhalten, die sich dann über das ganze Bundesgebiet erstreckt.

Die Inspektionen werden vergrößert, teilweise neu geschaffen und teilweise aufgelöst. Die Aus- und Fortbildungszentren bleiben zwar weiter bestehen,

gehören aber in Zukunft als „Außenstellen“ zur Bundespolizeiakademie in Lüneburg. Das gilt auch für Schulen, die einen Sonderstatus genießen, wie das Kühroint-Haus auf dem Watzmann und die Sporteinrichtung in Endorf. Dass die Reform ein gewaltiges Vorhaben darstellt, steht außer Frage. Sie erfordert eine effiziente Führung und diszipliniertes Personal. Für viele bedeutet sie einen Umbruch, der ihr gesamtes Dasein verändern wird. Nicht wenige haben Kinder, die eine Schule besuchen. Sie haben Häuser gekauft und Freunde gefunden. In einigen Fällen stehen die Partnerin oder der Partner vor einer schweren Entscheidung. Sollen sie ihre Arbeitsstelle verlassen, oder wollen sie bleiben? Wie sich diese Probleme bewältigen lassen, bleibt eine spannende Frage, die alle Beteiligten weiter in Atem hält. Und der Alltag geht weiter.

Ein menschliches Dilemma

Flughafen München, einige Wochen später: Am Abend haben Beamte ein Paar aus Somalia aufgegriffen. Der Mann besitzt einen gültigen deutschen Pass. Er wohnt mit seiner ersten Frau in Laim, einem Stadtteil in München. Seine Begleiterin - eine junge Frau, geschätztes Alter 22 Jahre - reist mit dem Pass seiner Frau, verfügt also über kein gültiges Dokument. Bei einer ersten Vernehmung hat der Mann zu Protokoll gegeben, dass er seine Begleiterin vor einigen Tagen geheiratet habe und jetzt als Nebenfrau nach Deutschland holen möchte. In seiner Wohnung haben ErmittlungsbeamtInnen noch in der Nacht gefälschte Papiere gefunden und sichergestellt.

Die junge Frau ist allein. Sie spricht weder Englisch noch Deutsch, ist offensichtlich erschöpft und nimmt hin, was in solchen Fällen zur Polizeiroutine gehört - die Unterbringung in einer Zelle - sie hat auf einer Pritsche schlafen müssen - die



Identitätsbehandlung und die Durchsuchung ihres Gepäcks. Sie ist elegant aber ärmlich gekleidet und verhält sich höflich aber distanziert. Hände und Füße sind mit Henna geschmückt - Hinweise, die uns vermuten lassen, dass sie tatsächlich geheiratet hat. Trotzdem kommen uns Zweifel an ihrem Status als Ehefrau. Ihr Mann verhält sich nicht gerade wie ein frisch verliebter Bräutigam. Weshalb bleibt er in Laim? Müsste er seiner Braut nicht Gesellschaft leisten?

Sollte er nicht wenigstens versuchen, ihr den Aufenthalt so weit wie möglich zu erleichtern? Hat er die Frau nur gekauft? Was haben die Eltern des Mädchens mit diesem Arrangement bezweckt? Was hat der Mann mit ihr vor? Nach Lage der Dinge müsste man sie zurück nach Somalia schicken. Aber wir wissen, dass sich das Mädchen bei einer Zurückweisung in akuter Gefahr befindet. Die BeamtInnen stehen vor einem Dilemma. Die junge Frau könnte einen Asylantrag stellen. Aber sie weiß nicht, um was es sich handelt, und wir wissen nicht, ob sie volljährig ist. Am Nachmittag setzt sich der Dienstleiter mit ihr zusammen, um ihr die Sachlage zu erklären. Als Dolmetscherin fungiert eine Schriftstellerin aus Somalia, die seit rund dreißig Jahren in München lebt. Seit einigen Jahren leitet sie eine Anlaufstelle für Frauen aus Afrika und ist gerne bereit, dem Mädchen zu helfen, wenn es in München bleibt. Zur Erleichterung aller KollegInnen beantragt die junge Frau schließlich Asyl.

Großeinsatz

Heiligendamm: Während die KollegInnen im Münchener Flughafen überlegen, wie sie vorgehen sollen, treffen sich an der Ostsee die Großen der Welt. Sie sprechen über die Frage, wie sich die Weltordnung ohne größere Krisen aufrechterhalten lässt. Probleme gibt es genug.

Gerade in Afrika leben zahllose Menschen unter dem Existenzminimum. Viele Probleme haben geschichtliche Gründe. Aber sie hängen auch mit dem Prozess der Globalisierung zusammen, die in vielen Ländern der Erde mit massiven Konflikten verbunden ist. Was wir als Terror bezeichnen, gehört für die Menschen in ärmeren Ländern zur sozialen Realität.

Zum Schutz der PolitikerInnen, die in Heiligendamm verhandeln, haben Bundes- und Landesbehörden Tausende von PolizistInnen aufgeboden. Am Sonntag hat es in Rostock Krawalle gegeben - Lagen, die auch für altgediente Polizeiangehörige eine große Belastung bedeuten: die Schichten sind lang und die Pausen kurz. Oft müssen die Einsatzkräfte schnell reagieren. Also heißt es „Raus aus den Kartoffeln und rein in die Kartoffeln“. Die Schutzkleidung wiegt zwischen vierzig und sechzig Pfund. Der Panzer schränkt den Bewegungsspielraum dramatisch ein, der Schutzhelm beengt den Blick, die StörerInnen verhalten sich aggressiv und richten Sachschäden an, sie schreien und stoßen Beschimpfungen aus. Auch vor physischen Angriffen schrecken einige nicht zurück. Zu den neuesten Mitteln gehören ätzende Sprays: sie können das Augenlicht kosten, wenn es den SprüherInnen gelingt, die Augen zu treffen. Im Gewoge der Menge fällt es oft schwer, Beweise zu sichern und die RädelsführerInnen zu fassen. Und dabei sind auch die Einsatzkräfte nicht immer für Bush. Ich frage mich, wie es ihnen gelingt, ihren persönlichen Stress zu bekämpfen und professionell zu agieren.

Zu den neuesten Einsatzmitteln gehören der LauKW und die Deeskalationsteams. Wer hier im Einsatz ist, benötigt große kommunikative Kompetenz. Ich würde sie gerne im Einsatz sehen.



Unternehmen Damaskus

Zugriff, München, Ende April: Um ihrer oft fast aussichtslosen Lage zu entgehen, versuchen Bewohner der ärmeren Länder, aus ihrer Heimat zu fliehen und in den reicheren Staaten Fuß zu fassen. Von ihrer Verzweiflung profitieren internationale Schleuserbanden, die für ihre Dienste sehr viel Geld verlangen. Personen aus anderen Ländern illegal über die Grenze zu bringen, ist eine Straftat, deren Verfolgung oft mit erheblichem Aufwand verbunden ist. Ende April sind Herr Gropengießler und ich in München bei der Inspektion „Kriminalitätsbekämpfung“ („KrimB“) zu Gast. Unter dem Decknamen „Damaskus“ ermittelt die Inspektion gegen eine Schleuserorganisation, zu der vor allem irakische Staatsangehörige gehören. Im Rahmen dieser Ermittlungen haben die KollegInnen zahllose Daten gesammelt, die es erlauben, gegen die Hauptverdächtigen vorzugehen. Zwei Personen sollen verhaftet werden. Außerdem möchte man vierzehn Wohnungen durchsuchen, um Dateien und Dokumente sicherzustellen. Die meisten Objekte liegen in München, sowie Flandern und im Saarland. Alle Maßnahmen sind bis ins einzelne durchgeplant. Am Nachmittag trifft die Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaft (die „BFHu“ mit dem Spitznamen „GSG viereinhalb“) in München ein, eine Spezialeinheit aus Bayreuth. In einer letzten, relativ kurzen Einsatzbesprechung informiert die Einsatzleiterin über den Stand der Ermittlungen und die Maßnahme selbst. Sie beschränkt sich

auf wichtige Sachverhalte und weist den KollegInnen ihre Aufgaben zu. Der Zugriff als solcher liegt in den Händen der Hundertschaft. Die BeamtInnen teilen sich die verschiedenen Wohnungen auf. Sie erhalten Objektmappen mit den Informationen, die beim Zugriff erforderlich sind: Angaben über die Wohnungen und die Personen, die dort gemeldet sind, Grundrisse, Lagepläne und Photo-

graphien, die Adressen der Hausverwaltung und anderes mehr².

Der Zugriff beginnt am Morgen um sechs. Wir befinden uns in der Einsatzzentrale, in der die Informationen zusammenlaufen. Die ErmittlungsbeamtInnen sitzen an insgesamt zehn Computern und tragen zusammen, was die Einsatzkräfte zu melden haben. Eine Wohnung steht leer. Die BewohnerInnen sind offenbar umgezogen. Ihr neuer Wohnsitz wird ermittelt, die Einsatzleiterin telefoniert mit dem Staatsanwalt, die BeamtInnen fahren weiter und dringen in die neue Wohnung ein. In einigen Wohnungen stoßen die Einsatzkräfte auf Frauen und Kinder, während die „Zielpersonen“ nicht auffindbar sind. Doch in den meisten Fällen hat sich der Zugriff gelohnt. Die KollegInnen werden fündig. Wichtig sind die Computer, die beschlagnahmt und von Fachleuten durchforstet werden. Der Kopf der Bande wird in Kiel verhaftet. Ein Verdächtiger, den die BeamtInnen in seiner Wohnung aufgreifen können, erweist sich zu meiner Überraschung als Israeli. Er lebt seit Jahren in München, besitzt ein Geschäft in Pasing, gibt aber vor, weder Englisch noch Deutsch zu verstehen, und möchte Hebräisch sprechen. Wir müssen uns bei der Botschaft melden und einen Übersetzer besorgen, um ihn vernehmen zu können. Wie sich später herausstellt, hat er Reisepässe gefälscht. Die Werkstatt befindet sich allerdings nicht in Pasing sondern draußen in Garching, wo er seit einiger Zeit eine Filiale betreibt.

² Hinter diesen Mappen steckt viel Kleinarbeit. Wochen später bin ich noch einmal bei der KrimB zu Gast. Ich erhalte Gelegenheit, an der Entwicklung solcher Objektmappen teilzunehmen. Ein schwieriges Geschäft. Es beginnt in der Stadtverwaltung, wo wir den Grundriss der Wohnungen und entsprechende Lagepläne erhalten. Wir erarbeiten eine Anfahrtsskizze, die wir online erstellen können. Dann fahren wir zu den Wohnungen selber und machen Photographien. Dabei dürfen wir kein Aufsehen erregen. Deshalb brauchen wir eine "Legende". Wenn wir bei jemandem klingeln, um in das fragliche Haus zu gelangen, müssen wir wissen, was wir zu sagen haben.



Führungsstile

Mir fällt auf, dass die Einsatzleiterin und der Leiter der Festnahmeinheit unterschiedliche Führungsstile praktizieren. Frau B. überzeugt durch fachliche Kompetenz. Sie trifft Entscheidungen, die sich für alle ersichtlich aus der Sache ergeben. Von ihren MitarbeiterInnen erwartet sie Resultate, die sich vor Gericht verwerten lassen. Sie versteht und behandelt ihre KollegInnen als Spezialisten, die ihre Aufgaben kennen und keine Einmischung brauchen. Ich würde ihren Führungsstil als „kooperativ“ bezeichnen. Anders Herr G., der Leiter der BFHu. Er gibt sich als guter Kollege und kümmert sich um die Bedürfnisse seiner Untergebenen, macht ihnen klar, auf was sie besonders zu achten haben, und steht ihnen bei Bedarf als Ansprechpartner zur Verfügung. Allerdings wissen alle, dass er auch andere Seiten aufziehen kann. Sein Führungsverhalten entspricht also eher dem „patriarchalischen“ Führungsstil. Zweifellos hängen die unterschiedlichen Formen der Führung mit der Persönlichkeit der Führungskräfte zusammen, doch sie ergeben sich auch aus der Situation.

Natürlich hätte ich gerne gesehen, wie sich die Einsatzkräfte vor Ort verhalten - im Umgang mit ihren Zielpersonen, den Angehörigen, den Frauen, Kindern und Nachbarn. Doch dazu bietet sich diesmal keine Gelegenheit.

Ermittlung und Prävention

Inspektion Kriminalitätsbekämpfung, Mitte Mai: Der Zugriff bedeutet für mich eine erste Begegnung mit den BeamtInnen, die im Amt München beschäftigt sind. In der KrimB wirken unterschiedliche Sachgebiete zusammen: da ist die „Ermittlung“, die mit dem Observations-team kooperiert, die „Auswertung“, die personenbezogene Daten verwertet und strategische Analysen erstellt und das Archiv (BAN) mit der „Fahndung“. Wie ich von Frau B. erfahre, ermittelt man

gegenwärtig gegen Personen, die den Zugverkehr gefährden. In anderen Verfahren geht es um Eigentumsdelikte wie den Diebstahl von Treibstoff und die Entwendung von Eisenbahngleisen. Auch das Thema „Damaskus“ hält die BeamtInnen in Atem. Im Keller stapelt sich das Beweismaterial.

Zur Inspektion KrimB gehört auch die Abteilung „Prävention“. Letztere hat in jüngerer Zeit mit „Marsi“ reüssieren können - einem Projekt, das vor allem jüngere Kinder vor den Gefahren im Bahnverkehr warnen soll. In Schulen und Kindergärten ist Marsi zum Star avanciert. Inzwischen plant man ähnliche Projekte zu Themen wie Taschendiebstahl oder Gewalt. Gemeinsam mit den KollegInnen aus der „CoGra“ hat man ein Faltblatt entworfen, das sich an „SprayerInnen“ und ihre Eltern wendet.

Die „CoGra“ gehört zu den Highlights der Inspektion. Hier geht es um die Graffiti, die das Erscheinungsbild vieler Gebäude und Bahnanlagen entstellen. Um diesem weit verbreiteten Phänomen zu begegnen, arbeiten ausgewiesene Fachleute der Bundes- und Landespolizei miteinander zusammen. Sie sind mit der Szene vertraut und kennen die SprüherInnen zum Teil persönlich. Trotzdem kämpfen sie oft auf verlorenem Posten. Bei zahllosen Bahnkilometern allein in München ist es sehr schwierig, schnell zu agieren und die Schuldigen auf frischer Tat zu ertappen. Selbst wenn die Graffiti signiert sind, fällt es oft schwer, den Verdächtigen eindeutig nachzuweisen, dass sie tatsächlich für bestimmte Graffiti verantwortlich sind. Um die Schäden zu begrenzen, setzen die meisten KollegInnen auf den präventiven Bereich.



Kommunikative Kompetenz

Eines bestätigt sich im Verlauf des Semesters immer wieder. Ermittlungskräfte benötigen kommunikative Fähigkeiten. Wie mir Frau B. erklärt, müssen sie in der Lage sein, Informationen sicherzustellen. Das beginnt mit der Analyse von Spuren, die oft eine ganze Geschichte erzählen, geht mit der Auswertung von personenbezogenen Daten weiter und endet mit der Vernehmung von ZeugInnen oder Beschuldigten. VernehmungsbeamtInnen müssen Gespräche führen und zuhören können. Viele von ihnen haben im Lauf der Jahre eine Routine entwickelt, die sich an ihren persönlichen Fähigkeiten, der Persönlichkeit ihres Partners / ihrer Partnerin und dem Vorgang als solchem orientiert.

Ich finde es spannend, wie sich aus einer Vielzahl kleiner und kleinster Informationen ein zusammenhängendes Bild entwickelt, und wie sich aus einer Fülle scheinbar zusammenhangloser Daten Hypothesen erarbeiten lassen. Dabei befinden sich die ErmittlerInnen laufend in einer großen Gefahr. Wer sich auf eine Hypothese versteift, übersieht oft andere Daten, die das Bild von der Straftat verändern und die gefasste Meinung in Frage stellen. ErmittlungsbeamtInnen müssen bereit sein, Vorurteile zu korrigieren, umzudenken und weiterzufragen. Auch am Flughafen und am Bahnhof sind die BeamtInnen in kommunikativer Hinsicht gefordert. Wer Streife geht, ist AnsprechpartnerIn. Ganz gleich, mit wem man zu tun hat - man muss Fragen beantworten, Ratschläge geben und helfen können. Die BürgerInnen erwarten von ihren BeamtInnen Serviceorientierung und Selbstdisziplin. Dabei müssen die StreifenbeamtInnen (KSB)

durchgreifen können. Manchmal sind sie gezwungen, RandaliererInnen in ihre Schranken zu weisen und Konflikte schlichten. Wenn die BeamtInnen im Zug und am Flughafenterminal Ausweispapiere kontrollieren, müssen sie nicht nur wissen, wie man Ausweise fälschen kann. Zu ihren Tätigkeiten gehört auch das so genannte „Profiling“, kurze Gespräche, in deren Verlauf die BeamtInnen prüfen, ob die „Legende“ der Reisenden stimmt.

Fazit

Was habe ich gelernt? Wie die Beispiele zeigen, benötigen PolizeibeamtInnen ein gehöriges Maß an emotionaler Intelligenz und sozialer Kompetenz. Das gilt in besonderem Maß für den kommunikativen Bereich. Die BeamtInnen müssen dazu in der Lage sein, Gespräche zu führen und zuzuhören, Informationen zu sammeln und sicherzustellen, Konflikte zu lösen oder besser, schon im Vorfeld zu verhindern. Wenn sie Entscheidungen treffen, müssen sie diese vertreten und durchsetzen können. Sie leben in Grenzsituationen und sind mit Randgruppen konfrontiert. Trotzdem dürfen sie nicht ihr Gefühl für Normalität verlieren. Sie müssen wissen, wie sie mit emotionalen Belastungen umgehen können. Am Beispiel der jungen Frau aus Somalia zeigt sich, dass sie im Rahmen gesetzlicher Normen handeln und trotzdem menschlich entscheiden müssen. Alles in allem erweist sich die Bundespolizei als ein ungeheuer komplexes, weit verzweigtes System mit einer Vielzahl unterschiedlicher Arbeitsbereiche, von denen ich hier nur einige ansprechen konnte. Ich hoffe, meinen Bericht ergänzen und meine Hospitationen zu einem späteren Zeitpunkt vertiefen zu können.



Studienbereich Recht des öffentlichen Dienstes

Prof. Dr. jur. Daniela A. Heid, Ph. D.: Praxisbericht über einen Praxisaufenthalt beim Bundespolizeipräsidium Süd, München

Zur Fortsetzung meines im Sommersemester 2006 durchgeführten Praxissemesters durfte ich im Juni und Juli 2007 wiederum einige Wochen bei der Bundespolizei, Zuweisungsbehörde Bundespolizeipräsidium Süd, München, verbringen. Erwogen, das Praxissemester bei dieser Behörde und dieser Stelle fortzusetzen, hat mich insbesondere das Interesse, das weite Aufgabenspektrum der Bundespolizei komplett kennen zu lernen. Hinzu kam mein großes dienstliches und persönliches Interesse an der Planung und Durchführung der aktuellen Umstrukturierungsmaßnahmen der Bundespolizei - mit allen ihren personellen und rechtlichen Aspekten. Ziel der Praxiswochen war es wiederum, vertieft zu erfahren, wo und in welchen Dienstposten unsere Studierenden in ihrem späteren Berufsleben bei der Bundespolizei eingesetzt werden, und vor allem, wie - vor dem Hintergrund der momentan durchgeführten Umstrukturierung - ihre aktuellen Entwicklungschancen aussehen.



BPol-Abteilung Bayreuth, Hundertschaftsführer EPHK Stettner
Prof. Dr. jur. D. Heid

Die ersten 3 Wochen verbrachte ich im Präsidium München und durfte u. a. an Dienstschichten der Inspektion Hauptbahnhof teilnehmen. Auch wurde ich in die Tätigkeitsbereiche des Amtes München eingewiesen, wobei insbesondere die tägliche Arbeit des Ermittlungsdienstes sowie die Ermittlungsgruppe „Graffiti“ auf dem Programm stand. Diese ist ausschließlich für die Aufklärung und Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit der Sprayer-Kunst zuständig, die jährlich erheblichen Sachschaden an Zügen und im Bahnhofsbereich verursacht. Erklärt wurde mir, was die einzelnen Graffiti-Kürzel (Tags¹) bedeuten, welche Techniken Trend sind, welche Personengruppe die Mehrheit der Täter/-innen stellt und welche Konsequenzen finanzieller und strafrechtlicher Art Graffitis haben können, wenn die „Babu“² erfolgreich ermittelt hat. Der Ermittlungsdienst stellte mir seine Mobile Fahndungseinheit (MFE), seine getarnten Einsatzfahrzeuge sowie seine Methoden und Vorgehensweisen in einzelnen Fällen vor und ich führte in diesem Rahmen interessante dienst- und strafrechtliche Gespräche mit den Kollegen der Bundespolizei.



BPol-Abteilung Bayreuth, BPol-Schießausbilder und Prof. Dr. jur. D. Heid in der Raumschießanlage

¹ Tag = Signaturkürzel, das das Pseudonym eines Writers darstellt. Häufig als „Unterschrift“ unter gesprühten Bildern zu finden, gilt aber auch in der jugendlichen Gang-Kultur als territoriale Markierung. Zum Anbringen der Tags werden oft dicke wasserfeste Stifte benutzt. Vorrangiges Ziel dabei ist es, einen guten und innovativen Style zu haben, sekundäres Ziel, in einer Stadt, einem Bezirk oder einer Gegend, möglichst präsent zu sein. Dadurch entsteht eine Art von Wettkampfkultur (aus: Wikipedia).
taggen = die Ausführung eines Tags (Verb)

² Bahnpolizei/Bahnpolizist in der Writersprache

Anfang Juli hielt ich mich in der Abteilung Rosenheim auf, die im Zuge der Reform der Bundespolizei zum Jahresbeginn 2008 größtenteils aufgelöst werden soll. Die Stimmung innerhalb der Hundertschaften war entsprechend, und ich hatte Gelegenheit, die Um- bzw. Neuplanung v.a. in personeller und dienstrechtlicher Hinsicht mit Funktionsträgern zu erörtern.

Die nächste Station, Mitte Juli, war die Abteilung Bayreuth, die – im Gegensatz zur Abteilung Rosenheim – hochofret über die jüngst eingegangene Nachricht des Erhalts des Standortes war. Ich erhielt detailliert theoretischen sowie praktischen Einblick in die verschiedenen Tätigkeitsbereiche der Hundertschaften, der Unterstützungseinheit sowie in anschaulicher Weise der BFHu (Beweis- und Festnahmehundertschaft).



Bahnhof Tübingen, Demonstration von Linken gegen einen Aufmarsch von Rechten

Mitte bis Ende Juli hielt ich mich in dem ebenfalls zum Jahreswechsel 2007/08 aufzulösenden Amt Schwandorf auf. Hier widmete ich mich insbesondere im Referat Kriminalitätsbekämpfung (KrimB) verschiedenen Verfahren, v.a. besonders aufwändigen und erfolgreich ermittelten Schleusungsverfahren (insbesondere aus dem Irak) und tauschte mich fachlich mit den Kolleginnen und Kollegen intensiv aus.

Ende Juli hatte ich ein Wochenende lang im Amt Stuttgart die Gelegenheit, einer unfriedlich verlaufenden Demonstration vor dem Bahnhof Tübingen beizuwohnen. Linke Gruppierungen planten gegen einen genehmigten Aufmarsch von Rechten zu demonstrieren. Der Aufmarsch sollte vor dem Bahnhof Tübingen stattfinden, der damit Brennpunkt des Aufeinandertreffens der beiden Gruppen war. Zuständig für den Bereich Bahnhof ist die Bundespolizei und so konnte ich live die Eingriffsmethoden und –mittel der zugezogenen Hundertschaften Bayreuth, Deggendorf und Rosenheim an einem realen Beispiel kennen lernen und rechtlich würdigen.



Bahnhof Tübingen, Demonstration von Linken gegen einen Aufmarsch von Rechten; Bildmitte. Prof. Dr. jur. D. Heid

Insgesamt ist festzuhalten, dass ich aus diesen weiteren Monaten Praxis bei der Bundespolizei wiederum sehr viel Verwert- und Verwendbares für meinen Unterricht mitnehmen konnte. Ich konnte neue interessante Kontakte zu Polizeiangehörigen knüpfen und die bereits seit Sommer 2006 bestehenden vertiefen. Auch die Beschäftigten der Bundespolizei freuten sich über das Interesse einer „Ausbilderin“ für ihre Anwärter an ihrer täglichen Arbeit, nahmen mich überall und jederzeit äußerst kollegial auf und bemühten sich nach Kräften, meinen Wissensdurst zu stillen. Dafür bedanke ich mich herzlich. Ich bin davon überzeugt, dass es mir gelungen ist, die FH Bund und die Bundespolizei wieder ein Stückchen enger zu verbinden.



Studienbereich Staatsrecht und Politik

Prof. Dr. Yvonne Dorf zusammen mit Prof. Dr. Helmut Gropengießer: Praxissemester im Sommersemester 2007 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg

Wie sehr die staatliche Aufgabenwahrnehmung einem Wandel unterliegt und wie flexibel eine Behörde und ihre Mitarbeiter auf die neuen Herausforderungen zu reagieren haben und reagieren, erfuhren wir während unseres Praxiseinsatzes beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg von Anfang Juli bis Ende September 2007. Vom ehemaligen Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat sich die Behörde zu einem Kompetenzzentrum für Migration und Integration entwickelt. Wir hatten Gelegenheit, nicht nur die „Ursprungs-



“Aufgaben des Amtes, die asylrechtlichen Aufgabenfelder wie die Durchführung des Asylverfahrens einschließlich der notwendigen Länder-Informationsbeschaffung und Prozessführung kennen zu lernen. Die Beamten des gehobenen Dienstes und damit auch die Absolventen der FH Bund, denen unser besonderes Augenmerk galt, sind darüber hinaus u.a. auch in internationalen Aufgabenbereichen tätig, arbeiten hinsichtlich der Migrationsaufgaben mit internationalen Organisationen zusammen, bearbeiten europarechtliche Fragestellungen, unterstützen die Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Migration und Integration und stellen das Liaison- und Verbindungspersonal im Ausland. Diese Bereiche lernten wir ebenso kennen wie den Bereich der Integrationsförderung, der Konzeption und Weiterentwicklung der Integrationskurse und der Aufgaben der Regionalkoordinatoren. Auch in der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder finden die Beamten des gehobenen Dienstes Einsatzmöglichkeiten.



Am Ende der drei Monate war der für uns hervorragend vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorbereitete Einsatzplan „erfüllt“: wir lernten innerhalb jeder Abteilung nahezu jedes einzelne Referat und seine Aufgabenfelder kennen. Eingebunden in das aktuelle Tagesgeschehen und die Mitarbeit an praktischen Fällen konnten wir uns auf diese Weise ein umfassendes Bild über die unterschiedlichsten Tätigkeitsfelder insbesondere des gehobenen Dienstes im Bundesamt verschaffen. Für die Gestaltung eines praxisorientierten Unterrichts, der mit der Entwicklung der Bundesbehörden und den sich wandelnden Anforderungen modernen Verwaltungshandelns Schritt halten will, war dieser Praxiseinsatz ein überaus großer Gewinn.



Studienbereich Verwaltungsrecht

Prof. Dr. Helmut Gropengießer: Praxissemester im Sommersemester 2007 Teil I beim Bundespolizeipräsidium Süd

Einführung

Nachdem ich ein Jahr als Dozent Unterricht gegeben hatte, erhielt ich im Sommersemester 2007 die Gelegenheit, ein Praxissemester zu absolvieren. Als Dozent mit weitgehend wissenschaftlich geprägtem Hintergrund sollte ich die Verwaltung und dort insbesondere die Tätigkeit der Absolventinnen und Absolventen der FH Bund in der Praxis kennen lernen. Weil die deutliche überwiegende Zahl der Studierenden Kommissaranwärter bzw. –innen der Bundespolizei sind, war für mich diese Organisation als Praxisbehörde quasi „gesetzt“. Aus persönlichen Gründen entschied ich mich dabei für das Präsidium Süd.

Im *Bundespolizeipräsidium Süd* hatte man mit Frau Kollegin Prof. Dr. jur. Heid bereits – übrigens sehr positive – Erfahrungen hinsichtlich eines Praxissemesters von FH-Dozenten gesammelt. Bewährt hatte sich dabei ein Programm, welches den FH-Dozenten die Behörde von oben nach unten, also beginnend mit der Behördenspitze (*Bundespolizeipräsidium* in München) über die Mittelebene (*Bundespolizeiamt* in Weil am Rhein) hin zu den unteren Einheiten (verschiedene *Bundespolizeiinspektionen*) präsentierte. Weil der Schwerpunkt des operativen Bereichs eindeutig bei den Inspektionen angesiedelt ist und folglich dort auch die überwiegende Zahl der Beamtinnen und Beamten beschäftigt ist, entfiel auf diese untere Ebene der größte Teil meines Aufenthalts.

Bei allen Stationen in Bayern hatte ich das Glück, diese gemeinsam mit dem Kollegen Dr. Peterhoff absolvieren zu können. Wir konnten uns nicht nur gegenseitig in unseren Fragen an die Polizeibeschäftigten ergänzen, sondern auch im Anschluss daran unsere – vor unterschiedlichem beruflichem Hintergrund gewonnenen – Eindrücke austauschen.



Im Einzelnen erwiesen sich sämtliche mit der Betreuung des FH-Dozenten betraute Beamte als äußerst entgegenkommend und flexibel. So konnte ich meine eigenen Vorstellungen fast vollständig in die Planung meines Praxisaufenthalts einbringen. Besonderen Wert hatte ich dabei darauf gelegt, alle drei Haupttätigkeitsfelder der Bundespolizei (Grenzschutz, Bahnpolizei und Aufgaben im Bereich Luftsicherheit) kennen zu lernen. Auch der Besuch eines Aus- und Fortbildungszentrums war mir von meiner Kollegin Frau Dr. Leppek sehr angeraten worden. Schließlich gelang es mir tatsächlich – der Präsident des Bundespolizeipräsidiums West, Herr Seeger, hatte mir bei einem Empfang in der FH Bund diesen „Floh ins Ohr gesetzt“ –, während des G-8-Gipfels nach Mecklenburg-Vorpommern zu reisen und dort mit einigen anderen Kolleginnen und Kollegen einen einzigartigen Einblick in die dortige Polizeiarbeit der BAO (Besondere Aufbau-Organisation) Kavala zu erhalten.



Die Aufenthalte im Einzelnen

a. Bundespolizeipräsidium Süd in München

In der Zeit beim Bundespolizeipräsidium Süd erhielt ich einen umfassenden Einblick in die Tätigkeit eines Präsidiums. Gemeinsam mit dem Kollegen Dr. Peterhoff besuchte ich alle Stabsbereiche und so gut wie alle Sachbereiche. Dort berichteten uns die Beamten, zumeist aus dem höheren und dem gehobenen Dienst, von ihren Aufgaben, Erfahrungen und z.T. auch Problemen. Einige besondere Themen seien stichwortartig hervorgehoben: Auslandstätigkeit der Bundespolizei, Sparteinsätze mit Fanbegleitung, Funktechnik, Neuorganisation der Bundespolizei und die damit verbundenen Personalfragen, Einführung des neuen polizeilichen Dateneingabesystems „@rtus“, Symposium über „Suizidprävention und Umgang mit belastenden Situationen“ und Modernisierungsoffensive der Bundespolizei. Zudem erhielten wir die Gelegenheit, an der täglichen Lagebesprechung des Präsidiums teilzunehmen. Mich hat dabei besonders beeindruckt, wie schnell und präzise dort Probleme angesprochen und gelöst wurden. In bester Erinnerung wird mir auch unser Gespräch bei Präsident Holzem bleiben.

b. Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung beim BPOLA München

In meine Münchener Wochen fiel auch ein groß angelegter Zugriff auf eine Schleuserbande im Rahmen des Ermittlungsverfahrens „Damaskus“. Am Vorabend konnten wir an der Vorbesprechung mit Beamten von der BPOLI KrimB (Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung) und angeforderten Polizeibeamten einer BFHu (Beweis- und Festnahme-Hundertschaft) teilnehmen. Am nächsten Morgen trafen wir uns dann um 4 Uhr morgens zum Frühstück, um rechtzeitig bei dem auf 6 Uhr morgens terminierten Einsatz vor Ort zu sein. Leider konnten wir das Geschehen nur mittelbar auf der Ebene des Führungsstabs im Polizeigebäude verfolgen; eine Anwesenheit bei den zahlreichen Wohnungsdurchsuchungen in München selbst wurde uns unter Hinweis auf die damit für uns verbundenen Gefahren nicht gestattet (siehe zur Operation „Damaskus“ auch den eindrucksvollen Bericht des Kollegen Peterhoff, S. 28).



c. Bundespolizeiamt Weil am Rhein

Im Bundespolizeiamt Weil am Rhein stieß ich zum Teil schon auf vom Präsidium her vertraute Strukturen wie die tägliche Lagebesprechung. Gleichwohl war es interessant zu vergleichen, wie Fragen der Personalführung oder des Controlling, der Öffentlichkeitsarbeit oder der Lagebeurteilung auf einer in der Polizeihierarchie niedrigeren Ebene gelöst werden. Höhepunkt im wahrsten Sinn des Wortes war ein Hubschrauberrundflug über fast den ganzen Amtsbereich. Aus der Luft erkundeten die Polizeibeamten dabei die örtlichen Verhältnisse für die am folgenden Wochenende zunächst in Horb geplante Demonstration von Rechtsradikalen bzw. Gegendemonstration. Unvergessen wird mir meine Anwesenheit in Freudenstadt – dort fand die Demonstration dann letzten Endes statt – bleiben. Zumeist in Begleitung des Polizeiführers konnte ich den ganzen Einsatz rund um die z.T. gewalttätige Demonstration vollständig verfolgen. Dabei mischten sich

in den Respekt vor der effektiven Arbeit der Polizei auch einige rechtliche Zweifel hinsichtlich der Zulässigkeit eines – von der Landespolizei – praktizierten „Kessels“, mit dem sie eine Gruppe „erlebnisorientierter Jugendlicher“, wie es in der Polizeisprache heißt, von weiteren Aktivitäten fernhielten.

d. Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung beim BPOLA Weil am Rhein

Bei der KrimB des BPOLA Weil am Rhein führte mich ein Beamter in die Ermittlungsschwierigkeiten und die hochkomplexen Zusammenhänge von organisierter Schleusungskriminalität ein. Es gleicht einer Sisyphusarbeit, aus vielen Detailinformationen ein Bild der vielarmigen „Krake“, wie sie Schleuserbanden häufig darstellen, zu gewinnen. Interessant war auch ein Gespräch mit Beamten einer MFE (Mobile Fahndungseinheit), die Verdächtige geheim observieren.

e. Bundespolizeiinspektionen München-Flughafen I-III

Kennt man einen Flughafen gewöhnlich nur als Reisender, ergeben sich aus der Perspektive der Bundespolizei faszinierende neue Eindrücke. Auch am Flughafen führte ich zusammen mit dem Kollegen Peterhoff wieder Gespräche mit Führungsbeamten und weiteren Beamten aus den unterschiedlichsten Bereichen. Die Bundespolizei präsentierte uns zwei Hundeführer und Entschärfer mitsamt ihrer Ausrüstung. Gemeinsam mit KSBs (Kontroll- und Streifenbeamten) gingen wir durch die gigantischen Hallen des Flughafens, sahen bei der Ausweiskontrolle von einreisenden Passagieren zu und fuhren auf dem Flughafengelände Streife. Um Benzin zu sparen, sind die Streifenbeamten dabei angehalten, einen großen Teil der Zeit ihren Wagen zu parken. Auch rechtliche Probleme galt es zu lösen: Darf eine irakische Familie mit einem gültigen Schengen-Visum für Norwegen für einen Zwischenaufenthalt nach Deutschland einreisen?

Bei diesem Aufenthalt wurden wir auch mit den härteren Seiten der Polizeiarbeit konfrontiert. Rückführungen sind nicht nur für die betroffenen Ausländer kein Vergnügen. Manche Erzählungen von Polizeibeamten stimmten mich sehr nachdenklich. So hat ein Ausländer im Flugzeug den ihm zum Ausfüllen des Einreiseformulars ausgehändigten Bleistift dazu missbraucht, auf einen der begleitenden Polizeibeamten einzustechen und ihn ganz knapp unterhalb des Auges verletzt.

Die Gefahr eines terroristischen Anschlags ist in der Gedankenwelt der Bundespolizei am Flughafen allgegenwärtig. Allerdings scheint mir das konkrete Risiko nicht als besonders hoch eingeschätzt zu werden. Gleichwohl gelten für die Abfertigungen von EI-Al-Maschinen besondere Regeln. In einer separaten Halle wird die Kontrolle der Passagiere und des Gepäcks in die Hände israelischer Beamter – wohl Angehörige des Mossad – gelegt. Diese überprüfen dabei – unter Aufsicht der Bundespolizei – sämtliche Passagiere genauestens und stufen sie in fünf Risikogruppen ein. Einer der Beamten erzählte uns dabei, es sei „nicht empfehlenswert“, unter die höchste Kategorie zu fallen, sein Kollege ergänzte, es gebe eine weitere, noch höhere Risikostufe.



f. *Bundespolizeiinspektion Lörrach*

Mein Aufenthalt bei der BPOLI Lörrach war einer anderen Hauptaufgabe der Bundespolizei gewidmet: dem Grenzschutz (§ 2 BPolG). Im Zuständigkeitsbereich der BPOLI Lörrach liegt der meist frequentierte Autobahngrenzübergang der Bundesrepublik Deutschland zu einem Nicht-Schengen-Staat: Jeden Tag passiert in Weil am Rhein eine fünfstellige Zahl von Fahrzeugen die deutsch-schweizerische Grenze. Entsprechend hoch ist die Zahl der Aufgriffe illegal eingereister Ausländer. Auch der internationale Zugverkehr in und aus der Schweiz birgt ein großes Gefahrenpotential. Mehrfach bin ich die Strecke Freiburg – Basel Badischer Bahnhof mit Beamten hin- und hergefahren, u.a. auch in einem City-Nightliner in der Nacht von Freitag auf Samstag, in dem mit den meisten illegalen Einreisen zu rechnen ist. Im Badischen Bahnhof konnte ich auch das Eintreffen eines Zuges mit Gegnern des G-8-Gipfels verfolgen. In Polizeikreisen war heftig diskutiert worden, ob dieser Zug in Begleitung von Polizeibeamten nach Rostock fahren sollte. Erst im letzten Moment erging die Weisung aus dem BMI, darauf zu verzichten. Gleichwohl war ein Team des ZDF angereist, dem der Leiter des BPOLA Weil am Rhein Rede und Antwort stehen musste.

g. *Bundespolizeiinspektion Konstanz*

Für einen Tag wurde mir ein Aufenthalt bei der Bundespolizeiinspektion Konstanz ermöglicht. Nach der Anreise auf einer verschiedentlich die Grenze zwischen Deutschland und der Schweiz überschreitenden Bahnstrecke konnte ich mit dem Zoll an einer Patrouillenfahrt auf dem Bodensee teilnehmen. Am Autobahngrenzübergang nach Kreuzlingen wurde ich Zeuge des Aufgriffs und der Festnahme eines unerlaubt eingereisten Ecuadorianers. Dieser war vor einigen Jahren mit einem Touristenvisum in die Bundesrepublik Deutschland eingereist und über das Ablaufdatum seines Visums hinaus illegal in Deutschland geblieben; seinen Lebensunterhalt verdiente er damit, Pizza auszufahren. Mit seiner deutschen Freundin hatte er einen kurzen Ausflug in die Schweiz unternommen. Seine Urlaubsreise fand ein jähes Ende; sein Leben wird sich nun wohl radikal ändern.

h. *Besondere Aufbau-Organisation Kavala*

Das aus polizeilicher Sicht herausragende und das ganze erste Halbjahr 2007 dominierende Großereignis war die Veranstaltung des G-8-Gipfels in Heiligendamm / Mecklenburg-Vorpommern. Am Anreisetag der Staats- bzw. Regierungschefs der teilnehmenden Staaten wurden wir zunächst im Öffentlichkeitszentrum der BAO Kavala in Rostock in den Stand der Dinge eingeführt. Ein sehr netter und engagierter Polizeibeamter des Landes Mecklenburg-Vorpommern schilderte uns die am Ende gewalttätige Demonstration der Gipfelgegner am vorausgegangenen Sonntag vor Ort. In der Gefangenensammelstelle erlebten wir, wie die Personalien von gegen das Recht verstoßenden Demonstranten aufgenommen und diese dann in – von amnesty international akzeptierten – Käfigen untergebracht wurden. Ein Besuch im Lagezentrum der BAO Kavala und eine Fahrt nach Rostock-Laage, wo wir – nach mehreren Kontrollen – den russischen Präsidenten Putin die Treppe aus dem Flugzeug herunter schreiten sahen, rundete das Programm des ersten Tages ab. Am Donnerstag gelang es dem schon erwähnten findigen Polizeibeamten der Landespolizei, uns in letzter Minute vor



dem Anmarsch einer Demonstrantengruppe in das Gebiet hinter dem großen Zaun zu schleusen. Dort unterhielten wir uns mit Polizeibeamten verschiedener Länder und der Bundespolizei. Erst nach rund 9 Stunden erlaubte es die Sicherheitslage in den Abendstunden, das geschützte Gelände wieder zu verlassen, dieses Mal aber mit der „Molly-Bahn“, die uns direkt in Heiligendamm aufnahm und zum Pressezentrum nach Kühlungsborn transportierte. Weil es nun für die eigentlich geplante Besichtigung des Bundespolizeipräsidiums Nord und den Bustransfer dorthin viel zu spät geworden war, organisierte die Bundespolizei einen Hubschrauber, der uns mit einem Zwischenstopp in Lübeck nach Bad Bramstedt flog.

i. Bundespolizeiinspektion Freiburg i.Br.

Sozusagen in meiner „Heimatinspektion“ der Bundespolizei setzte ich meine Ausbildung in der gewöhnlichen Polizeitätigkeit fort. Mit einer mobilen Kontroll- und Überwachungseinheit (MKÜ) erlebte ich die Überprüfung eines international verkehrenden Linienbusses und anderer Fahrzeuge auf einem grenznahen Autobahnparkplatz. Eine binationale Grenzkontrolle am deutsch-französischen Autobahnübergang in Neuenburg und eine Streifenfahrt entlang mehrerer Bahnstrecken vertieften meinen Eindruck von den Aufgaben des Grenz- und Bahnschutzes. In dieser Zeit arbeitete ich im Schichtdienst mit – der ständige Wechsel der Arbeitszeiten im Dreischritt Spät-, Früh-, Nachtschicht zählt ebenfalls zu den eindrucklichen Erfahrungen meiner Zeit bei der Bundespolizei. Schließlich hatte mir die BPOLI Freiburg schon einige Wochen zuvor anlässlich eines Spiels der 2. Fußball-Bundesliga ermöglicht, in Begleitung eines fankundigen Beamten als „gewaltbereit“ eingestufte Fans zu observieren.

Mein persönlicher Held der Polizei wird ein einfacher Polizeibeamter des mittleren Dienstes bleiben: Eine ältere Frau erschien sichtlich aufgeregt auf der BPOLI. Sie hatte versehentlich mit einem Altkleidersack auch ihren Hausschlüssel in den am Freiburger Hauptbahnhof aufgestellten Container geworfen. Sofort rückte eine Streife aus. Der eine Polizeibeamte legte Waffe und Ausrüstung ab, klemmte sich in die Klappe des Altkleidercontainers, und tatsächlich gelang es ihm, mit Hilfe eines Stocks und seiner Taschenlampe den Sack zu angeln. Selten habe ich einen Menschen so glücklich gesehen wie die genannte Frau.

j. Gemeinsames deutsch-französisches Zentrum in Kehl

In Kehl arbeiten deutsche und französische Sicherheitsbeamtinnen und -beamte verschiedener Behörden einträchtig unter einem Dach. In diesem Gemeinsamen Zentrum sind Ausmaß und Intensität der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit – trotz zum Teil sehr unterschiedlicher Mentalität und Polizeilehren – sehr viel weiter fortgeschritten als etwa in dem deutsch-schweizerischen Grenzbüro in Basel, das ich von Lörrach aus besucht hatte. Nicht ohne Grund zählt das Kehler Zentrum deshalb zu den Vorzeigeobjekten der Bundespolizei und wird vielfach von anderen Ländern der Europäischen Union zum Vorbild genommen. So überschneidet sich meine Zeit in Kehl mit dem Besuch einer bulgarischen Polizeidelegation. Neben einer Einführung in die vielfältigen Aufgaben dieses Zentrums erhielt ich die Gelegenheit, bei mehreren Vorbesprechungen hinsichtlich gemeinsamer Fahndungstage der Landes- und Bundespolizei anwesend zu sein, die



ursprünglich auch unter Einbeziehung der französischen Kolleginnen und Kollegen geplant waren. Die Woche in Kehl, geprägt durch den glücklichen Einfluss romanischer Lebenskunst im Sinne des „savoir vivre“ und eine fast diplomatische Atmosphäre, wird mir ebenfalls als ein Glanzpunkt meines Praktikums bei der Bundespolizei in bester Erinnerung bleiben.

k. Aus- und Fortbildungszentrum in Oerlenbach/Nordfranken

Frau Dr. Leppeks Ratschlag, im Rahmen meines Praktikums unbedingt ein AFZ zu besuchen, erwies sich als sehr berechtigt. Auch wenn es der Kalender mit sich brachte, dass zur Zeit unseres Besuchs – hier traf ich wieder den Kollegen Peterhoff – keine Beamtenanwärter des gehobenen Dienstes ausgebildet wurden, nahm ich doch sehr wertvolle Erfahrungen aus Oerlenbach mit. „Nature Challenge“ ist eine Übung getauft, bei der Anwärter für den mittleren Dienst über zwei Tage hinweg in der freien Natur verschiedene, zum Teil sehr herausfordernde praktische Aufgaben bewältigen müssen, von einer Floßfahrt über eine Flußüberquerung am Seil bis hin zum Erklimmen des „Pampers Pole“ im Hochseilgarten. Bei dieser Übung gilt es, einen ca. 7 m hohen frei stehenden Pfahl mit eingelassenen Steighilfen zu erklettern, sich in schwindelnder Höhe auf dem abgeschnittenen Baumstamm aufzurichten und dann in die Seilsicherung zu springen. Die mutigen Anwärterinnen und Anwärter konnten sich meines großen Respekts sicher sein. Des Weiteren konnten wir an einem TASK-Lehrgang (Training zum Aufbau sozialer Kompetenz) teilnehmen und einen Fortbildungskurs besuchen, in dem zwei Polizeibeamte des gehobenen Dienstes diffizile Fragen des Ausländerrechts auf hohem juristischen Niveau erörterten. Im Rahmen der einsatzbezogenen Ausbildung trafen wir Anwärter des mittleren Dienstes, die gerade das richtige Verhalten einer Grenzstreife übten, die auf unbekannte verdächtige Personen im Grenzbereich stoßen. Schließlich erlaubten mir die Polizeibeamten, meine Fähigkeiten auf der Schießbahn wenigstens mit einer Laserpistole zu testen.

l. Abschlussbesprechung beim Bundespolizeiamt Weil am Rhein

Auf ausdrücklichen Wunsch des Amtsleiters Schuster verbrachte ich meinen letzten Tag bei der Bundespolizei in Weil am Rhein und berichtete über meine – rundum äußerst positiven – Erfahrungen in meinem Praxissemester. Wir wollen auch künftig in engem Kontakt bleiben; so wurde ich im September bereits zu einem Tag der offenen Tür der BPOLI Freiburg eingeladen, wo ich mit vielen Bundespolizeiangehörigen ein freudiges Wiedersehen feiern konnte.

Resümee

Mitbürger können normalerweise nur „am Tag der offenen Tür“ einen kurzen Einblick in die spannende Arbeit der Bundespolizei gewinnen. Ich dagegen erhielt die einzigartige Gelegenheit, drei ganze Monate die Arbeit der Bundespolizei kennen zu lernen.

Technik fasziniert. Ob ICE, Schießbahn oder Hubschrauberrundflug – auch ich konnte und wollte mich dieses Eindrucks nicht entziehen. Über gelungene Rettungsaktionen – manchmal leider auch Pannen – , Großeinsätze oder sonstige spektakuläre Ereignisse berichten die Medien ausführlich. Ich wollte aber vor allem die normale Polizeiarbeit er-



fahren, die weitaus weniger medientauglich ist. Wer in München auf dem Flughafen als KSB Streife läuft, muss vor allem wissen, wo die Toiletten und die einzelnen Gates sich befinden. Und an der Grenze über Stunden hinweg einen Ausweis nach dem anderen zu überprüfen, erfordert ein hohes Maß an Frustrationstoleranz. Und dabei kann der Polizeibeamte nie wissen, wann aus der Routine plötzlich ein möglicherweise gefährlicher Ernstfall wird. Welcher Dienstgruppenleiter kann schon bei seinem Dienstantritt damit rechnen, dass ein Traktor aus einem Weinberg auf ein ICE-Gleis stürzt oder dass ein Beziehungskonflikt in tödlichen Schüssen in der Flughafenhalle endet?

Mit Rechtsfragen muss sich der Polizeibeamte allerorten und täglich auseinandersetzen. Sein Dilemma liegt darin, dass ihm zumeist die Zeit fehlen wird, vor einer Entscheidung die Situation in Ruhe rechtlich zu würdigen oder gar Rechtsrat einzuholen. Umso mehr ist die Ausbildung gefordert. Wie beispielsweise das Ziehen der Waffe ausgiebig trainiert wird, sollte auch beim Einsatz staatlicher Gewalt im Kopf des Polizeibeamten ein rechtlicher Automatismus ablaufen, in dessen Zentrum der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz steht. Und dafür ist es unerlässlich, dass der Dozent typische Situationen der Polizeiarbeit kennt und seine theoretischen Ausführungen mit tatsächlich geschehenen Beispielfällen anschaulich macht.

Zum Schluss gilt es Dank zu sagen. Stellvertretend für die vielen, in die Hunderte gehende Zahl von Beamtinnen und Beamten aus dem mittleren, gehobenen und höheren Dienst, die ich leider an dieser Stelle nicht alle persönlich aufführen kann, möchte ich mich von ganzem Herzen beim Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums Süd, Herrn Präsident Holzem und beim Leiter des Polizeiamts Weil am Rhein, Herrn Polizeidirektor Schuster bedanken. Die drei Monate in ihrem Dienstbereich werden für mich unvergess-



lich bleiben. Sie haben mich intensiv mit der anspruchsvollen und facettenreichen Arbeit der Polizei vertraut gemacht und mir den Kontakt zu sehr vielen – auch wenn das Wort ein wenig altmodisch klingen mag, möchte ich es verwenden – „anständigen“ Menschen ermöglicht, die zum Wohl von uns allen einen nicht immer leichten Dienst als Bundespolizeibeamtinnen und -beamte mit hohem Engagement versehen.



Bilanz über Weiterbildungs- und Beratungsmaßnahmen sowie Vortragsveranstaltungen des Zentralbereiches für 2007

Am 01. März 2007 startete auf Initiative und unter Regie von Herrn Prof. Dr. Marc Wagner die Veranstaltungsreihe „Brühler Gespräche zum Verwaltungsrecht“ mit einem Vortrag von Herrn Prof. Dr. Steffen Detterbeck, Universität Marburg, zum Thema „Rückforderung EG-rechtswidriger Subventionen nach §§ 48 ff. VwVfG“. Die Abendveranstaltung, die für die Studierenden am Zentralbereich zum Unterricht gehörte, stand auch anderen Interessierten offen.

Es wurden Weiterbildungs- und Beratungsmaßnahmen zu folgenden Themen durchgeführt:



- Hochschuldidaktik
- Verwaltungsinformatik
- Masterstudiengang
Europäisches Management.

Brühler IT-Forum

Das Brühler IT-Forum ist eine gemeinsame Vortragsreihe der Fachhochschule des Bundes und der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung zu wichtigen Fragen in Zusammenhang mit der Informationstechnik.



Die seit dem Jahr 2002 durchgeführte Vortragsreihe wurde in 2007 zu folgenden Themen fortgesetzt:

- Microsoft Select-Rahmenverträge
- IT-Infrastructure Library (ITIL) 3.0 - vom serviceorientierten Prozessmanagement zum prozessorientierten Service-Management

Basisausbildung Verwaltungsinformatik - www.fhbund.de/vi-basis

In der zweiten Jahreshälfte begann ein an die Kundenwünsche angepasster Lehrgang für die Landwirtschaftliche Sozialversicherung, der zum 1. Februar 2008 enden wird. Die Module



Unterricht im Modul „Weborientierte Softwareentwicklung mit Java“

- IT-Projektmanagement
- Administration von Linux- und Windowssystemen
- Netze, Intranet, Internet, IVBB / IVBV
- Weborientierte Softwareentwicklung mit Java
- Entwurf und Implementierung von SQL-Datenbanken
- IT-Koordination, IT-Rahmenkonzepte, WiBe und IT-Beschaffung (UfaB)

werden durch Fachleute aus dem Hochschulbereich, aus der Bundesverwaltung und der Privatwirtschaft unterrichtet. Kundenspezifische Inhalte werden durch Dozenten der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung vermittelt.

Die Weiterbildung findet am Zentralbereich in Brühl statt. Praxiselemente werden im IT-Labor der Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg durchgeführt.

Ein wieder allgemein zugänglicher Kurs Basisausbildung Verwaltungsinformatik ist für die erste Hälfte des Jahres 2008 ausgeschrieben.

Didaktisches Zentrum

Neben den üblichen Aktivitäten des Didaktischen Zentrums, der hochschuldidaktischen Beratung und Schulung der Dozentinnen und Dozenten an den Fachbereichen der FH Bund sowie am Zentralbereich in Brühl sowie der Beratung der Fachbereiche in curricularen Fragen, befand sich ein Thema im Zentrum der Aktivitäten des zurückliegenden Jahres: Evaluation der Lehre!

ID	Titel	Bereich	Autor	FAIs	Logins
153	2007Didaktische	Didaktisches Zentrum	raebuch1	6	6
254	Alumni-Studienbefragungs April 2007	FB Allgemeine Innere Verwaltung	system	130	67
444	Online-Statistik 03/0207	FB Allgemeine Innere Verwaltung	Admin_ATV	47	21
208	1. EBEA-Bericht 2007	Bundesakademie für öffentliche Verwaltung	Admin_BBAO	77	71
264	2007Sprechstunde	Didaktisches Zentrum	Admin_OZ	10	5
593	2007Sprechstunde - Aufbau	Didaktisches Zentrum	Admin_OZ	10	10
274	Abschreibebefragungen	FB Bundespolizei	Admin_Ajpor	1	1
269	Abschreibebefragungen	FB Bundespolizei	Admin_Ajpor	1	1
118	EBEVA	Didaktisches Zentrum	Admin_OZ	11	6
576	ATV - Survey 1	Zentralbereich	Admin_ZB	9	9
587	ATV - Survey 1 - Berufsbereich - Mütter	Zentralbereich	Admin_ZB	10	10

Programmoberfläche des neuen Evaluationsystems



Medienzentrum

Die vier Arbeitsbereiche des Medienzentrums

- **DocuCenter**
- **Graphik**
- **Publikationen**
- **Videostudio**

haben 2007 die Ausbildung der FH Bund und die Fortbildung der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAKöV) - im Rahmen der bestehenden Verwaltungsgemeinschaft - durch ihre Dienstleistungsangebote unterstützt.



Videostudio der FH Bund

Bei den Mitarbeitern des **Videostudios** (Nikita Hetterle und Wolfgang Studnik) lag eine der Hauptaufgaben in der Unterstützung der Lehre an der FH Bund durch Videoaufzeichnungen und Aufnahmenachbearbeitung (Videoschnitt). Ein besonderer Schwerpunkt der Unterstützungsleistungen für die BAKöV waren die Aufzeichnung und Nachbearbeitung von Veranstaltungsmitschnitten und die Betreuung der regelmäßig stattfindenden Videokonferenzen.

Bei der Betreuung und Unterstützung von Großveranstaltungen zählten zur Kundschaft des Medienzentrums, neben den im Hause ansässigen Behörden, das Technische Hilfswerk sowie einige externe Veranstalter, die schon seit Jahren auf die professionelle Hilfe der FH Bund und ihres Medienzentrums zurückgreifen. Großveranstaltungen wie der Familiengerichtstag oder das Brühler Musikfest waren hierbei die Highlights 2007.



DISPA 2007 im Audimax

Die Betreuung, Wartung und Optimierung der gesamten Medientechnik der FH Bund, sowie der Außenstellen der BAKöV (Berlin oder Boppard), runden das Angebotsportfolio des Bereichs Videostudio ab.

Der Bereich **Publikationen** mit seinen Mitarbeitern Jochen Rosar und Ute Kallies blickt auf ein publikationsreiches Jahr 2007 zurück.

In der Reihe Berichte erschien als Band 34 *Integration von Migranten* von Dr. Ludwig Schmahl. *Afghanistan - Land ohne Hoffnung?* erschien in der Reihe Beiträge zur inneren Sicherheit Band 30, herausgegeben von Horst Schuh und Siegfried Schwan. In der glei-



chen Reihe, als Band 31, erschien unter der Herausgeberschaft von Monika Rose-Stahl und Prof. Dr. Armin Pfahl-Traugber die *Festschrift 25 Jahre BfV-Schule und für Andreas Hübsch*. Die Schriftenreihe der FH Bund wurde durch Band 50 *Studieren lernen* (herausgegeben von Sven Max Litzcke und Ruth Linssen), Band 51 *Change Management* (herausgegeben von Sven Max Litzcke und Rüdiger Nolte) und Band 52 *Was wurde aus der DKP?* (herausgegeben von Armin Pfahl-Traugber und Gerhard Hirscher) erweitert.

Der Bereich **Graphik** und seine Mitarbeiter Jörg Fandrey sowie Wilhelm Bories gestalten auch im Jahr 2007 unzählige Plakate, Flyer und die Umschläge der Publikationen ebenso wie Tischkarten, Visitenkarten oder Präsentationen. Im letzten Quartal 2007 erfolgte die graphische Umsetzung der ersten Ausgabe eines Hochschulmagazins unter der redaktionellen Federführung von Herrn Prof. Dr. Marc Wagner.

Ungebrochen bleibt weiterhin die gute Auslastung des **DocuCenters** und seines Mitarbeiters Joachim Karch. Das DocuCenter sicherte 2007 die Produktion von Lehr- und Seminarunterlagen. Durch die Beschaffung eines neuen s/w-Systems ist es jetzt möglich Publikationen vor Ort in einer hervorragenden Qualität professionell zu binden.

Verstärkung im Medienzentrum

Ende 2007 wurde das Team des Medienzentrums um eine neue Mitarbeiterin verstärkt: Frau Tatjana Beck wechselte aus dem Referat Z2 mit ihren Aufgaben der Betreuung des Intra- und Internet. Frau Beck wird zukünftig die administrative Betreuung der Lernplattform ILIAS mit sicherstellen.

Zentralbibliothek

Nutzerbefragung in der Bibliothek

Umfragen, Bewertungen, Evaluationen stehen im Moment hoch im Kurs. Das führte auch die Mitarbeiter/innen der Bibliothek zu der Idee, ihr Angebot und ihre Dienstleistungen im Rahmen einer Befragung zu beleuchten. Außerdem interessierte das Nutzungsverhalten der Leser, und welche Rolle die Bibliothek für sie bei der Suche nach Informationen spielt.

Zum Vorgehen

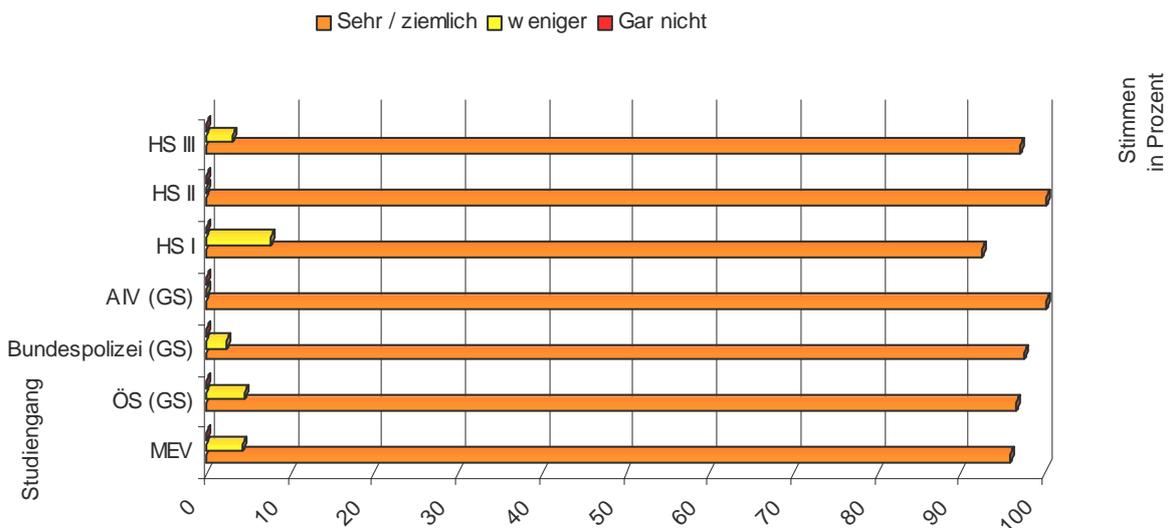
Zunächst wurden zu Vergleichszwecken einige Fragebögen anderer Bibliotheken zusammengetragen. Mit Unterstützung des Didaktischen Zentrums wurden eigene Fragen zu Nutzungsverhalten, Suchstrategien, Motivation zur Ausleihe, Bewertung des Bestandes, Personal, Nutzung der Homepage und der Fernleihe sowie zu den Allgemeinen Rahmenbedingungen entwickelt.



Adressaten der Befragung waren die Studierenden, da sie die größte Benutzergruppe der Bibliothek darstellen. Die Bögen wurden in den Monaten Februar bis April 2007 über die Kurssprecher/innen verteilt. Den Kurssprechern/innen wurde vorher kurz Sinn und Zweck der Befragung vorgestellt mit der Bitte, dies an die Kurse weiter zu geben und auf den Rücklauf zu achten. Das Verfahren war erfolgreich, denn von den 435 verteilten Fragebögen kamen 334 ausgefüllt zurück, was einer Quote von 76,8% entspricht. Bei der Auswertung wurden die Bögen nach Fachbereichen zusammengefasst (Öffentliche Sicherheit, Bundespolizei, Fernstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement, und Grundstudium AIV) sowie die einzelnen Studienabschnitte des Hauptstudiums AIV extra aufgeführt.

Einige Ergebnisse

- Zunächst das wichtigste Ergebnis: Alle Kurse sind zu annähernd 100% mit der Bibliothek zufrieden:



- Die Bibliothek wird von den einzelnen Studiengängen unterschiedlich genutzt – häufig von Studierenden der AIV und der Öffentlichen Sicherheit, eher selten von den angehenden Bundespolizisten.
- Dem entspricht das Ergebnis in Hinblick auf die bevorzugten Suchstrategien, nämlich dass der Bibliothekskatalog für die Studierenden der AIV (mit Ausnahme des HS I) das wichtigste Suchinstrument darstellt.
- Die Studierenden kommen mit der Handhabung des Kataloges gut zurecht.

- Der Austausch untereinander ist eine wichtige Quelle, um Informationen zu bekommen.
- Zur Prüfungsvorbereitung und zur Vorbereitung einer Arbeit bzw. Präsentation wird häufig ausgeliehen.
- Es wird aber vor allen Dingen dann ausgeliehen, wenn Dozent/innen Literatur empfehlen.
- Dies führt zu der Aussage, dass Titel oft ausgeliehen sind, bzw. Literatur nicht in entsprechender Anzahl vorhanden ist.
- Zeitschriften werden mit hohen Nennungen selten oder nie genutzt.
- Die Homepage der Bibliothek wird eher selten genutzt.
- Die Fernleihe spielt im Grundstudium keine Rolle, von den anderen Studiengängen/abschnitten wird sie nur wenig in Anspruch genommen.
- Das Personal wird von den Befragten als kompetent, hilfsbereit und freundlich eingeschätzt.
- Die Möglichkeiten in der Bibliothek arbeiten zu können werden als „gut“ beurteilt.

Konsequenzen für die Bibliothek

Einige Konsequenzen aus den erhaltenen Antworten wurden bereits gezogen:

Die Veranstaltungen zur Einführung in die Bibliotheksbenutzung im Grundstudium wurden überarbeitet. Insbesondere wird hier auf die Homepage der Bibliothek hingewiesen.

Die Homepage, die erst im letzten Jahr komplett neu gestaltet wurde, wurde in Teilen umstrukturiert und ergänzt. Besonderen Wert wurde auf die Informationen, die unter dem Button „Studium“ zu finden sind, gelegt.

Das Schulungskonzept zur Literaturrecherche im Hauptstudium I wurde ebenfalls überarbeitet. Schwerpunkt dieser Veranstaltung ist die eigene Suche im Katalog anhand von sechs Übungsthemen.

Die Leihfrist für Titel aus der Lehrbuchsammlung wird auf drei Wochen verkürzt.

Die kostenpflichtigen Zeitschriftenabonnements liegen den Bibliotheksbeauftragten zur Überprüfung vor.

Das Hauptanliegen, Studierende bei der systematischen Bearbeitung studienrelevanter Literatur zu unterstützen und somit auch einen Beitrag zum wissenschaftlichen Anspruch des Studiums zu leisten, kann die Bibliothek allerdings allein nicht bewerkstelligen. Hier ist sie auf die Unterstützung der Dozent/innen angewiesen. Alternativen zu den TOP-10-Titeln aus der Lehrbuchsammlung sind ausreichend vorhanden.



Budgetmanagement, KLR

Knapp 10 Jahre nach dem Start des Pilotprojektes Kosten-Leistungsrechnung (KLR) bei der FH Bund in Brühl lud diese die KLR- Beauftragten aller Fachbereiche der FH Bund vom 20. bis zum 21.09.2007 zu einem KLR- Workshop nach Brühl ein.

Ziel des Workshops war der Erfahrungsaustausch über den aktuellen Stand der KLR-Einführung bzw. deren Betrieb. Auf diese Weise sollte die gemeinsame Weiterentwicklung der KLR- Konzepte für die gesamte FH Bund unterstützt werden. Besonders für eine Fachhochschule mit ihren vielfältigen Aufgabenfeldern und den daraus resultierenden Anforderungen an ein KLR- Konzept ist es wichtig, dass die Fachbereiche ihre positiven und negativen Erfahrungen austauschen. So können im Sinne eines Best Practice-Verfahrens nicht nur die Produkte verbessert und Kosten gesenkt, sondern auch Verfahrensabläufe in der Verwaltung und beim Lehrbetrieb optimiert werden.



Nach erfolgreichem Abschluss des Workshops beschlossen die Workshop - Teilnehmer, dass ein regelmäßiges Benchmarking betrieben werden soll. Ein nächster Schritt wird es sein, die von den einzelnen Fachbereichen verwendeten Kennzahlen der Produkte, welche die Lehre unmittelbar unterstützen, zu erheben und in dem voraussichtlich im Februar 2008 stattfindenden Workshop zu besprechen.

Workshop Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren vom Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung Frau Dr. Orlean, vom Fachbereich Finanzen Herr Dr. Nolte und Frau Dr. Wöhner, vom Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung Herr Mißler, vom Fachbereich Sozialversicherung Frau Fechler und Frau Tonn und vom Zentralbereich Frau Dr. Goldner, Frau Blau, Herr Mayr und Herr Schmidt.

Servicezentrum und Gebäudemanagement

Das mit Abstand größte Referat der FH am Zentralbereich in Brühl sorgt mit seinen Arbeitsbereichen

Bauunterhaltung	Raumreservierungen
Gebäudewirtschaft	Sonderveranstaltungen
Technischer Betriebsdienst	Fortbildung
Außenanlagen	Rechnungserstellung
Innerer Dienst	Schreibdienst
Hausmeisterei	Seminarausstattung
Binnen- und Buten-Transporte	Mensa-Angelegenheiten
Arbeitssicherheit	Öffentlichkeitsarbeit
Zimmervergabe	und einiges mehr

dafür, dass in unseren Häusern

- angehende Beamte und Beamtinnen studieren,
- Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Bundes und der Länder in Seminaren lernen,
- viele von ihnen wohnen
- und last but not least unsere Dozenten und Verwaltungsmitarbeiter/innen für sie arbeiten können.

Ein paar Bereiche seien herausgegriffen:

Seminare und Tagungen

Auch im Jahre 2007 fanden an der FH Bund Tagungen und Kongresse mit weit gefächerten Themengebieten, initiiert von Behörden und anderen Einrichtungen statt.

Als Beispiele einige teilnehmerstarke Veranstaltungen, deren Durchführung, bedingt durch mehrjährige Erfahrung der Mitarbeiter/innen und der konsequenten Einhaltung von Ablaufplänen als Erfolg gebucht werden konnten:

- Auswahlverfahren des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Februar mit 350 Teilnehmer/innen
- Deutscher Familiengerichtstag mit ca. 600 Teilnehmer/innen
- Kongresse der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk im März, April, August und November mit ca 100 Teilnehmer/innen
- Tagungen der Bundeswehr im Januar mit 200, im September und Oktober mit je über 100 Teilnehmer.



Insgesamt führten wir

- 16 Tagungen mit mehr als 100 Teilnehmern
- 17 Tagungen mit 50 bis 100 Teilnehmern und
- 151 Tagungen mit bis zu 50 Teilnehmern durch.

Wohnheimverwaltung

Die Anzahl der abgeschlossenen Mietverträge im studentischen Bereich lag bei 1056 Verträgen, was eine leichte Steigerung gegenüber den Vorjahren entspricht.

Ferner wurde in diesem Bereich weiter an der Optimierung des hauseigenen Buchungssystems „campusplan“ gearbeitet.

Geschäftsstelle Fortbildung (GEFO)

Die Anzahl der für die BaköV organisierten Seminare ist im Berichtsjahr auf 1.760 Veranstaltungen gestiegen. Das sind fast 40 Prozent mehr als im vergangenen Jahr und bedeutet einen Anstieg von fast 80 Prozent im Vergleich zu 2003. D.h. der Anstieg ist ungebrochen und setzt sich mit zunehmender Stärke fort.

Weitere 58 sog. „Leitbehördenseminare“ kamen hinzu. Diese Veranstaltungen werden von der BAKöV konzipiert, auch die Dozentensuche/ Terminabsprache erfolgt durch sie. Die Teilnehmerorganisation erfolgt dabei ausschließlich durch die Leitbehörden; wir – die FH Bund sind hier „nur“ für die Seminaerausstattung zuständig.

Gebäudetechnik

Der Technische Betriebsdienst hat seit Bezug der Liegenschaft im Jahr 1994 die Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmeversorgung in einem vorbildlichen (Bewertung durch Externe) Zustand gehalten und, soweit es sinnvoll war, immer wieder auf den neuesten Stand der Technik gebracht.

Die Bundesregierung hat über die Deutsche Energie-Agentur (dena) sämtliche Bundeseinrichtungen aufgefordert, sich an Energie-Einspar-Contractings zu beteiligen und diese abzuschließen.

Ziel dieser Contractings ist die Optimierung der versorgungstechnischen Anlagen in allen Liegenschaften, um damit sowohl die Budgets der Haushalte als auch die Umwelt zu entlasten. Je nach Zustand der Anlagen geschieht dies z.T. auch durch Ersatzinvestitionen.

Das Ingenieurbüro Haydn Energie Consult in Passau stellte zunächst im November 2005 die Ausschreibungsunterlagen sowohl für unsere Zentralgebäude und Sporthalle als auch für die auf unserer Liegenschaft liegende Bundesfinanzakademie zusammen. Die Ausschreibung zum Energiespar-Contracting erfolgte 2006 unter maßgeblicher Beteiligung der OFD-Düsseldorf und dem BLB-Aachen, Niederlassung Nörvenich.

Die Firma Axima erhielt aufgrund der Erfolgsszusage in ihrer Grobanalyse, den Zuschlag und bestätigte ihr vorgelegtes Konzept am 15. Aug. 2007 durch ihre Feinanalyse. Seit dem 15. Okt. 2007 wird in Anlehnung an den Erfolgsgarantievertrag der Umbau unserer versorgungstechnischen Anlagen vorgenommen und wird bis Ende April 2008 andauern.



Schwerpunktmäßig sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Einbau eines Blockheizkraftwerkes (BHKW),
- Austausch der Kältemaschine
- Einbau neuer Motoren und Frequenzumrichter,
- Umbau der Warmwasserbereitung
- Demontage der großen Schublüfter
- Einbindung aller Neu- und Umbauten in die Gebäudeleittechnik.

Nach Abschluss der erforderlichen Anpassungen hat der Contractor eine Einsparung von ca 200.000 € zugesichert.

Diese Ersparnis ergibt sich wie folgt:

Zusammenfassung		Energie				Kosten			
		Baseline	ESC	Einsparung		Baseline	ESC	Einsparung	
FH - Bund	Gas (Heizkessel)	4.756,5 MWh/a	2.874,6 MWh/a	1.881,9 MWh/a	39,6%	183.741,75 €/a	111.045,03 €/a	72.696,73 €/a	11,9%
	Gas (BHKW)			-1.317,2 MWh/a			50.881,95 €/a	-50.881,95 €/a	
	Gassteuerrückerstattung						-15.881,85 €/a	15.881,85 €/a	
	Strom	2.522,1 MWh/a	1.112,3 MWh/a	1.409,8 MWh/a	55,9%	262.802,82 €/a	115.897,96 €/a	146.904,86 €/a	55,9%
	Wasser	31.968,0 m³/a	29.931,1 MWh/a	2.036,9 m³/a	6,4%	134.425,44 €/a	125.860,47 €/a	8.564,97 €/a	6,4%
	Schmutzwasserbefeuerung						-3.911,71 €/a	3.911,71 €/a	
	Grundpreise (Gas + Wasser)					1.355,88 €/a	1.355,88 €/a		
	Summe					582.325,89 €/a	385.247,73 €/a	197.078,17 €/a	33,8%
Sporthalle	Gas	239,5 MWh/a	186,6 MWh/a	52,9 MWh/a	22,1%	10.537,91 €/a	8.244,97 €/a	2.292,94 €/a	21,8%
	Grundpreis					153,36 €/a	153,36 €/a		
	Strom	Daten in der FH enthalten		4,2 MWh/a			-435,01 €/a	435,01 €/a	
	Summe					10.691,27 €/a	7.963,33 €/a	2.727,94 €/a	
	Summe FH-Bund inkl. Sporthalle					593.017,16 €/a	393.211,05 €/a	199.806,11 €/a	33,7%

Hinweise:
 Alle Angaben sind Nettopreise.
 Gas (Arbeit)*; bereinigt mit auf das langjährige Mittel mit f = 3585/3250

Einsparungen

Das gesamte Investitionsvolumen des Contractors beträgt netto ca. 806.000 €. Hiervon entfallen etwa 68.000 € auf die Planung und das Engineering; für Geräte, Anlagen und Dokumentationen werden ca. 738.000 € aufgewandt werden. Zudem wird die gesamte Maßnahme über das 120 -Mio.- € Förderprogramm des BMVBS mit einem Baukostenzuschuss von ca. 248.000 € gefördert.

Von der jährlichen Einsparung von fast 200.000 € werden ca. 68.000 € zur Haushaltsentlastung der FH Bund beitragen, ca. 132.000 € werden der Refinanzierung des Contractors dienen. Der Contracting Vertrag hat eine Laufzeit von 10 Jahren.



Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BA)

Die vorgesehene Übernahme sämtlicher Grundstücke und Gebäude des Bundes durch die BA ist nicht nur haushalterisch, sondern auch organisationstechnisches Neuland, für das es bisher keine Vorbilder gab bzw. gibt. Sie sorgt in allen betroffenen Bundeseinrichtungen für vielfältige Probleme bzgl. der Umsetzung, so auch in der FH Bund. Die BA trat im März 2006 zum ersten Mal in Kontakt mit dem Referat Z4. Bei diesem Gespräch sollten erste Vorstellungen zur Vorgehensweise der Übernahme der Dienstliegenschaft sowie der Einführung eines einheitlichen Liegenschaftsmanagements besprochen werden.

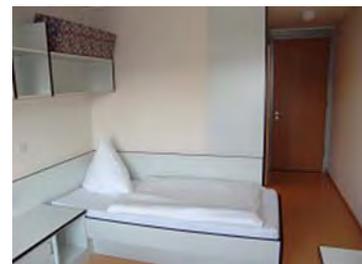
Begehungen der Liegenschaft folgten, Flächen wurden exakt ermittelt, eine Zustandsbewertung der Liegenschaft wurde vorgenommen. Eine Erstauflistung erfolgte im Juli 2007. Nach erfolgten Feinabstimmungen konnte die Flächenermittlung und -bewertung im November 2007 endabgestimmt werden und als Vertragsgrundlage dienen.

Daneben galt und gilt es nach wie vor jedoch noch viele weitere Einzelpunkte zu klären. Hierbei geht es insbesondere um die Präzisierung der in der Dachvereinbarung und in dem Mietvertrag festgelegten Rahmenbedingungen. Erschwerend hinzu kam, dass die mehrfach geänderte, nunmehr endgültige Dachvereinbarung erst im November ihre Gültigkeit erlangte.

Im August 2007 wurde der Termin zur Übergabe der Liegenschaft per Erlass des BMI auf den 01.01.2008 festgesetzt, die Vertragsverhandlungen zwischen BA und FH Bund zeigten zwar, dass beide Seiten eine möglichst reibungslose Übergabe anstreben, doch noch zu viele Fragen offen sind. Trotz außerordentlich hohem Zeitdruck wurde weiter an diesem Termin festgehalten.

Ende November wurde per Erlass des BMI aus haushalterischen Gründen der Termin zur Übergabe, der noch nicht übergebenen Liegenschaften des Geschäftsbereiches, auf den 01.01.2009 verlegt.

Nach der in 2006 erfolgten Renovierung von Wohnhaus 3 und 4 wurde nun in Wohnhaus 2 der Bodenbelag ausgetauscht und die Wände der Apartments und Flure neu gestrichen. Auch dieses Mal war es äußerst schwierig, einen passenden, sehr eng bemessenen Zeitraum zu finden, in dem alle Arbeiten durchzuführen waren. Bereits mit mehreren Monaten Vorlauf musste umgebucht und umgeplant werden. Es galt die Maßgabe jedes gebuchte Seminar stattfinden zu lassen. Die Planung stellte einen Spagat dar zwischen unbedingt notwendiger Renovierung und der hohen Nachfrage nach Apartments – sei es für Studierende, sei es für Seminaristen oder Tagungsteilnehmer.



Der über 13 Jahre stark beanspruchte und sehr abgenutzte Nadelfliesboden wurde gegen beige-orangen Kautschukboden ausgetauscht, die neue Wandfarbe wurde farblich abgestimmt. Aufgrund der hohen Belegungszahlen der Apartments musste wieder flurweise vorgegangen werden. So konnten die Gewerke nacheinander bzw. parallel arbeiten. Der Lärm und auch der Dreck betraf natürlich auch die Bewohner der anderen Etagen. Trotz vielfältiger Bemühungen, die Belästigungen zu minimieren, ließen sich ein gewisser Unmut und auch Klagen nicht ganz verhindern.

Daneben gab es das Problem, dass die Appartements mit Flachbildschirmen und Computern ausgestattet sind. Diese mussten punktgenau jeweils in den gegenüber liegenden Appartements eingeschlossen werden und nach der Renovierung wieder zurückgeräumt werden und dann ... vice versa.

Nunmehr sind drei der vier Wohnhäuser mit gut 525 Appartements so renoviert, dass die Bewohner sich wirklich wohlfühlen können. Sofern der Haushalt es zulässt, werden wir die letzten Appartements schnellstmöglichst ebenso renovieren.

Hochschulsport

Im Berichtsjahr 2007 bot der Zentralbereich der FH Bund wiederum ein gut diversifiziertes Wahlfachangebot im Bereich Sport an. Die betroffenen Semester beteiligten sich mit einer Quote von rund 80 % aller Studierenden und erfüllten den Sportcampus mit bewegtem Leben.

Zielrichtung für den Zentralbereich der Hochschule ist es



- ein qualifiziertes Bewegungsangebot im Rahmen des Bildungsauftrags auch zum Ausgleich für die bewegungsarmen Studienbelastungen zu schaffen;
- ein Angebot zur Erweiterung der Kenntnisse und Erfahrungen über Bewegungs-, Spiel- und Kommunikationsformen, über Entspannungsformen und über gezielte Maßnahmen zur Gesunderhaltung durch regelmäßige Sportaktivitäten zu machen;
- den mitgebrachten Trainingsstatus der Studierenden in etwa zu halten und möglicherweise neue Impulse zu setzen.

Neben den stark vertretenen Kampfsportarten mit Zielrichtung zur praxisnahen Selbstverteidigung wurde ein Schwerpunkt auf das Rückschlagspiel Tennis gelegt – diese Disziplin hat neben dem Vorzug als Lifetimesportart auch einen organisatorischen Vorteil: Man muss nur einen Partner hinzukoordinieren. Hinsichtlich der späteren Schichtdienstsituation der Vollzugsbeamtinnen und -beamten ergeben sich hier Möglichkeiten eines stark variablen Sportbetriebs auch bei ungünstigen zeitlichen Konstellationen. Weiterhin kam die neue Sportart Futsal in den Praxisbetrieb der FH Bund. Futsal ist eine Variante des Hallenfußballs mit dem Vorzug des nahezu verletzungsfreien Agierens unter Vermeidung der körpernahen Zweikämpfe. Diese junge Disziplin bietet für die Zukunft interessante Möglichkeiten für ein dynamisches Sportspiel ohne Unfallereignisse.

Insgesamt fand das Sportjahr 2007 bei den beteiligten Semestern das erhofft gute Feedback und die Studierenden konnten so manche Anregung in ihren heimischen Verein oder auch in ihre Stammdienststelle mitnehmen.

Aus dem Initiativkreis



Das Engagement und die Teilnahme der Studierenden an allen Veranstaltungen des Initiativkreises hat in den letzten Jahren stetig zugenommen.

Das Angebot an Tanzkursen, Kulturveranstaltungen und der Chorarbeit wird sehr gut angenommen. Den Abschlussball mit 120 Studierenden der Tanzkurse am Zentralbereich wurde durch eine Gruppe junger Breakdancer bereichert.



Morgenandacht wird eingestellt.

Nach über 20 Jahren Morgenandacht, wird diese wegen der bevorstehenden Pensionierung unseres Diakons Prof. Dr. Ludwig Schmahl eingestellt. Das Morgengebet fand immer dienstags von 7.30 bis 7.50 Uhr vor dem Unterricht statt. Sowohl Studierende als auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses nahmen an der Andacht teil. Dieses Angebot „Innehalten“ und „Besinnen“ auf christliche Gemeinschaft und Werte werden wir hier sehr vermissen. Im letzten Semester unterstützte Herr Lars Thies von der Bundespolizei in besonderer Weise die Morgenandacht, er vertrat Prof. Dr. Schmahl und bereitete die Morgenandachten vor.

„ Herzlichen Dank an Herrn Prof. Dr. Schmahl “
für viele Jahre seelsorgerisches Engage-

Highlights in diesem Jahr war der Abschlussgottesdienst des Wintersemesters 06/07 am 20. März im Kölner Dom. Auf Anfrage des Diakons Prof. Dr. Schmahl an das Metroplitankapitel der Hohen Domkirche zu Köln erhielten wir die Möglichkeit dort eine Abschlussandacht des Semesters zu feiern. Wir erfüllten damit einen Herzenswunsch eines Studierenden der Bundespolizei Philipp Hirrle, der gerne einmal Orgel im Kölner Dom spielen wollte. Großartig erklang dann das Orgelspiel vom Philipp Hirrle der die Tocata von Bach intonierte, wir freuten uns mit ihm. Lars Thies, ebenfalls Student im WS 06, gestaltete mit Prof. Dr. Schmahl die Andacht. Viele Studierende und Mitarbeiter/innen des Hauses nahmen am Abschlussgottesdienst teil. Das war ein würdiger Abschluss des Semesters.



Chor des Wintersemesters 06/07
Studierende aus allen Fachbereichen und
Mitarbeiter/innen des Hauses



Aus den Fachbereichen



Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung

Leitung:	Regierungsdirektor Dr. Wolfgang Harmgardt
Sitz / Standorte:	Brühl
Laufbahnen:	gehobener nichttechnischer Dienst in der allgemeinen und inneren Verwaltung
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	208
Einstellungszahlen 2007:	52
hauptamtliches Lehrpersonal:	9

Stand 31.12.2007

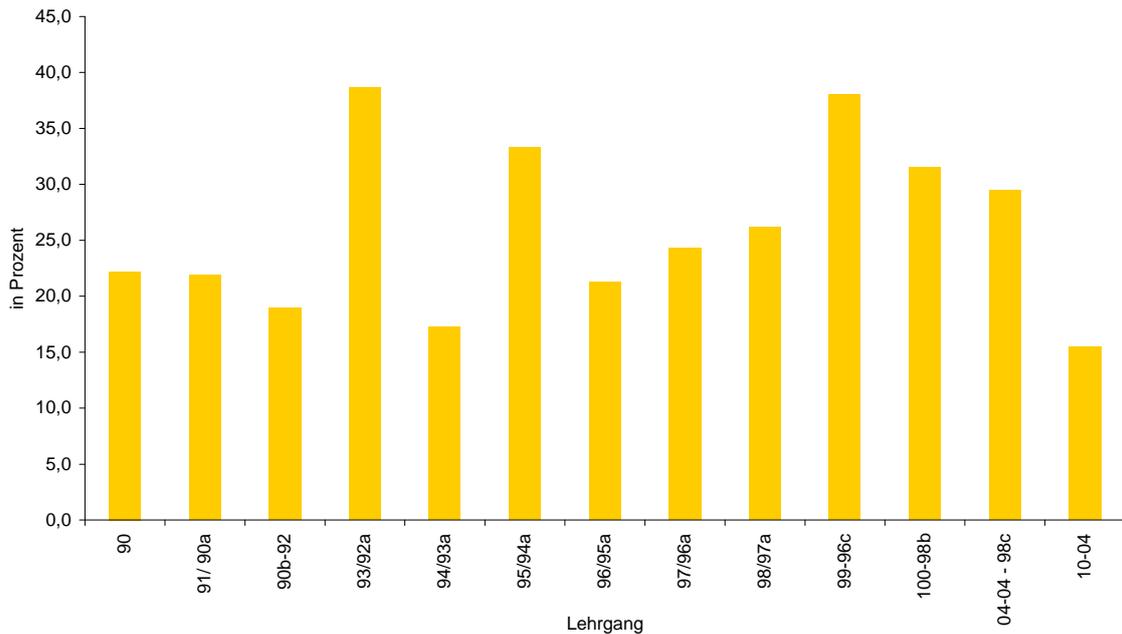
Laufbahnprüfungen 2007

Absolventinnen und Absolventen schnitten besser ab als in den Vorjahren

An den beiden Laufbahnprüfungen im Frühjahr und Herbst nahmen insgesamt 145 Studierende teil, von denen 113 (77,9 Prozent) ihre Ausbildung erfolgreich beendeten. Die Absolventinnen und Absolventen schlossen ihre Laufbahnprüfung im Durchschnitt mit der Note 2,8 ab.



Aus den Fachbereichen



Entwicklung der Nichtbestehensquote im Studiengang des Fachbereichs AIV von 2001 bis 2007

Insgesamt nahmen in den Hauptstudienabschnitten I bis III zum Stand 31.12.2007 196 Studierende das Studienangebot wahr. Der Anteil der Aufstiegsbeamtinnen und –beamten betrug 18,4 % Prozent. Insgesamt schnitten die Absolventinnen und Absolventen in den beiden Prüfungsdurchgängen deutlich besser ab als in den vorangegangenen Jahren. Die im Vergleich zu anderen Fachbereichen der Fachhochschule des Bundes jedoch immer noch deutlich höhere Nichtbestehensquote lässt Verbesserungspotential erkennen.



Verleihung der Diplome: Giso Schütz, Vizepräsident des Bundesverwaltungsamtes und Dr. Wolfgang Harmgardt, Leiter des Fachbereichs Allgemeine Innere



Erstmals seit längerer Zeit konnte ein hochrangiger Vertreter des Bundesministerium des Innern, Staatssekretär Johann Hahlen, als Festredner anlässlich der Diplomierung der Absolventinnen und Absolventen des Lehrgangs 10-04 gewonnen werden. Die Absolventen der Fachhochschule des Bundes sind, so formulierte es der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Johann Hahlen, gleichsam die Erneuerungsquelle der Behörden

als belebendes, kreatives Element. Er appellierte an die Absolventen, bei all den verschiedenen Behördenkulturen immer eines zu bleiben: idealistisch, aufgeschlossen für Neues, wissbegierig und lernbereit. Dies ist, so Hahlen, für eine moderne Verwaltung nötig. Dass Hahlen die Fachhochschule des Bundes als „ein Schmuckstück der Innenverwaltung der Bundesrepublik Deutschland“ bezeichnete, setzte der Veranstaltung ein besonderes Glanzlicht auf.



Ausbildung aus einer Hand – Der Fachhochschule wurde die Gesamtverantwortung für den Studiengang am Fachbereich AIV übertragen

Das Bundesministerium des Innern hat die Aufgaben im Bereich der Ausbildung für den gehobenen nichttechnischen Dienst in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes mit Wirkung zum 01. Oktober 2007 vom Bundesverwaltungsamt auf die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung übertragen.

Mit einer Zusammenführung der berufspraktischen und fachtheoretischen Studienanteile ist eine grundlegende Voraussetzung für die Weiterentwicklung von Optimierungsstrategien geschaffen worden.

Danach wird der Fachbereich AIV für den gesamten Studiengang zuständig sein. Zu den neuen Aufgaben gehören

- **Auswahl der Studierenden**
- Das Dienstleistungszentrum des Bundesverwaltungsamtes wird für den Fachbereich AIV nach dessen Vorgaben die Auswahlveranstaltungen organisieren und durchführen.
- **Betreuung der Studierenden während ihrer gesamten Ausbildung**
- Die praxisbezogenen Lehrveranstaltungen sowie die Steuerung der Praktika werden vom Fachbereich AIV wahrgenommen. Die Studierenden halten sich während ihres gesamten Studiums an der Fachhochschule des Bundes in Brühl auf. Lediglich ihre Praktika verbringen die Studierenden außerhalb der FH Bund in den Ausbildungsbehörden.
- **Vermittlung der Studierenden in die Anschlussverwendung**
- Das **Prüfungsamt** ist für die Durchführung der Laufbahnprüfung für den gehobenen nichttechnischen Dienst in der allgemeinen und inneren Verwaltung im Zentralbereich der Fachhochschule des Bundes verankert.

Die Zuständigkeitsübertragung auf die FH Bund und den Fachbereich AIV hatte zur Folge, dass alle Studierenden vom Bundesverwaltungsamt an die Fachhochschule des Bundes versetzt wurden.

So wurden erstmalig 21 Beamtinnen und Beamte, die am Fachbereich AIV ihr Studium am 01. Oktober aufnahmen, vom Präsidenten der Fachhochschule des Bundes ernannt. Mit der Bündelung der Ausbildungsverantwortung in einer Hand ist eine wesentliche Voraussetzung geschaffen worden, eine engere fachliche Verzahnung zwischen dem Grundstudium, dem Hauptstudium und den berufspraktischen Studienanteilen herbeizuführen.



Reform des Studiengangs – Modularisiertes Studium ist beschlossene Sache

Auf seiner Sitzung am 7. September 2007 beschloss der Fachbereichsrat des Fachbereichs AIV seinem Hauptstudium eine neue Struktur zu geben. Die Lehrenden des Fachbereichs haben die Lehrveranstaltungen in den jeweiligen Studienfächern thematisch gebündelt und zu Modulen zusammengefasst. Mit der angestrebten Modularisierung des Hauptstudiums werden, unter Beibehaltung des Diplomstudiengangs, wesentliche Elemente eines Bachelorstudiengangs übernommen. Hierzu gehören die Verlängerung des fachtheoretischen Teils des Studiengangs auf 24 Monate, eine Straffung der berufspraktischen Studienzeiten auf 12 Monate sowie ein studienbegleitendes Prüfungswesen.

Ausgangspunkt der Studiengangsreform war eine im September 2006 vorgenommene Befragung der Behörden im Geschäftsbereich des Bundesministerium des Innern zum künftigen Kompetenzprofil des gehobenen nichttechnischen Dienstes. Das an Kompetenzziele ausgerichtete Modulkonzept berücksichtigt die von den befragten Behörden formulierten fachlich-methodischen, sozialen und personalen Anforderungen an die Beamtinnen und Beamten im gehobenen Dienst in der allgemeinen und inneren Verwaltung. Darüber hinaus konnten die aus der im Januar 2006 durchgeführten Befragung von Absolventen gewonnenen Erkenntnisse (intensivere Verzahnung der fachtheoretischen und berufspraktischen Studienabschnitte, Verringerung der Schnittstellen) in der Neukonzeption berücksichtigt werden.

Dazu gehört auch die Straffung der berufspraktischen Studienzeiten, die insgesamt zwei Semester umfassen. In dem reformierten Studiengangskonzept ist vorgesehen, die Studierenden in dem jeweils vorgelagerten Semester auf die Praktikumsphasen vorzubereiten. Eine Nachbereitung findet zum Ende des jeweiligen Praktikums statt.

Die Vertretung der Studierenden befürwortet die beabsichtigte Straffung der berufspraktischen Studienzeiten. Aufgabenübertragung, modularisiertes Hauptstudium, studienbegleitendes Prüfungswesen und eine Straffung des berufspraktischen Studienabschnitts erfordern eine Laufbahn-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung, die diese weitreichenden Veränderungen abbildet. Parallel zur Modifizierung dieser Ordnung erarbeitete der Fachbereich in enger Abstimmung mit Vertretern der Abnehmerbehörden im BMI-Geschäftsbereich den Entwurf einer Praktikumsordnung, die im reformierten Studiengangskonzept die Zusammenarbeit mit den Praktikumsbehörden umfassend regelt.



Der Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung hat seinen Sitz an der Fachhochschule des Bundes in Brühl

Es ist beabsichtigt, dass bereits die zum 1. Oktober 2008 einzustellenden Studierenden ihre Ausbildung nach dem reformierten Studiengangskonzept aufnehmen.

Das Kuratorium der Fachhochschule des Bundes hat anlässlich der Sitzung am 9. Mai 2007 beschlossen, dass die Fachbereiche unter Beachtung der jeweiligen besonderen Verhältnisse am Fachbereich und Sitzland über den Zeitpunkt der Umstellung des Diplom-Studienganges auf Bachelor eigenständig entscheiden.

Sobald erste Erfahrungen mit dem modularisierten Studiengang vorliegen, wird über den Zeitpunkt der Umstellung des Studienabschlusses von Diplom auf Bachelor entschieden. Für eine erfolgreiche Akkreditierung sind weitere Vorarbeiten notwendig.



Praxisbezogene Fortbildung der hauptamtlich Lehrenden

Um die Qualität der Lehre durch einen hochschuladäquaten Praxisbezug weiterzuentwickeln und den hauptamtlich Lehrenden Gelegenheit zu geben, sich mit dem gewandelten Anforderungsprofil in den Tätigkeitsfeldern des gehobenen nichttechnischen Dienstes vertraut zu machen, hat der Fachbereichsrat einen auf sechs Monate befristeten Praxiseinsatz (Praxissemester) der am FB AIV hauptamtlich Lehrenden beschlossen.

Frau Dr. Dorf, bis Ende September hauptamtlich Lehrende am Fachbereich, leistete ihr Praktikum im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Ihr Einsatz fand große Beachtung. So wurde Frau Dr. Dorf am Ende ihres Praktikums vom Präsidenten des BAMF, Dr. Schmidt verabschiedet. Herr Dr. Schmid stellte die Entwicklung des BAMF von einer reinen Asylbehörde hin zu einem Kompetenzzentrum für Integration und Migration dar und beschrieb die Herausforderungen und Aufgaben, denen das BAMF sich derzeit gegenüber sieht. Frau Dr. Dorf berichtete, der Präsident habe großes Interesse an ihrem Praxiseinsatz beim BAMF gezeigt und gleichzeitig darauf hingewiesen, dass die im BAMF tätigen Absolventen der FH Bund mit zu den Leistungsträgern in der Behörde zählten, deren Ausbildung er schätze. In die gleiche Richtung äußerte sich auch der Vizepräsident des BAMF, Herr Dr. Griesbeck, der Frau Dr. Dorf ebenfalls zu einem Abschlussgespräch empfing.

Frau Dr. Dorf resümierte, sie habe nicht nur die Organisation einer Bundesbehörde kennen gelernt, sondern vor allen Dingen tiefen Einblick in die – unterschiedlichen – Aufgabenfelder des BAMF und der Beamten des gehobenen Dienstes nehmen können.

Sie habe in viele für die Unterrichtsgestaltung wertvolle Praxisfälle Einsicht nehmen können, was ihren Blick, so Frau Dr. Dorf, für die in der Praxis der Beamten des gehobenen Dienstes wichtigen und entscheidenden juristischen Fähigkeiten geschärft habe. Frau Dr. Dorf: „Die Tatsache, dass bislang ein Praxiseinsatz von Dozenten der FH Bund bzw. des Fachbereichs AIV beim BAMF noch nicht erfolgt war, versetzte zu Beginn meines Aufenthalts einige Mitarbeiter im BAMF ein wenig ins Staunen, da sie sich nicht vorstellen konnten, dass der Fachbereich AIV tatsächlich einen Dozenten zum BAMF abordnet mit dem Ziel, Arbeitsschwerpunkte und Organisation des BAMF kennen zu lernen, zu vertiefen und sich vor allem über die Tätigkeitsfelder des gehobenen Dienstes umfassend zu informieren. Das Interesse der FH Bund bzw. des Fachbereichs AIV an einem derart zielorientierten Praxiseinsatz der eigenen Dozenten rief bei allen Mitarbeitern große Anerkennung und schnell die Überzeugung hervor, wie wichtig ein solcher Praxiseinsatz für eine optimale Ausbildung der Studierenden und damit auch der potentiellen künftigen Mitarbeiter des gehobenen Dienstes beim BAMF ist. Bereits an dieser Stelle sei vorweggeschickt, dass das Standing der FH-Absolventen im BAMF sehr gut ist und ihre Ausbildung zu Generalisten, ihre guten Grundlagenkenntnisse, ihre Flexibilität hinsichtlich der verschiedenen Einsatzgebiete sowie ihre kurze Einarbeitungszeit auch in bislang unbekannte Aufgabenbereiche sehr hoch geschätzt werden.“



Das Alumni-Projekt nimmt Gestalt an



Am 22. September fand das zweite Treffen der AIV-Absolventinnen und Absolventen statt. Bevor die Wiedersehensfete startete trafen sich nachmittags einige Ehemalige, um über die zukünftige Form des „AIV-Alumni – Netzwerkes“ zu beraten.

Während des zweiten Absolvententreffens berät die Ehemaligen-Gruppe die weiteren Schritte auf dem Weg zur Vereinsgründung

Eine im Frühjahr durchgeführte Online-Befragung der AIV-Absolventinnen und – Absolventen erbrachte ein sehr großes Interesse der Ehemaligen an der Fortführung der Alumniaktivitäten. Mehrheitlich wurde zum Ausdruck gebracht, die Zusammenarbeit der Ehemaligen sollte in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins erfolgen, um die Alumniaktivitäten auf einer festen organisatorischen Basis wirkungsvoller wahrnehmen zu können. Auf dieser Plattform möchten die Ehemaligen Kontakte zu eigenen Lehrgangskollegen oder Absolventen anderer Lehrgänge herstellen. Daneben sollte in einem Netzwerk auch die eigene Karriereplanung und –entwicklung gefördert und die Möglichkeit genutzt werden, sich mit anderen Ehemaligen über das Bewältigen von Problemen in der Praxis auszutauschen.

Während des zweiten Absolvententreffens schloss sich eine Gruppe von elf Ehemaligen zusammen, um die Vereinsgründung auf den Weg zu bringen. Die Ehemaligen sehen einen Nutzen in dem Zusammenschluss von Absolventinnen und Absolventen vor allem

- in einer gezielteren öffentlichkeitswirksamen Präsentation des AIV-Studiengangs. Das Herausstellen der hochwertigen Ausbildung unterstützt Ehemalige in ihrer beruflichen Weiterentwicklung einerseits und Absolventen in ihren Bewerbungen um Anschlussverwendungen andererseits,
- im Entwickeln spezieller Weiterbildungskonzepte für AIV-Berufseinsteiger, um sie als Generalisten zu unterstützen (z. B. Berücksichtigung in Personalentwicklungskonzepten),
- in der Einbeziehung Ehemaliger in die Weiterentwicklung des Studiengangskonzepts (z. B. Praktika und Diplomarbeit),
- in der Möglichkeit die Problemlösungskompetenz des FB AIV systematisch zu nutzen, indem entsprechende Diplomarbeitsthemen entwickelt und angeboten werden (Förderung einer Diplomarbeitsthemen-Börse).

Hochschulkooperation des FB AIV

Zwischen dem Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung und der Fakultät für öffentliche Verwaltung und Europaforschung an der Tallinner Technischen Universität (Tallinna Tehnikaülikool) findet seit 2002 ein regelmäßiger Austausch von Studierendengruppen statt. Für die gemeinsame Förderung der hochschuldidaktischen Zusammenarbeit sollen durch den gegenseitigen Austausch von Studierenden Stand und Perspektiven des Verwaltungswesens in Deutschland und Estland sowie Wissen und Kenntnisse über das jeweils andere politisch-administrative System und dessen Umfeld in beiden Staaten erweitert werden.



Gruppenbild am Strand von Pärnu – Europaprojekt Estland 2007

Die letzte Begegnung dieser Projektgruppe fand in der Zeit vom 06.05. bis 12.05.2007 turnusmäßig in Estland statt.

Studierende des Hauptstudiums I haben Anfang November 2007 im Rahmen der Europaprojektwoche das deutsch-estnischen Treffen mit Studierenden an der Fakultät für öffentliche Verwaltung und Europaforschung der Tallinner Technischen Universität im Mai 2008 vorbereitet. Ziel war es, ein Programm für die deutsch-estnischen Projektteilnehmer zu erstellen, das Einblick in die Arbeitsweise der EU-Administration verschafft und die Beziehungen Estlands und der Bundesrepublik Deutschland zur Europäischen Union unter administrativen, wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Aspekten beleuchtet sowie die Grundlage für eine kontinuierliche deutsch-estnische Projektarbeit bildet. Die Ausrichtung der deutsch-estnischen Projektarbeit wurde anlässlich des letzten Besuchs der deutschen Gruppe in Tallinn mit dem estnischen Partner verabredet.

Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement

Am 16. November 2007 wurde 44 Absolventinnen und Absolventen des Masterstudiengangs Europäisches Verwaltungsmanagement der akademische Grad eines Master of Arts verliehen.



Die Absolventinnen und Absolventen des Masterstudiengangs

Die Absolventinnen und Absolventen, überwiegend dem Studienjahrgang 2005 angehörend, haben in der Masterprüfung, zu der auch eine intensiv geführte Verteidigung der Masterarbeit gehört, insgesamt eine Durchschnittsnote von rund 2,0 erzielt:

39 Absolventinnen und Absolventen schlossen ihr Masterstudium mit der Note 2 ab, fünf Absolventinnen und Absolventen erzielten ein befriedigendes Ergebnis.



Ihre kulturelle Kompetenz konnten die Absolventinnen und Absolventen in Auslandspraktika weiterentwickeln wie z.B.

- in der Vertretung der Europäischen Kommission in Vilnius,
- beim Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung oder
- bei der Malta Police Force

um nur einige Beispiele herauszugreifen. Das Lernen in und an anderen Kulturen wurde so hautnah erfahren.

Die überwiegend aus den unterschiedlichsten Behörden der Bundesverwaltung kommenden Absolventinnen und Absolventen haben höchst anspruchsvolle Themen in ihren Masterarbeiten bearbeitet und diese in der mündlichen Abschlussprüfung verteidigt. Prof. Dr. Schmahl, langjähriger wissenschaftlicher Leiter des Masterstudiengangs Europäisches Verwaltungsmanagement, bereicherte den Festakt mit seinen differenzierenden Schlussfolgerungen zum Thema „Die Integration von Migranten – eine Herausforderung für die Europäische Union und deren Mitgliedstaaten“. In seinem Festvortrag, zugleich auch seine „Abschiedsvorstellung“, plädierte er nachdrücklich für eine EU-gemeinsame Integrationspolitik.

Im siebten Jahr seines Bestehens nahmen 33 Studierende am 01. Oktober 2007 ihr Studium am Studienzentrum des Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung auf. Rd. 80 Prozent der diesjährigen Studienanfänger sind in den verschiedensten Bundesbehörden beschäftigt, vor allem in den Ressorts Verteidigung, Inneres, Auswärtiges, Arbeit und Soziales sowie Gesundheit. Die übrigen Studierenden stehen in einem Beschäftigungsverhältnis mit einer Kommune oder Landesbehörde.

Mit der Aufnahme des Masterstudiums als Fernstudiengang verbinden die Studierenden vor allem den Wunsch, ihre weitere berufliche Entwicklung stärker und vertieft europabezogen auszurichten. Etliche Bewerber verfolgen das Ziel, sich für einen angestrebten Behördenwechsel zusätzlich zu qualifizieren.



Insgesamt graduierte die Fachhochschule des Bundes bisher rd. 200 Absolventinnen und Absolventen.

Öffentlichkeitsarbeit des Fachbereichs

Der AIV-Brief KreAtIV

Die erste KreAtIV-Ausgabe wurde im Mai 2006 veröffentlicht und erscheint seitdem zweimal jährlich, zeitnah nach Abschluss der jeweiligen Laufbahnprüfung im Mai und Oktober.

Mit KreAtIV informiert der Fachbereich AIV Absolventinnen und Absolventen sowie seine Studierenden über Entwicklungen im und um den AIV – Studiengang. Kurzbeiträge, mit denen aus aktuellem Anlass Fachliches vermittelt wird, runden das Informationsangebot ab. Alle bislang erschienenen KreAtIV -Ausgaben sind auf der Homepage des Fachbereichs AIV abrufbar.

Fachbereich AIV auf Bildungsmessen vertreten

Im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit nahm der Fachbereich zusammen mit dem Zentralbereich der Fachhochschule des Bundes als Aussteller an Deutschlands bedeutendster Bildungsmesse vom 27. Februar bis zum 3. März auf dem Kölner Messegelände teil. Die erfolgreiche Präsentation seines Studiengangs und des darauf aufbauenden Masterstudiengangs „Europäisches Verwaltungsmanagement“ auf der didacta 2006 war Anlass, sich erneut als Aussteller zu präsentieren.



Wegen seiner Verantwortung für die gezielte Gewinnung von Nachwuchskräften für den Studiengang beteiligte sich der Fachbereich an der Ausbildungsmesse Horizon. Die Horizon-Messe spricht vor allem die Zielgruppe der Abiturienten an. Bestärkt durch die beeindruckend große Resonanz auf seine Messepräsenz wird sich der Fachbereich an weiteren Ausstellungen der Horizon-Messe beteiligen.

Absolventenverzeichnis

Zum zweiten Mal erschien das Absolventenverzeichnis, an dem sich ein großer Teil der Studierenden beteiligt hat. In einer Kurzbeschreibung präsentieren die Studierenden ein durch Initiative, Kreativität und organisatorisches Talent geprägtes Profil. Das Absolventenverzeichnis soll die Absolventinnen und Absolventen in ihrem Bemühen unterstützen, sich erfolgreich um eine Anschlussverwendung zu bewerben. Die positiven Reaktionen der Behörden der Bundesverwaltung bestärken die Studierenden nachfolgender Lehrgänge sich den Behörden ebenfalls in dieser Form vorzustellen.



Fachbereich Arbeitsverwaltung

Leitung:	Leitender Wissenschaftsdirektor Dr. Heinz Stegmann
Sitz / Standorte:	Mannheim, Schwerin
Laufbahnen:	bislang gehobener nichttechnischer Dienst bei der Bundesanstalt für Arbeit gehobener nichttechnischer Dienst Beratungsfachkräfte (Beschäftigte)
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	314
hauptamtliches Lehrpersonal:	53

Stand 31.12.2007

Wie schon im Vorjahr wurden auch 2007 am Fachbereich Arbeitsverwaltung keine Studienanfänger eingestellt (letzter Einstellungsjahrgang 2005). In diesem Jahr fanden auch keine Abschlussprüfungen statt, da bereits 2004 keine Einstellungen vorgenommen wurden. Folgende Ereignisse sind für 2007 hervorzuheben:

- Am 28./29. März wurde die internationale Fachtagung „Fallmanagement – ein Erfolgsmodell in der Beschäftigungsförderung“ der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit am Fachbereich Arbeitsverwaltung durchgeführt.
- Der Vorsitzende des Vorstands der Bundesagentur für Arbeit, Herr Frank-Jürgen Weise, besuchte am 16. Mai 2007 die Abteilung Schwerin. Am 12. November 2007 wurde die (neue) „Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, Staatlich anerkannte Fachhochschule für Arbeitsmarktmanagement (Mannheim)“ von ihm feierlich eröffnet.
- Am 11. Juli 2007 fand am Fachbereich eine Fachtagung „Diskriminierung und Intoleranz gegenüber Muslimen“ (Veranstalter: OSCE [Prof. Gert Weißkirchen, MdB], Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg, Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung).



- Am 22. August 2007 besuchte Frau Dr. Nicole Cujai, neue Leiterin des Bildungsinstituts der Bundesagentur für Arbeit (BA-BI) den Fachbereich Arbeitsverwaltung. Im Gespräch mit der Fachbereichsleitung wurden die Punkte Migration, Über-/Unterdeputate, Funktionsfähigkeit des Fachbereichs, Prüfungen im Jahr 2008, Übernahme des Einstellungsjahrgangs 2005 (Studiengänge Arbeitsförderung und Beratungsanwärter) erörtert.

- Am 01. September 2007 haben 212 Personen ein Studium an der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit (HdBA) aufgenommen, so dass der zweite Jahrgang in den neuen Bachelor-Studiengängen eingeschrieben ist.

- Drei Professoren des Fachbereichs Arbeitsverwaltung haben einen Ruf an die HdBA erhalten und angenommen.

- Durch Versetzungen mussten sich die Personalvertretungsgremien (Gesamtpersonalrat, örtlicher Personalrat Schwerin) auflösen, so dass Neuwahlen anstehen.

- Am 08./09. Oktober 2007 fand am Fachbereich/an der HdBA eine Tagung aller GIS und aller Leiter Controlling/Finanzen, Infrastruktur und Personal der BA (ca. 400 Personen) statt.

- Am 17./18. Oktober 2007 trafen sich alle Pressesprecher/innen der BA am Fachbereich/an der neuen Hochschule.

Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten

Leitung:	Vortragende Legationsrätin Gabriela Renate Bennemann
Sitz / Standorte:	Berlin
Laufbahnen:	gehobener auswärtiger Dienst
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	107
Einstellungszahlen 2007:	33
hauptamtliches Lehrpersonal:	8

Stand 31.12.2007

Der Auswärtige Dienst hat in den letzten Jahren umfangreiche Reformen durchgeführt, um auf die Herausforderungen einer sich stets verändernden Welt flexibel zu reagieren. Die Grenzen zwischen den Laufbahnen sind durchlässiger geworden, mittlerer und gehobener Dienst werden in Zukunft noch mehr Verantwortung übernehmen. Neben den traditionellen Arbeitsbereichen Rechts- und Konsularwesen und Verwaltung kommen auf den gehobenen Auswärtigen Dienst in Zukunft vermehrt Referententätigkeiten und politische Berichterstattung zu.

Für unseren Fachbereich bedeutet dies, dass sich das Auswahlverfahren und die Lehrinhalte des Fachbereichs Auswärtige Angelegenheiten dem neuen Anforderungsprofil anpassen müssen. Unsere Anwärtinnen und Anwärter müssen z.B. lernen, selbständig Themen zu be- und erarbeiten und längere analytische Texte zu verfassen.

Erstmalig wurden daher im Lehrgang KSA 2004 Diplomarbeiten geschrieben. Anwärterinnen und die Dozentschaft stellten sich dieser neuen Aufgabe mit großem Einsatz; die Ergebnisse des ersten Durchgangs waren durchweg erfreulich. Die Bandbreite der von den Anwärtinnen und Anwärtern gewählten Themen war beeindruckend. Titel reichten von philologischen Fragestellungen („War of words: Metaphors in speeches by George W. Bush and Gerhard Schröder on the war against Iraq“) über Zeitgeschichte („Zwischen Konflikt und Kooperation: Das Verhältnis der USA zu den Vereinten Nationen seit 1992“) bis zu detaillierten juristischen Ausarbeitungen („Kindernachzug im neuen Aufenthaltsgesetz am Beispiel Marokko“). Aber auch die aktuelle Tagespolitik fehlte nicht. Das Parteiensystem der Ukraine war genauso Thema wie die Evaluation der Krisenpläne des Auswärtigen Amtes.

Eine Veröffentlichung der besten Arbeiten im Rahmen der neuen Publikationsordnung der FH Bund ist geplant.



Eine weitere Neuerung des Jahres 2007 war eine laufbahnübergreifende Veranstaltung, in der eine Woche lang Anwärterinnen und Anwärter aller drei Laufbahnen in gemischten Gruppen Seminare über interkulturelle Kompetenz, Führungsverhalten und Krisenmanagement durchliefen. Dabei war unbestritten das Krisenseminar der Höhepunkt. Gemeinsam mit dem Krisenreaktionszentrum des Auswärtigen Amtes wurden realistische Krisenszenarien durchgespielt, bei denen auch dem Ausbildungsteam und den Dozenten Rollen zugewiesen wurden. Alle waren mit Begeisterung bei der Sache und konnten lernen, wie wesentlich der Erfolg eines Teams von der guten Kommunikation und der engen laufbahnübergreifenden Zusammenarbeit aller Beteiligten abhängt.

Alle Anwärterinnen und Anwärter des Lehrgangs KSA 04 nahmen am 27.7.2007 nach bestandener Laufbahnprüfung ihre Diplom-Zeugnisse in Empfang. Gleichzeitig wurde der nächste Lehrgang KSA 07 vereidigt.



Mit gesundem Selbstvertrauen machten sich die 33 „Neuen“ innerhalb weniger Tage mit dem Campus der Akademie Auswärtiger Dienst in Tegel vertraut. Schnell wurde die sonnige Bibliothek mit Blick ins Grüne zu einem Lieblingsplatz.



Sport und Natur spielen in der Ausbildung in Tegel eine große Rolle.

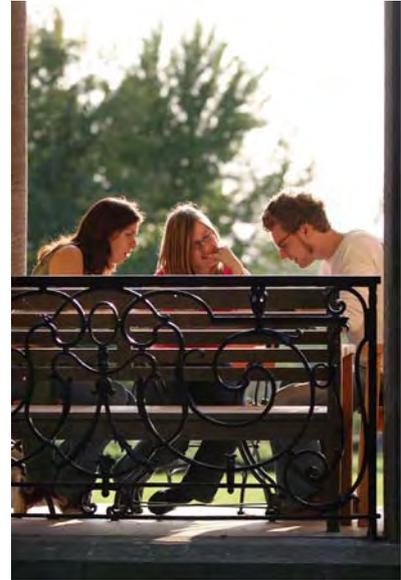
Das Volleyballfeld der Akademie Auswärtiger Dienst



Aus den Fachbereichen



Konsulatssekretärsanwärterinnen und -anwärter vor der Villa Borsig



KSA 06 in der Akademie Auswärtiger Dienst



„Einstieg Abi“ München 2007

Nach wenigen Wochen waren die Anwärterinnen und Anwärter so gut integriert, dass sie gemeinsam mit dem Ausbildungsteam beim Tag der Offenen Tür im Auswärtigen Amt und in München auf der Abiturmesse „Einstieg Abi“ am Stand des Auswärtigen Amts fleißig Nachwuchswerbung betrieben.

Unser Werbekonzept, das mit Informationsveranstaltungen und Messeauftritten auf den direkten Kontakt zu interessierten jungen Leuten zielt, hat sich auch 2007 bewährt. Für das laufende Bewerbungsverfahren konnten wir bis Ende Oktober über 1200 Bewerbungen entgegennehmen.



Auch die beiden anderen Lehrgänge KSA 05 und KSA 06 blicken auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Die KSA 05 verbrachten 8 Monate im Auslandspraktikum und konnten vor Ort die Arbeit an den Auslandsvertretungen erleben. Zum Glück blieb es an allen Posten friedlich (im Vorjahr erlebte ein KSA 04 die Libanonkrise in Beirut hautnah mit und bewährte sich bei der Evakuierung Deutscher aus dem Libanon).

Die KSA 06 konnten neben ihrem intensiven Rechts- und Konsularrechtsstudium enge Tuchfühlung mit der praktischen Diplomatie aufnehmen. Im Inlandspraktikum wurden sie fünf Monate lang in den Referaten des Auswärtigen Amts ausgebildet, und einige KSAs durften anschließend am 1. November 2007 beim Afrikaforum des Bundespräsidenten die hochrangigen Gäste aus Afrika durch die Konferenz begleiten.



Attachés und KSAs warten auf die Staatsgäste



Gruppenfoto aus der Seitenperspektive: Teilnehmer des Afrikaforums des Bundespräsidenten

Die enge Zusammenarbeit des Fachbereichs Auswärtige Angelegenheiten mit der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege in Berlin wurde weiter intensiviert. Seit dem Sommer arbeitet ein Rechtsdozent unseres Fachbereichs zeitweise an der FHVR, während 2 Dozenten der FHVR in unserem Fachbereich den KSA 07 die ersten Grundbegriffe des BGB beibringen. Dieser Dozentenaustausch hat sich bewährt und hilft dabei, die Unterrichtsinhalte von Grundstudium und Hauptstudium besser aufeinander abzustimmen.

Fachbereich Bundespolizei

Leitung:	Prof. Dr. Anke Borsdorff [kommissarisch]
Sitz / Standorte:	Lübeck
Laufbahnen:	gehobener Polizeivollzugsdienst im Bundesgrenzschutz
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	847
Einstellungszahlen 2007:	277
hauptamtliches Lehrpersonal:	21
Sonstiges:	seit 1998 eigenständiger Fachbereich (vorher Abteilung im Fachbereich Öffentliche Sicherheit)

Stand 31.12.2007

Einer ist immer der Beste!

Der Bundesminister des Innern, Herr Dr. Wolfgang Schäuble, ehrt den besten Absolventen des 61. Studienjahrganges.

Polizeikommissaranwärter Holger Bloßfeld erhält aus der Hand des Innenministers Dr. Schäuble die Ernennungsurkunde zum Polizeikommissar und einen Buchpreis für seinen hervorragenden Studienabschluss.



Dr. Wolfgang Schäuble und Polizeikommissaranwärter Holger Bloßfeld

Lübecker Hochschultag

Am 15. November 2007 präsentierte sich der Fachbereich Bundespolizei der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung mit seinem Studienangebot und seinem Hochschulprofil auf dem Lübecker Hochschultag in der Musik- und Kongresshalle zu Lübeck.

An über 100 Ständen waren die Medizinische Universität, die Fachhochschule Lübeck, die Musikhochschule Lübeck sowie der Fachbereich Bundespolizei vertreten.



PolizeikommissaranwärterInnen informieren Besucher über den Studiengang

Der Informationsstand der Bundespolizei hob sich für den Besucher deutlich von den anderen Ausstellungsständen ab. Ein „Fernlenk-manipulator“ zum Aufspüren und Entschärfen von sprengstoffverdächtigen Gegenständen sorgte für großes Aufsehen.

Nicht zuletzt deshalb war die Ausstellung des Fachbereichs Bundespolizei sehr gut besucht. Eifrig blätterten vor allem die Schülerinnen und Schüler in den ausge-



stellten Lehrbüchern, wissenschaftlichen Monographien zur öffentlichen Sicherheit und auch in den Studienplänen, um sich über das Studium an der FH Bund, Fachbereich Bundespolizei kundig zu machen.

Studierende der laufenden Studienjahrgänge standen interessierten Besuchern kompetent Rede und Antwort. Hauptamtlich Lehrende des Fachbereichs stellten sich den Fragen zu ihren Forschungs- und Arbeitsgebieten.

Ergänzt wurde das Informationsangebot durch Vorträge von Dozenten des Fachbereichs. Der Fachbereich Bundespolizei der Fachhochschule Bund hat sich in der Hochschullandschaft Lübeck zu einer festen Größe entwickelt.

Novellierung des Studienplans für den gPVD in der Bundespolizei

Seit März 2007 arbeitet am Fachbereich Bundespolizei eine Arbeitsgruppe (AG Modularisierung) an der Neugestaltung des Studienplans für die Polizeikommissarusbildung. Die Arbeitsgruppe hat den Auftrag, den Plan für das dreijährige Fachhochschulstudium

unter Beteiligung aller relevanten Stellen nach den Anforderungen der polizeilichen Praxis neu zu konzipieren. Dabei wird die Erstellung eines Studienplanes in modularisierter Form verfolgt, der auch die Kriterien eines Bachelor-Studiums erfüllt.

Der Überarbeitungsbedarf begründet sich zum einen auf den Grundanspruch einer kontinuierlichen Verbesserung des Studiengangs und zum anderen auf veränderte Anforderungen und Rahmenbedingungen in der Laufbahn des gehobenen Polizeivollzugsdienstes der Bundespolizei und daraus resultierenden Folgen für die Verwendung der Absolventinnen und Absolventen nach der Ausbildung. Die Ausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst wird auch künftig eine Führungsausbildung bleiben, die sich aber schwerpunktmäßig nicht mehr auf die Aufgabenwahrnehmung in der zweiten Führungsebene (Dienstgruppenleiter/in und Zugführer/in) sondern auf die Aufgabenwahrnehmung in der ersten Führungsebene (Gruppenleiter/in und Gruppenführer/in) konzentrieren wird.

Insgesamt soll das neue Studium eine stärker praxisorientierte Vermittlung von Kenntnissen bieten. Dies ist auch der Grundgedanke der Modularisierung. Das Studium richtet sich danach nicht mehr an der getrennten Vermittlung von Inhalten in Fächern aus, sondern wird themen- und kompetenzbezogen Ausbildungsinhalte aus verschiedenen Fächern in Modulen zusammenfassen. Für die Studierenden hat dies unter anderem den Vorteil, dass sie im Studium frühzeitig Zusammenhänge zwischen verschiedenen fachlichen Inhalten in Bezug auf ihr künftiges Aufgabenfeld in der Bundespolizei erkennen können.



Aus den Fachbereichen

Aufbauend auf eine Befragung der Studierenden des 60. Studienjahrgangs (Abschluss des Studiums im August 2006), der abnehmenden Behörden (Bundespolizeipräsidien) und der Dozenten des Fachbereichs Bundespolizei und der vorliegenden Evaluationsergebnisse befasste sich die Arbeitsgruppe bislang schwerpunktmäßig mit der Beschreibung der festgestellten Verbesserungsmöglichkeiten, der Überarbeitung des Zielbildes, der Weiterentwicklung des Kompetenzprofils sowie der Entwicklung eines Studienverlaufsentswurfs für den neuen Studiengang. In der Folge wird der Schwerpunkt der Arbeit in der inhaltlichen Ausgestaltung der Module liegen. Der erste Entwurf eines novellierten Studienplans soll im Frühjahr 2008 vorliegen.



Die Lübecker Nachrichten zu Besuch beim Fachbereich Bundespolizei

Dr. Michael Hollinde, Redakteur der „Lübecker Nachrichten“, informierte sich bei seinem Besuch über den Fachbereich Bundespolizei der Fachhochschule des Bundes.

Im Gespräch mit der stellv. Fachbereichsleiterin, Frau Prof. Dr. Borsdorff, und Studierenden am Fachbereich erfuhr er Wissenswertes über den Ausbildungsgang und die zukünftigen Verwendungsmöglichkeiten der Absolventen.

Empfang der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst

Am 1. Oktober 2007 hat an der Fachhochschule des Bundes – Fachbereich Bundespolizei – der 24. Ratanwärterlehrgang als erster Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ begonnen. Traditionell begrüßte Stadtpräsident Peter Sünnewold die Gruppe von Anwärtern in Begleitung des Ausbildungsleiters, Polizeidirektor Olaf Rohlf, im Lübecker Rathaus.

Im Rahmen des internationalen Ausbildungsabkommens der Bundesrepublik Deutschland mit den teilnehmenden mittel- und osteuropäischen Staaten nimmt an diesem Lehrgang auch der Stipendiat Maxim Schischow aus Russland teil.



Empfang beim Stadtpräsidenten der Hansestadt Lübeck

Zur Begrüßung überreichte der Gast aus Russland Stadtpräsident Sünnewold standesgemäß eine Flasche russischen Wodka. Die Teilnahme eines internationalen Stipendiaten an der Ausbildung zum höheren Polizeivollzugsdienst erfolgt bereits zum fünften Mal. Maxim Schischow wird sein erworbenes Wissen nach dem Studium in seinem Heimatland umsetzen.



Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ am Fachbereich Bundespolizei

Die Ausbildung zum höheren Polizeivollzugsdienst bei den Polizeien des Bundes und der Länder wird nach einem Bund-Länder-Abkommen einheitlich durchgeführt. Die Ausbildung für die Laufbahn des höheren Polizeivollzugsdienstes erfolgt als Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“. Das Masterstudium gliedert sich in zwei einjährige Studienabschnitte, die zeitlich aufeinander folgen und inhaltlich aufeinander aufbauen. Das erste Studienjahr findet dezentral bei Ausbildungseinrichtungen der Polizeien des Bundes und der Länder statt. Die Polizeiratanwärter der Bundespolizei werden an der Fachhochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei, in Lübeck ausgebildet.

Die Zulassung für das Studium erfolgt nach der Bundespolizeiaufbahnverordnung. An der Ausbildung für den höheren Polizeivollzugsdienst können Polizeivollzugsbeamte des gehobenen Dienstes teilnehmen, die die Voraussetzung für das Studium erfüllen, d.h. sie müssen sich in der Laufbahn des gehobenen Dienstes mindestens sechs Jahre bewährt haben und ein Auswahlverfahren erfolgreich bestehen. An dem zweijährigen Studium können auch Laufbahnbewerber teilnehmen, die ein geeignetes, mindestens dreijähriges Studium an einer Hochschule mit einer Prüfung abgeschlossen haben und dadurch über Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen, die für die Verwendung im höheren Polizeivollzugsdienst besonders förderlich sind. Im Rahmen des internationalen Ausbildungsabkommens der Bundesrepublik Deutschland mit den teilnehmenden mittel- und osteuropäischen Staaten nehmen seit 2003 auch Stipendiaten ausländischer Grenzpolizeien teil. Insgesamt nahmen bislang 15 Teilnehmer an 5 Ratanwärterlehrgängen teil.

Durch die Ausbildung/das Studium sollen u.a. folgende Kompetenzen erworben werden

- Führen größerer Polizeidienststellen und Einheiten
- Leitung des Einsatzes der Polizei in Führungsstellen
- Wahrnehmung besonderer Aufgaben in Zentralbehörden des Bundes und der Länder und in obersten Bundes- und Landesbehörden
- Mitwirkung bei der Aus- und Fortbildung der Polizeivollzugsbeamten

Die Einführung des Masterstudiengangs in der Ausbildung zum höheren Polizeivollzugsdienst war durch zwei Entwicklungen wesentlich geprägt. Bereits im Jahr 1997 hat die Ständige Konferenz der Innenminister und Innensenatoren (IMK) den Beschluss gefasst, die Polizei-Führungsakademie (PFA) Münster in eine interne Hochschule der Deutschen

Aus den Fachbereichen

Polizei (DHPol) weiterzuentwickeln. Das Bildungskonzept sollte den aktuellen und zukünftigen Anforderungen an Führungskräfte der Polizeien angepasst werden. Zunächst scheiterte der Entwurf zur notwendigen Änderung des Hochschulrahmengesetzes an der fehlenden Zustimmung von Wissenschaftsministerien einiger Bundesländer. Nach einem Akkreditierungsverfahren wurde am 08.07.2004 das Gesetz über die Deutsche Hochschule der Polizei von der IMK angenommen und die entsprechende Änderung des Hochschulrahmengesetzes am 27.01.2005 verabschiedet.



Teilnehmer des 22. Ratanwörterlehrgang im Trainingszentrum Kühroinhaus

Neben der Gründung einer internen Hochschule sollte auch der Studiengang für den höheren Polizeivollzugsdienst auf Grundlage des bestehenden Studienplans zu einem Hochschulstudiengang weiterentwickelt werden. Grundlage für die Weiterentwicklung war die Bologna-Deklaration. Am 19.06.1999 beschlossen 29 europäische Minister für Bildung und Hochschulwesen die Schaffung eines Europäischen Hochschulraumes bis zum Jahr 2010.

Der Bologna-Beschluss hat das Ziel, Studiengänge in Europa vergleichbar zu machen, die Anforderungen der Praxis stärker zu berücksichtigen und durch ein vergleichbares Bewertungssystem die Studiengänge an verschiedenen europäischen Hochschulen studierbar zu machen. Durch die angestrebte internationale Vergleichbarkeit von Masterstudiengängen, verbunden mit der Intensivierung internationaler Kooperationen in der Aus- und Fortbildung der europäischen Polizeien, soll zukünftig u.a. auch die Teilnahme an ausgewählten Modulen im benachbarten Ausland einschließlich Modulprüfungen ermöglicht werden.

Für die Einführung eines Masterstudienganges wurde zur Qualitätssicherung und internationalen Vergleichbarkeit der Studiengänge ein Akkreditierungsverfahren durchgeführt. Am 31. März 2004 wurde durch eine Akkreditierungsagentur das Akkreditierungsverfahren für das Curriculum des Studienganges „Master of Public Administration – Police Management“ abgeschlossen.

Das für den Bund und die Länder verbindliche Curriculum wurde auf Grundlage der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Wissensvermittlung (u.a. „Output-Orientierung“) in einem zweijährigen Prozess unter Beteiligung der für die polizeiliche Ausbildung für den höheren Polizeivollzugsdienst zuständigen Ausbildungsreferenten der Ministerien des Bundes und der Länder sowie der Ausbildungsleiter für das erste Studienjahr erarbeitet.



Das Studium ist weiterhin in vier Semester unterteilt, wobei die ersten beiden Semester im ersten Studienjahr dezentral beim Bund und in den Ländern durchgeführt werden. Die Semester 3 und 4 finden im zweiten Studienjahr zentral an der Deutschen Hochschule der Polizei statt.

Die Studieninhalte werden in 19 Modulen angeboten. Die Module 1-10 finden im ersten, die Module 11-19 im zweiten Studienjahr statt. Die einzelnen Module haben einen festgelegten Themenumfang, behandeln u.a. Inhalte der polizeilichen Fachgebiete Einsatzlehre, Rechtswissenschaften, Kriminalistik/Kriminologie, Sozialwissenschaften sowie Führungs- und Betriebswirtschaftslehre. Das Modul 19 „Internationale und interkulturelle Polizeiarbeit“ findet im vierten Semester an der Deutschen Hochschule der Polizei in englischer Sprache statt.

Mit der Einführung der Module wurde auch die Prüfungsordnung überarbeitet. Die Masterprüfung setzt sich aus den studienbegleitenden Modulprüfungen, einer Masterarbeit sowie einer fächerübergreifenden mündlichen Abschlussprüfung zusammensetzen. Jedes Modul endet mit einer bewerteten Leistungsüberprüfung. Die Bewertung der Module erfolgt nach dem European Credit Point Transfer and Accumulation System (ECTS). Im zweijährigen Masterstudiengang sind 120 Leistungspunkte (credits) nachzuweisen, die sich auf die Module verteilen. Die Anzahl der Leistungspunkte eines Moduls berechnet sich anhand des Umfangs der Arbeitsbelastung (Präsenzstunden und Zeiten für das Eigenstudium) des Moduls.

Mit dem Bestehen der Masterprüfung erhalten die Studierenden den akademischen Grad „Master of Public Administration – Police Management“. Beamtenrechtlich wird durch die Ernennung zum Polizeirat auch die Laufbahngruppe gewechselt.



Teilnehmer des 23. Ratanwärtelerlehrgangs (Ausbildungsaufsteiger und Laufbahnbewerber)

Fachbereich Bundeswehrverwaltung

Leitung:	Direktor Rudolf Junger
Sitz / Standorte:	Mannheim
Laufbahnen:	gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst in der Bundeswehrverwaltung
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	386
Einstellungszahlen 2007:	166
hauptamtliches Lehrpersonal:	27

Stand 31.12.2007

Das Jahr 2007 war am Fachbereich Bundeswehrverwaltung geprägt von der konsequenten Umgestaltung der Laufbahnausbildung auf die Auslandseinsätze und auf die Modernisierung und Transformation der Bundeswehr. Die Arbeit an diesen Themen stellte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung zahlreichen hochrangigen Besuchern vor.



Bundesminister Dr. Franz Josef Jung und Frau Ministerialdirektorin Alice Greyer-Wieninger



Studierende der Fachhochschule verabschiedeten den Verteidigungsminister spontan auf dem Campus

Herr Bundesminister Dr. Franz Josef Jung besuchte am 15.03.2007 die Zentralen Lehrinstitute der Bundeswehrverwaltung in Mannheim. Er informierte sich über die Arbeitsgebiete der Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik (BAkWVT), der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Bundeswehrverwaltung (FH Bund – FB BWV) und der Bundeswehrverwaltungsschule (BWVS) I (Technik). Frau Ministerialdirektorin Alice Greyer-Wieninger, Leiterin der Abteilung Wehrverwaltung, Infrastruktur, Umweltschutz des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg), betonte die hohe Bedeutung der Aus- und Fortbildung für die Transformation der Bundeswehr.



Abteilungsleiter Dr. Georg Wilmers, Leiter der Abteilung Personal-, Sozial- und Zentralangelegenheiten des BMVg, informierte sich über das Studium am Fachbereich Bundeswehrverwaltung. Am 27.09.2007 hieß er die Absolventinnen und Absolventen der 51. Laufbahnprüfung in der Berufspraxis der Wehrverwaltung willkommen. Herr Dr. Wilmers betonte die Besonderheit dieser 51.

Laufbahnprüfung, deren Absolventen erstmals den Anforderungen der im Jahre 2004 in Kraft getretenen umfassenden Studienreform gerecht werden mussten. Die Studierenden des 51. Studiengangs hatten erstmals die zweimonatige Fremdsprachenausbildung zu absolvieren und eine Diplomarbeit zu schreiben.

Generalmajor Wolfgang Born, Stellvertreter des Abteilungsleiters Personal-, Sozial- und Zentralangelegenheiten des BMVg, informierte sich am 25.01.2007 über die Fremdsprachenausbildung am Fachbereich Bundeswehrverwaltung. Er wurde von Frau Ministerialrätin Annette Schmidt, Referatsleiterin PSZ II 2 des BMVg, begleitet.



Leitende Persönlichkeiten aus dem BMVg, der Territorialen Wehrverwaltung und den Streitkräften informierten sich über die am Fachbereich Bundeswehrverwaltung durchgeführte Planübung „Einsatzwehrverwaltungs-



geführte Planübung „Einsatzwehrverwaltungs- außenstelle Kunduz“, hier Ministerialdirigent Lothar Maikranz, Präsident Klaus Niemeyer, Präsident Hans Maurer, Ministerialrat Wolfgang Steimels, Vizepräsident Georg Stuke, Oberst Christian Meyer, Oberstleutnant Reiner Klein und weitere Persönlichkeiten am Besuchertag am 08.11.2007.

Präsident Thomas Bönders, Präsident der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, besuchte den Fachbereich Bundeswehrverwaltung mehrmals, um sich über die Arbeit am Fachbereich zu unterrichten. Am 29.03.2007 hielt er die Gastrede bei der feierlichen Abschlussveranstaltung der 50. Laufbahnprüfung.





Präsident Hans Maurer, Präsident des Bundessprachenamtes, überzeugte sich bei mehreren Besuchen von Inhalt und Erfolg der Fremdsprachenausbildung; hier bei der Überreichung der Zeugnisse am 15.10.2007.

Das Einsatzführungszentrum der Territorialen Wehrverwaltung und zahlreiche Fachreferate des Bundesamtes für Wehrverwaltung (BAWV) in Bonn und das Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam unterstützten den Fachbereich Bundeswehrverwaltung tatkräftig bei der Einführung der einsatzrelevanten Studienthemen. Am 08.10.2007 bedankte sich Fachbereichsleiter Direktor Rudolf Junger bei Flottenadmiral Jens-Volker Kronisch, Chef des Stabes Einsatzführungskommando, und Herrn Regierungsoberamtsrat Hans-Jörg Froese, Leiter der Verbindungsstelle des BAWV zum Einsatzführungskommando in Potsdam.



Im Jahre 2007 wurde der Grundstein für die Zusammenarbeit mit der Französischen Militärhochschule Ecole Militaire Supérieure d'Administration et de Management (EMSAM) in Montpellier gelegt. Am 19.03.2007 hielt Fachbereichsleiter Direktor Junger vor Studierenden der EMSAM, die an einem Seminar an der BAKWVT in Mannheim teilnahmen, einen Vortrag über die Ausbildung für den gehobenen nichttechnischen Dienst in der Bundeswehrverwaltung. Am 30.10.2007 bekräftigten General Denis Bernaille, Kommandeur der EMSAM, Präsident Klaus Niemeyer, Präsident BAKWVT, und Direktor Rudolf Junger bei einem Treffen in Montpellier ihren Willen zu einer trilateralen Kooperation.





Am Fachbereich Bundeswehrverwaltung (FB BWV) der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (FH Bund) studierten im Jahre 2007 insgesamt 603 junge Nachwuchsbeamtinnen und -beamte in den Studiengängen der Laufbahnausbildung und des Praxisaufstiegs für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst. An diversen Fortbildungslehrgängen nahmen 225 Angehörige der Bundeswehrverwaltung teil.

Die operativen Aufgaben in der Lehre und die Einführung neuer, an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr orientierter Studieninhalte werden unter den Bedingungen eines außergewöhnlich hohen Personalwechsels erfüllt. Dies stellte den Fachbereich Bundeswehrverwaltung im Jahre 2007 – wie bereits im Jahr zuvor - vor besondere Herausforderungen.

Die Einführungsphase der **Studienreform 2004** (Einführung der Fremdsprachenausbildung und der Diplomarbeit) wurde mit der Laufbahnprüfung des 51. Studiengangs im September 2007 erfolgreich abgeschlossen.

Schwerpunkt der konzeptionellen Arbeit im Jahre 2007 war die „**Studienreform 2007/2008**“. In diesem Reformschritt erarbeitet der Fachbereich Bundeswehrverwaltung neue Lehrinhalte mit Themen aus den Auslandseinsätzen und aus der Modernisierung und Transformation der Bundeswehr und führt sie in Lehre und Studium ein. **Die Aufgaben der Wehrverwaltung im Auslandseinsatz** werden seit April 2007 konzentriert und interdisziplinär in einem völlig neu gestalteten einmonatigen Studienmodul („Praxisbezogene Lehrveranstaltungen III – Die Wehrverwaltung im Auslandseinsatz“) vermittelt und **in einer Planübung praktisch geübt**.

Im Einzelnen:

Personelle Situation

- *Dozenten, Hochschulverwaltung*

Lehre, Prüfungen und konzeptionelle Arbeit waren im Jahre 2007 vor dem Hintergrund außergewöhnlicher Veränderungen im Personalkörper der Dozentschaft zu leisten. Wegen Zurruchesetzungen oder Ende der Berufung galt es, fast ein Drittel des Lehrkörpers neu zu berufen. Von den 35 Dozenten-Dienstposten waren neun Dienstposten nachzubesetzen. In hochschulrechtlichen Berufungsverfahren konnten tatsächlich jedoch nur zwei Dozenten-Dienstposten nachbesetzt werden.



Aus den Fachbereichen

Zum Jahresende 2007 lehrten am Fachbereich Bundeswehrverwaltung 27 hauptamtlich Lehrende. 14 hochschulrechtliche Berufungsverfahren zur Nachbesetzung von in den Jahren 2006 und 2007 frei gewordener oder im Jahre 2008 frei werdender Dozenten-Dienstposten sind in Bearbeitung.

Die Dozentinnen und Dozenten erarbeiteten im Jahre 2007 in großem Umfang wissenschaftliche Publikationen. Insgesamt veröffentlichten sie 26 Werke - darunter Lehrbücher, Kommentare, Monographien und Aufsätze in renommierten Fachzeitschriften. Autoren und Titel sind aus der Einzelaufstellung ersichtlich (s. Anlagen).

Zwei Angehörige des Fachbereichs nahmen im Jahr 2007 an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr teil. Eine Mitarbeiterin der Hochschulverwaltung diente mehrere Monate beim deutschen Einsatzkontingent im Kosovo (KFOR), ein Mitarbeiter der Sprachlehrergruppe beim Einsatzkontingent in Afghanistan (ISAF). Der Bundesminister der Verteidigung verlieh diesem Mitarbeiter in Anerkennung seiner besonderen Leistungen die Einsatzmedaille der Bundeswehr in Gold.

■ Studierende

Im Jahre 2007 begannen insgesamt 166 Studierende die dreijährige Laufbahnausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst in der Bundeswehrverwaltung am Fachbereich Bundeswehrverwaltung. Am 01.04.2007 nahmen 78 Studierende (56. Studiengang) und am 01.10.2007 88 Studierende (57. Studiengang) das Studium auf - darunter erstmals 17 Tarifbeschäftigte, die an der Aufstiegsausbildung gemäß § 33a Abs. 6 BLV teilnehmen.

In zwei Laufbahnprüfungen schlossen 174 Studierende die Ausbildung erfolgreich ab (85 weibliche Studierende = 49 % und 89 männliche Studierende = 51 %). Damit haben seit Gründung des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung im Jahre 1979 insgesamt 6.450 Studierende die Laufbahnausbildung erfolgreich absolviert.

Am 27.09.2007 schlossen 10 Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes im Rahmen des neu eingerichteten Praxisaufstiegs ihre zweijährige Einführung mit der Feststellung der Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes erfolgreich ab.



Ausbildung, Fortbildung, Beratung und Entwicklung

- Seinen zentralen Auftrag - **die Ausbildung der Nachwuchsbeamten des gehobenen nicht-technischen Verwaltungsdienstes in der Bundeswehrverwaltung** (vgl. §§ 24 ff. BLV, § 3 Abs. 1 VEE) - erfüllte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung im Jahre 2007 durch die Lehrveranstaltungen in 19 Studienfächern in acht Studiengängen der **Laufbahnausbildung** (50. bis 57. Studiengang). Für den 50. Studiengang galten noch die bisherigen Studieninhalte gemäß der Verordnung über die Laufbahn, Ausbildung und Prüfung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst in der Bundeswehrverwaltung vom 22.10.2001 (LAP-gntDBWVV; BGBl I S. 2766); für den 51. bis 57. Studiengang gelten die reformierten Studieninhalte nach der neuen LAP-gntDBWVV vom 14.03.2005 (BGBl I S. 779).



Neben den Lehrveranstaltungen führte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung insgesamt sieben Prüfungen durch.

An den beiden Zwischenprüfungen im April und Oktober 2007 nahmen 140 Studierende des Grundstudiums teil (55. und 56. Studiengang). Die Laufbahnprüfung am 29.03.2007 bestanden 101 Studierende (50. Studiengang), die Laufbahnprüfung am 27.09.2007 73 Studierende (51. Studiengang).

Die 10 Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes, die im Jahre 2006 den beim FB BWV neu eingerichteten 10-wöchigen wissenschaftlichen Lehrgang Teil I für den **Praxisaufstieg** (vgl. § 33b BLV) besucht hatten, nahmen vom 23.07. bis 27.09.2007 an dem ebenfalls 10-wöchigen Teil II dieses Lehrgangs teil. Alle 10 Teilnehmer schlossen am 27.09.2007 die Prüfung zur Feststellung der Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes erfolgreich ab.

Vom 08.05. bis 19.07.2007 besuchten weitere 8 Beamte des mittleren Dienstes des 3. Einführungslehrgangs den Teil I des wissenschaftlich ausgerichteten Lehrgangs für den Praxisaufstieg. Die 8 Teilnehmer schlossen diesen Lehrgang am 19.07.2007 mit einer Prüfung erfolgreich ab.

- Im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) hatte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung im Jahre 2006 mehrere fachbezogene **Fortbildungslehrgänge** für Beamte des gehobenen nichttechnischen Dienstes neu entwickelt und durchgeführt (vgl. § 3 Abs. 4 VEE). Diese Lehrgänge wurden im Jahre 2007 fortgeführt.

Der einwöchige Lehrgang „**Vergabe von Bildungsleistungen durch den Berufsförderungsdienst**“ richtet sich an Angehörige des Berufsförderungsdienstes bei den Kreiswehrrersatzämtern. Ziel des Lehrgangs ist es, die Kenntnisse zu vermitteln, um praktikable und effiziente Lösungen bei der Vergabe von Dienstleistungen auf dem Bildungsmarkt zu finden. An zwei Lehrgängen im Februar und Juni 2007 nahmen insgesamt 32 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von verschiedenen Kreiswehrrersatzämtern erfolgreich teil.



Neben diesem Fortbildungslehrgang führte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung die im Vorjahr begonnenen „**Einweisungsseminare für Prüferinnen und Prüfer von Diplomarbeiten**“ fort. Ziel dieses Seminars ist es, den Prüferinnen und Prüfern die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, um Diplomarbeiten nach deren wissenschaftlichem Anspruch, im Hinblick auf die Praxisrelevanz und im Hinblick auf materielle Kriterien sowie formale Vorgaben bewerten zu können. Die vom

Fachbereich Bundeswehrverwaltung erarbeiteten „Richtlinien für die Anfertigung und Bewertung von Diplomarbeiten am FB BWV“ und die „Hinweise zur Bewertung von Diplomarbeiten“ sind Grundlage dieses Seminars. An sechs Prüferinweisungsseminaren nahmen insgesamt 101 Angehörige der Wehrverwaltung, der Streitkräfte und bundeswehrexterner Stellen teil. Sie bewerteten die Diplomarbeiten des 51. und 52. Studiengangs im Mai/Juni und Oktober/November 2007 als Zweitprüfende.

Neben diesen beiden neuen Fortbildungslehrgängen setzte der Fachbereich die seit mehreren Jahren eingerichteten **Seminare in dem Studienfach Beschaffung** fort. An sechs Seminaren „Elektronisches Management-Informationssystem für die Rüstung II – Systemanteil dezentrale Beschaffung“ (EMIR II-dez) nahmen 84 Beamtinnen, Beamte und Tarifbeschäftigte der Wehrverwaltung teil.

- Neben der zentralen Aufgabe der Laufbahnausbildung und den übertragenen Fortbildungslehrgängen hat der Fachbereich Bundeswehrverwaltung anwendungsbezogene verwaltungswissenschaftliche **Beratungs- und Entwicklungsaufgaben** (vgl. § 3 Abs. 3 VEE) ausgeführt. Diese Aufgaben werden im Rahmen von **Projektarbeiten und Diplomarbeiten** wahrgenommen.

BMVg – Referat WV I 2 – beauftragte den Fachbereich Bundeswehrverwaltung damit, ein IT-gestütztes **Handbuch für die Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung von Auslandsumzügen** neu zu entwickeln, das die Abläufe bei Auslandsumzügen optimieren und kundenfreundlicher gestalten soll. Sieben Studierende des 51. Studiengangs arbeiteten unter Leitung des Fachdozenten für Beamtenrecht und Reise- und Umzugskostenrecht, Regierungsdirektor Wolfhart Schulz, und in enger Abstimmung mit dem Fachreferat PSZ III 7 des BMVg und mit dem Fachreferat PS 5 des Bundesamts für Wehrverwaltung (BAWV) an dem Projekt. Sie erarbeiteten sieben Diplomarbeiten; deren Zusammenfassung führt zur Realisierung des neuen Handbuchs.

Das Handbuch soll die Arbeitsabläufe für die Bearbeiterinnen und Bearbeiter im BAWV durch frühzeitige einzelfallbezogene Information und Datenerfassung vereinfachen und effektiver gestalten. Durch die Optimierung des Verfahrens soll die Handhabung durch die ins Ausland umziehenden Bundeswehrangehörigen erleichtert und eine höhere „Kundenzufriedenheit“ erreicht werden. Der modulare Aufbau des Handbuch ermöglicht es, für den Umziehenden ein individuell auf ihn zugeschnittenes Informationspaket und die entsprechenden Formulare bereitzustellen. Sowohl Sachbearbeiter als auch Umziehende füllen die Formulare im Rahmen eines IT-Verfahrens aus. Der Auftritt im IntranetBw ist vorgesehen.



Regierungsdirektor Wolfhart Schulz, ROS Marc Reese, RIAin Alexandra Hecker, RIA Patrick Link, RHS Stefan Meister, RIA Thomas Schenk, RIA Johannes Schmitz und RIAin Diana Tietz bei der Vorstellung

Am 20.09.2007 präsentierten die Studierenden das Handbuch Herrn Ministerialdirigent Brod, Unterabteilungsleiter WV I des BMVg, und den Vertretern der Fachreferate des BMVg und des BAWV. Nach der erfolgreichen Vorstellung erteilte Ministerialdirigent Brod den Auftrag, die praktische Einführung des neuen Handbuchs in die Bundeswehrverwaltung vorzubereiten.

Mehrere Dozenten des Fachbereichs leisteten im Rahmen ihrer Studienfächer Beratungen und Fortbildungen innerhalb der Bundeswehr.

Der Fachdozent für Verpflegungswirtschaft, ROAR Hans-Peter Schlick, hielt Seminare zum Thema „IT-Unterstützung des Verpflegungswesens“ beim Bundesamt für Informationsmanagement und Informationstechnik der Bundeswehr in Dresden. An dem vom BMVg geleiteten Projekt „Optimierung des Verpflegungswesens der Bundeswehr“ arbeitete er in verschiedenen Aufgabengebieten bei Dienststellen der Wehrverwaltung mit.

Prof. Dr. mult. Kurt Guss arbeitete an einem Seminar der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg mit. In dem Seminar „Die Bundeswehrelite – Selbstverständnis und gesellschaftlicher Standort im Wandel“ hielt er einen Vortrag über das Thema „Charisma und Militärelite“.



Studienreform am Fachbereich Bundeswehrverwaltung

■ Ausgangslage

Die Bundeswehr befindet sich derzeit im größten Reformprozess ihrer Geschichte. Die Umgestaltung der Wehrverwaltung ist Teil dieses Reformprozesses. Entsprechend haben sich die Anforderungen an die Absolventen der Laufbahnausbildung am Fachbereich Bundeswehrverwaltung grundlegend geändert. Der Fachbereich Bundeswehrverwaltung trägt diesen Veränderungen durch eine umfassende Reform des Studiengangs Rechnung.

Ausgangspunkt für die seit dem Jahr 2004 in mehreren Schritten (Studienreform 2004 und Studienreform 2007/2008) durchgeführte Umgestaltung des Studiengangs ist die Änderung des Hauptauftrages der Bundeswehr von der Landesverteidigung im NATO-Rahmen zur Teilnahme an multinationalen Auslandseinsätzen weltweit und das damit in engem Zusammenhang stehende Projekt Modernisierung und Transformation der Bundeswehr.

Die Teilnahme an Auslandseinsätzen ist zu einer Kernaufgabe der Territorialen Wehrverwaltung geworden. Beamtinnen und Beamte sind in den Erkundungsteams zu Beginn neuer Einsätze vertreten, nehmen in den Einsatzkontingenten alle Aufgaben der Territorialen Wehrverwaltung wahr und sind an den Abschlussarbeiten beteiligt.

Neben der Einsatzorientierung ist die Wirtschaftlichkeit der bestimmende Parameter für die Transformation der Wehrverwaltung. Mit gezielten Investitionen in Technik und Gerät wird Personal eingespart, Prozessabläufe werden verbessert und Kostentransparenz wird in allen Bereichen verwirklicht. In einem ganzheitlichen Prozess wird die gesamte Wehrverwaltung gestrafft und auf Einsätze und Dienstleistungsaufgaben ausgerichtet. Dabei wird die Aufgabenwahrnehmung betriebswirtschaftlich optimiert.

Der Fachbereich Bundeswehrverwaltung hat mit den Studienreformen 2004 und 2007/2008 die in Einsatzorientierung und Modernisierung und Transformation der Bundeswehr liegende Herausforderung angenommen. Zu den Reformschritten im Einzelnen:



■ Studienreform 2004

Mit der Studienreform 2004 (zu den Einzelheiten: Rudolf Junger, Die Ausbildungsreform für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst – ein Beitrag zur Weiterentwicklung der Bundeswehr, in: Bundeswehrverwaltung – Fachzeitschrift für Administration 2004, S. 176 ff.) wurden die Grundlagen für die weitergehenden Reformen gelegt. Sie trat am 1.10.2004 in Kraft und gilt ab dem 51. Studiengang. Sie hat zwei grundlegende Neuerungen in die Laufbahnausbildung eingebracht:

- die Fremdsprachenausbildung in Englisch und
- die Diplomarbeit.

Die **Fremdsprachenausbildung in Englisch** schafft die Voraussetzung für ein erfolgreiches Arbeiten in einem englischsprachig geprägten Umfeld, wie es für die Arbeit in internationalen Stäben und bei Auslandseinsätzen typisch ist.



Die Sprachausbildung in Englisch führt das Bundessprachenamt (BSprA) mit einer am Fachbereich Bundeswehrverwaltung eingerichteten Sprachlehrergruppe durch. Kern der Fremdsprachenausbildung ist die zweimonatige Pflichtsprachausbildung (200 Lehrveranstaltungsstunden) am FB BWV. Zur Vorbereitung auf die Pflichtsprachausbildung dient die fremdsprachliche Vorausbildung (90 Std.) sowie die freiwillige Sprachausbildung (20 Std.).

Ziel der Pflichtsprachausbildung ist – je nach den Ausgangsvoraussetzungen der Studierenden – das Bestehen der Sprachprüfung mit dem Standardisierten Leistungsprofil (SLP) 3332 („weit fortgeschrittene Kenntnisse“) oder mit dem SLP 2221 („fortgeschrittene Kenntnisse“).

Die bereits im Jahr 2006 verzeichneten positiven Ergebnisse der Fremdsprachenausbildung haben sich im Jahr 2007 bestätigt. Das Bundessprachenamt bescheinigt der Ausbildung einen außergewöhnlich guten Lernerfolg. Ausgehend von den Ergebnissen der Einstufungstests liegen die Ergebnisse der Sprachprüfungen nach dem genannten Stundenpensum deutlich höher als sie nach den Erfahrungen des Bundessprachenamtes üblicherweise liegen.

Bisher haben die Studierenden von drei Studiengängen die Sprachausbildung absolviert und mit einer Sprachprüfung abgeschlossen (51., 52. und 53. Studiengang). Von den insgesamt 186 Studierenden erreichten 174 Teilnehmer (= 94 %) die Ausbildungsziele. 113 Teilnehmer (= 61 %) erreichten das SLP 3332 und besser, 61 Teilnehmer (= 33 %) erreichten das SLP 2221 und besser.



Mit der Einführung der **Diplomarbeit** werden einerseits die wissenschaftlichen Aspekte der Ausbildung gemäß den Empfehlungen des Wissenschaftsrats verstärkt. Andererseits bietet die Diplomarbeit die Chance, den Verbund zwischen Studium und Berufspraxis noch stärker zu festigen (zu Zweck, Anspruch, Rahmenbedingungen und Einbindung in den Studiengang: Reiner Beck, Anmerkungen zur Einführung der Diplomarbeit am Fachbereich Bundeswehrverwaltung, in: Studium im

Praxisverbund – Festschrift 25 Jahre FH Bund – Fachbereich Bundeswehrverwaltung, Mannheim 2004, S. 92 – 99). Mit der Einführung der Diplomarbeit hat die Eigenverantwortung und Selbständigkeit der Studierenden zugenommen. Sie hat auch die Flexibilität der Studierenden - methodisch wie persönlich - gefördert und den Praxisbezug der Ausbildung gesteigert.

Durch das Aufgreifen einer Vielzahl geeigneter Themenvorschläge aus der Berufspraxis aus allen Arbeitsbereichen der Bundeswehrverwaltung und durch die Einbindung von Praktikern als Zweitprüfende wird eine hohe Praxisrelevanz der Diplomarbeiten erreicht. Mit der Bearbeitung geeigneter Diplomarbeitsthemen aus der Bundeswehrpraxis leistet der Fachbereich Bundeswehrverwaltung einen Beitrag zur Optimierung der Wehrverwaltung und zur Transformation der Bundeswehr im Sinne einer internen Beratung der Leitung des BMVg (Fachbereich BWV als Kompetenzzentrum im Sinne der vom Fachbereichsrat beschlossenen „Perspektiven zur Weiterentwicklung des FB BWV vom 20.07.2004“).

Im 51. Studiengang wurden die ersten 81 Diplomarbeiten vom 15.12.2006 bis 16.04.2007 erarbeitet. Die 45 Diplomarbeiten des 52. Studiengangs wurden vom 15.06. bis 15.10.2007 erarbeitet. Die 59 Studierenden des 53. Studiengangs arbeiten seit 14.12.2007 an ihren Diplomarbeitsthemen. Herausragende Diplomarbeiten werden der Berufspraxis über das IntranetBw zur Verfügung gestellt.

■ Studienreform 2007/2008

Auf den Ergebnissen der Studienreform 2004 aufbauend führt der Fachbereich Bundeswehrverwaltung die Reform des Studiums fort. Mit der „Studienreform 2007/2008“ erfolgt eine Neuausrichtung der Laufbahnausbildung des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der Bundeswehrverwaltung mit den Schwerpunkten:

- die Wehrverwaltung im Auslandseinsatz und
- die Modernisierung und Transformation der Wehrverwaltung.

Ausgangspunkt für die Neuausrichtung des Studiums sind die am Fachbereich Bundeswehrverwaltung stattfindenden **Praxisbezogenen Lehrveranstaltungen (PL) II und III**. Die praxisbezogenen Lehrveranstaltungen dauern je einen Monat und umfassen je 108 Lehrveranstaltungsstunden. Diese Ausbildungsabschnitte werden im Sinne der oben genannten Schwerpunkte neu gestaltet.

Der Themenschwerpunkt „**Die Wehrverwaltung im Auslandseinsatz**“ ist durch Neugestaltung der PL III verwirklicht worden. Bei der Neugestaltung der PL III wurde zunächst das Anforderungsprofil für Beamtinnen und Beamte des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes in einer im Hinblick auf die Aufgabenwahrnehmung bei Auslandseinsätzen optimierten Wehrverwaltung erarbeitet. Darauf aufbauend wurden die erforderlichen Inhalte einer Grundlagenausbildung festgelegt. In einem weiteren Schritt wurden die Studienfächer bzw. die Dozentinnen und Dozenten ermittelt, die diese Inhalte praxisbezogen lehren können. Als Ergebnis dieser Vorarbeiten sind in die neu gestalteten PL III folgende Studienfächer einbezogen:

- Staats- und Europarecht
- Umweltschutz
- Öffentliche Finanzwirtschaft
- Verpflegungswirtschaft
- Psychologie, Soziologie
- Beschaffung
- Wehrrecht, Wehersatzwesen
- Bekleidungswirtschaft
- Arbeits-, Tarif- und Sozialversicherungsrecht
- Reise- und Umzugskostenrecht
- Beamtenrecht
- Besoldungs- und Versorgungsrecht
- Unterbringung, Liegenschafts- und Bauwesen
- Sprachausbildung in englischer einsatzbezogener Terminologie

Ergänzend gelehrt werden Inhalte aus folgenden Bereichen:

- Internationale Sicherheitspolitik
- Raumordnung, Organisation und Grundlagen der Stabsarbeit
- Militärische Sicherheit bei Auslandseinsätzen
- Multinationale Abrechnung
- Schadensbearbeitung bei Auslandseinsätzen
- Interkulturelle Kompetenz und Kommunikation.

Zur Optimierung der Ausbildung werden - soweit wie möglich - thematisch und zeitlich alle Lehrinhalte, die einen Bezug zu den Auslandseinsätzen der Wehrverwaltung haben, in den PL III zusammengefasst. Auf diese Weise werden die inter-disziplinären Zusammenhänge in dem Kontext vermittelt, der für die Arbeit in Einsatzkontingenten der Wehrverwaltung typisch ist.

Aus den Fachbereichen

Im Anschluss an die theoretische Wissensvermittlung werden die praktischen Fertigkeiten geübt, z.B. in Rollenspielen und Projektarbeiten. Ein besonders enger Praxisbezug wird durch die Unterstützung einsatzerfahrener Referenten aus den Streitkräften und zahlreichen Dienststellen der Territorialen Wehrverwaltung erreicht. Die konzeptionelle Gestaltung und Durchführung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Militärischen Anteil der Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik, dem Bundesamt für Wehrverwaltung, dem Heeresamt, den Wehrbereichsverwaltungen Nord, West und Süd, dem Bundessprachenamt, dem Militärischen Abschirmdienst, dem Fernmeldesektor 501 sowie Truppenteilen, die in die Einsätze eingebunden sind.

Zentrale Veranstaltung des Studienmoduls „Die Wehrverwaltung im Auslandseinsatz“ ist eine **mehrtägige Planübung**, die im Jahr 2007 im Mai und im November durchgeführt wurde. Geführt von einem Leitungsstab von über 20 einsatzerfahrenen Beamtinnen, Beamten und Soldaten üben die Studierenden Aufgaben der Wehrverwaltung anhand von Aufträgen und Szenarien aus den Einsatzgebieten.



Jede Hörsaalgemeinschaft bildet während der Planübung eine eigene „Einsatzwehrawaltungsaußenstelle (Übung)“ und übt eine speziell auf sie zugeschnittene Zusammenstellung von Aufträgen und Einlagen. Während der Planübung verfügen die Studierenden über ein eigenes nach außen abgeschirmtes IT- und Telefonnetz und organisieren sich anhand eines vorgegeben Organigramms selbst. Insbesondere legen sie selbst die Leiterin bzw. den Leiter der „Einsatzwehrawaltungsaußenstelle (Übung)“ und der einzelnen Bereiche fest.

Die Abläufe, der Datenbestand, die Akten und die technische Ausstattung sind den Arbeitsbedingungen bei den laufenden Auslandseinsätzen angelehnt. Korrespondenz und Telefonate werden einsatztypisch zu einem hohen Anteil in Englisch geführt. Die Studierenden bearbeiten Aufgaben von den planerischen Grundlagenarbeiten beim Aufbau eines neuen „Provincial Reconstruction Teams“ über die Sicherstellung der Versorgung, die Einstellung



von Ortskräften, multinationale Abrechnungen bis zur Abwicklung von Unfallschäden. Eine besondere Herausforderung stellen Personalgespräche mit Bewerbern für die Einstellung als Ortskraft, mit Geschäftsleuten aus dem Einsatzland oder mit beim Einsatzkontingent beschäftigten Ortskräften dar, die weitgehend in Englisch zu führen sind. Zur Schulung der interkulturellen Kompetenz sind die Gesprächspartner Personen, die aus dem jeweiligen Einsatzland stammen. Diese Übungsteilnehmer werden vom Bundessprachenamt und anderen Dienststellen der Bundeswehr eigens zu der Planübung am Fachbereich Bundeswehrverwaltung entsandt. Die Studierenden nehmen die Aufgaben während der Übung eigenverantwortlich wahr; sie erhalten unmittelbar nach Abschluss einer Aufgabe eine Rückmeldung über ihre Arbeitsergebnisse.

Die Erfahrungen des Pilotprojekts im 51. Studiengang im Mai 2007 wurden bei den im November 2007 im 52. Studiengang durchgeführten 52. PL III mit großem Gewinn eingearbeitet. Am Besuchertag am 08.11.2007 überzeugten sich Führungskräfte aus dem BMVg, der Territorialen Wehrverwaltung und den Streitkräften von Inhalt und Erfolg der neuen Ausbildung.



Ergänzend wurden im Jahre 2007 Themen aus der „**Modernisierung und Transformation der Wehrverwaltung**“ neu in die Lehrinhalte der Laufbahnausbildung eingeführt.

Die Modernisierung und Transformation der Wehrverwaltung bedeutet verstärkte Einsatzorientierung, Veränderung durch Strukturentscheidungen, erheblicher Personalabbau und ganzheitliche Modernisierung. In der Territorialen Wehrverwaltung ist der laufende Modernisierungsprozess geprägt von einer Abkehr vom Autarkiedenken, das davon ausging, die Wehrverwaltung müsse alle Leistungen eigenständig erbringen, und der Ausrichtung auf eine verstärkte Kooperation mit der Wirtschaft. Auch weiter durch die Wehrverwaltung wahrgenommene Aufgaben sind intern zu optimieren unter Nutzung von betriebswirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten, was die Herstellung von Kostentransparenz voraussetzt. Bei Aufgaben, die künftig durch externe Partner erbracht werden, müssen Kernkompetenzen erhalten werden, die Zusammenarbeit mit diesen Partnern muss gestaltet werden. Für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit ist das frühzeitige Erkennen und Nutzen von Innovationspotenzial von ausschlaggebender Bedeutung.



Die Studieninhalte werden die Vertragsgestaltung im Schnittbereich zwischen öffentlicher Verwaltung und Privatwirtschaft, die Einführung des IT-Systems SASPF in die Bundeswehr, die Neugestaltung des Infrastruktur-Managements (Objektmanagement, Regelkreis, Betreiber-Nutzer-Modell), die Optimierung der Verpflegung, das Vergaberecht im besonderen Kontext des Wettbewerbs, aber auch der Kooperation mit der Wirtschaft und neue Führungsmethoden enthalten. Ein interdisziplinärer Ausbildungsschwerpunkt zum Thema „Modernisierung und Transformation“ wird in den Praxisbezogenen Lehrveranstaltungen II realisiert.

Aus den Fachbereichen

- Ausblick

Mit der Verwirklichung der beiden dargestellten Schwerpunkte der Studienreform 2007/2008 wird in einem dritten Schritt die Überarbeitung und Harmonisierung der Inhalte des gesamten Studienplans erforderlich. Sämtliche Inhalte sind neu zu gewichten, die Abläufe so zu gestalten, dass die fachlichen Inhalte der einzelnen Studienfächer ineinander greifen und einen ganzheitlichen Lernprozess fördern.

Mit den Arbeiten an diesem Reformschritt wurde 2007 begonnen. Eine Arbeitsgruppe hat mit der Überarbeitung, Straffung und Harmonisierung der Studienunterlagen begonnen. Auch in diesem Bereich wird besonderes Gewicht auf die Nutzung von Synergieeffekten und die Herausstellung interdisziplinärer Zusammenhänge gelegt.

Mit der Einsatzorientierung, Modernisierung und Transformation der Wehrverwaltung und der damit verbundenen permanenten Anpassung und Veränderung der Strukturen und Inhalte in allen Bereichen ist die Bedeutung einer berufsnahen verwaltungsinternen Ausbildung im engen Verbund mit der Berufspraxis noch gestiegen.

Wegen der Einzelheiten der Studienreform 2007/2008 wird auf den in Kürze erscheinenden Beitrag von Regierungsdirektor Reiner Beck über die Studienreform am Fachbereich Bundeswehrverwaltung in der „Bundeswehrverwaltung – Fachzeitschrift für Administration“ verwiesen.

- Arbeit in den Hochschulgremien

Der Fachbereichsrat hat im Jahre 2007 in insgesamt 15 Sitzungen seine hochschulrechtlichen Aufgaben wahrgenommen. Im Vordergrund standen die hochschulrechtlichen Berufungsverfahren zur Nachbesetzung vakanter Dozentendienstposten.

An den drei Sitzungen des Senats der Fachhochschule nahmen der Fachbereichsleiter, ein Vertreter der Dozenten und eine Vertreterin der Studierenden teil. Der Fachbereichsleiter nahm an den Konferenzen des Präsidenten der Fachhochschule mit den Fachbereichsleitern teil.

Vier Dozenten des Fachbereichs sind Mitglieder der beim Zentralbereich der Fachhochschule des Bundes eingerichteten fachbereichsübergreifenden Arbeitsgruppen „Modularisierung von Studiengängen“, „Evaluation“, „Nutzungskonzepte elektronischer Medien“ und „Publikationen“. Der Fachbereichsleiter ist gewähltes Mitglied der vom Senat der Fachhochschule eingerichteten Studienplankommission für das gemeinsame Grundstudium.



- Praxisaufenthalte und Weiterbildung der Dozenten

Zur Stärkung des inhaltlichen und methodischen Praxisbezugs machten sich auch im Jahre 2007 die Lehrenden mit den sich wandelnden Anforderungen der Berufspraxis bei Praxiseinsätzen vertraut. Prof. Dr. Hagen, ORR Dr. Lang, ORR Schütte, ROAR Feucht, ROAR Moritz, ROAR Schlick, RAR`in Gulla und RAmfr Schultz haben sich durch Praxiseinsätze beim BMVg, bei Wehrbereichsverwaltungen, Kreiswehrersatzämtern, Bundeswehr-Dienstleistungszentren und in der Truppe über aktuelle Probleme, Anforderungen und Bedürfnisse informiert und die gewonnenen Erkenntnisse in die Lehre eingearbeitet.



Im Rahmen von Wahlfachveranstaltungen führten mehrere Exkursionen zum Stab der Division Luftbewegliche Operationen in Veitshöchheim, zum Panzerflugabwehrbataillon 12 in Hardheim und zum Spezialpionierbataillon 464 in Speyer.

- Hochschulsport, ARGUS



Der Sport am Fachbereich Bundeswehrverwaltung wird von der Studierendenvertretung ARGUS organisiert. Neben den klassischen Angeboten wie Fußball, Volleyball und Basketball werden auch Tischtennis, Laufen, Inline-Skaten, Badminton und Walken angeboten. Ein willkommener Ausgleich zum Lehren und Lernen bieten mehrere vom ARGUS organisierte Sportturniere.

Ein besonderer Höhepunkt der ARGUS-Arbeit ist das traditionelle Sommerfest des Fachbereichs, das Ehemalige seit dem 1. Studiengang, Studierende, Dozenten und Angehörige der Bundeswehrverwaltung und Streitkräfte alljährlich im Juli in Mannheim zusammenführt.

- Außenbeziehungen, Informationsarbeit

Die Zusammenarbeit mit den beiden anderen **Bildungseinrichtungen der Bundeswehrverwaltung in Mannheim** – der Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik (BAkWVT) und der Bundeswehrverwaltungsschule I (Technik) (BWVS I (T) – wurde intensiviert. Die drei Lehrinstitute sind durch zahlreiche dienstliche und außerdienstliche Arbeitsbereiche miteinander verbunden. Der Förderverein des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung e.V. und der Förderverein „pro academia e.V.“ der BAKWVT führen zahlreiche Vortragsveranstaltungen gemeinsam durch.

Aus den Fachbereichen

Am 10.07.2007 unterzeichneten die Leiter der drei Lehrinstitute eine Kooperationsvereinbarung. Präsident Klaus Niemeyer, Direktor Rudolf Junger und Baudirektor Peter Görges bekräftigen mit dieser förmlichen Vereinbarung ihren Willen zur gegenseitigen Zusammenarbeit und Unterstützung. Die „**Kooperationsvereinbarung Bildungscampus Mannheim**“ bezieht sich sowohl auf den täglichen Dienstbetrieb in der Liegenschaft als auch auf die gegenseitige Unterstützung in der Lehre und bei gemeinsamen nationalen und internationalen Projekten.



Besonderer Ausdruck der gemeinsamen Aufgabenerfüllung ist die enge und engagierte Zusammenarbeit des Militärischen Anteils der BAKWVT mit dem Fachbereich Bundeswehrverwaltung bei der Konzeption und Durchführung der neuen Grundlagenausbildung „Wehrverwaltung im Auslandseinsatz“ (s. o.).



Die enge Zusammenarbeit der Bildungsinstitute am Standort dokumentiert sich weiter in der Partnerschaft mit der französischen Militärhochschule „Ecole Militaire Supérieure d'Administration et de Management“ (EMSAM) in Montpellier. Am 30.10.2007 besuchten Präsident Niemeyer und Direktor Junger die EMSAM. Die Besprechungen mit dem Schulkommandeur General Denis Bernaille führten zu dem Ergebnis, die seit dem Jahre 2003 bestehende bilaterale Kooperation BAKWVT - EMSAM zu einer

trilateralen Kooperation BAKWVT – FH Bund – FB BWV – EMSAM zu erweitern. In deren Rahmen werden Studierende der EMSAM und der FH Bund – FB BWV künftig jedes Jahr in einem einwöchigen Austausch in den Grundzügen der Organisation der Streitkräfte Deutschlands und Frankreichs unterrichtet werden, um so Grundlagen für gemeinsame Auslandseinsätze zu schaffen.

Die Informationsarbeit des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung umfasst neben der klassischen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Präsentation des Fachbereichs in den elektronischen Medien. Der Fachbereich ist dreifach präsent: im Internetauftritt der Fachhochschule des Bundes, im Internetauftritt der Bundeswehr und im Intranet der Bundeswehr (IntranetBw).

Im Jahre 2007 wirkte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung bei mehreren Veranstaltungen zur Nachwuchswerbung für die Bundeswehr mit.

Beim Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim am 06.01.2007 beteiligte sich der Fachbereich im Rahmen der Präsentation der Mannheimer Hochschulen mit einem eigenen Stand. Mehrere Studierende und Angehörige der Hoch-



schulverwaltung und Dozenten stellten das Studium am Fachbereich der Mannheimer Öffentlichkeit vor.

Im Mai 2007 engagierte sich der Fachbereich Bundeswehrverwaltung auf Deutschlands größter Regionalmesse, dem „Maimarkt Mannheim“, einer Ausstellung für Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft, am Messestand der Bundeswehr. Mit Studierenden warb der Fachbereich Bundeswehrverwaltung um Nachwuchs für die Wehrverwaltung.



■ Förderverein der FH Bund – FB BWV – e.V. / Vortragsveranstaltungen

Der Förderverein der FH Bund – FB BWV e.V. förderte im Jahre 2007 ideell und materiell in vielfältiger Art und Weise wissenschaftliche und kulturelle Aktivitäten am Fachbereich.

Der traditionelle Neujahrsempfang am 15.01.2007 setzte mit zahlreichen Gästen aus den benachbarten Lehrinstituten und Dienststellen den Auftakt für eine Reihe von Veranstaltungen. Höhepunkte der Arbeit des Fördervereins bildeten mehrere Vortragsveranstaltungen, die sowohl bei den Studierenden und Dozenten des Fachbereichs als auch bei zahlreichen Gästen auf lebhaftes Interesse stießen.

Professor Dr. Tobias Hagen, Dozent für Wirtschaftswissenschaften, hielt am 12.02.2007 einen Vortrag zum Thema "Zusammenhänge zwischen Staatsverschuldung, Wirtschaftswachstum und Sozialer Sicherung".

Herr Regierungsoberamtsrat Engelbert Mintert, Leiter des Bundeswehr-Dienstleistungszentrums Ingolstadt, trug am 17.07.2007 zum Thema: „Von der Standortverwaltung zum Bundeswehr-Dienstleistungszentrum“ vor. Er informierte umfassend über die Aufgaben- und Strukturveränderungen der Standortverwaltung seit Beginn der Bundeswehr.

Am 18.10.2007 stellte Herr Oberamtsrat Ronald Hießrich vom Bundesministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz die „Deutsche Interessenvertretung in der Europäischen Union bei 27 Mitgliedstaaten“ dar. - Die Autorenlesung des erfolgreichen Kriminalautors Herr Ulrich K. Hefner am 15.05.2007 ergänzte die Fachvorträge.



Die enge Verbundenheit mit den Studierenden ist für den Förderverein Leitmotiv. Wichtige „Fördermaßnahmen“ ergreift der Verein bei den von den Studierenden organisierten Veranstaltungen und bei den Prüfungen. So unterstützt der Förderverein das Sommerfest und den „Weihnachtsbasar“ der Studierenden und zeichnet die besten Absolventen der Laufbahn- und Zwischenprüfungen mit einem Bücherscheck aus.

Fachbereich Finanzen

Leitung:	Direktor Dr. Ralf Bernhard
Sitz / Standorte:	Münster
Laufbahnen:	gehobener nichttechnischer Zolldienst
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	870
Einstellungszahlen 2007:	276
hauptamtliches Lehrpersonal:	44

Stand 31.12.2007

Reform der Laufbahnausbildung / Weiterentwicklung der Studienpläne

- Reformidee und neue Studieninhalte

Der Fachbereich Finanzen hat beginnend mit dem Grundstudium zum 01.08.2007 mit der Umsetzung der Reform der Laufbahnausbildung begonnen. Mit diesem Schritt hat der Fachbereich auf den tief greifenden Aufgaben- und Strukturwandel in der Bundeszollverwaltung, der sich an Schwerpunkten wie Finanzkontrolle Schwarzarbeit, IT-Verfahren ATLAS, Umstrukturierung der Zollfahndungs- und Prüfungsdienste usw. festmachen lässt, zeitnah und adäquat reagiert. Im Kern geht es bei der Ausbildungsreform um eine Straffung und Aktualisierung der Fachinhalte bei gleichzeitiger Stärkung der Methoden- und Sozialkompetenz sowie um eine verbesserte Verzahnung von Theorie und Praxis. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der gegenwärtigen nationalen und europäischen Hochschulentwicklung wurde ein Paradigmenwechsel „von der Lehr- zur Lernkultur“ angestrebt. Dies setzt ein verändertes Rollenverständnis sowohl der Dozenten als auch der Studierenden voraus: vom „Lehrer“ zum „Coach“ – vom „Konsumenten“ zum „Produzenten“.



Die neuen **Studienpläne** mit ihren Angaben zu den Lernzielen, Lerninhalten, Lehrstunden und Lehrformen bilden nunmehr – gemeinsam mit den einschlägigen Kommentierungen – das „Herzstück“ der Reform der Laufbahnausbildung. Im Vorfeld waren die Studienpläne in den einzelnen Studienbereichen neu an den Reformzielen ausgerichtet worden. Dabei fanden die oben erwähnten fachlichen Anforderungen, die mit der Methodenvielfalt geforderten didaktischen Anforderungen, die Idee der Verzahnung von Theorie und Praxis, die Ausrichtung an modernen Methoden des e- und b-Learnings sowie die Einführung eines 120-stündigen Wahlpflichtbereichs Berücksichtigung.



■ Umsetzung und begleitende Maßnahmen

In insgesamt 12 „**Arbeitspaketen**“ wurde bzw. wird die Ausbildungsreform im Rahmen einer Projektstruktur ausgerollt und begleitet: In einschlägigen Arbeitspaketen wurden etwa die inhaltlichen und methodischen Umsetzungen der Reformansätze im Grund- und Hauptstudium beispielhaft „vorweggedacht“, andere Arbeitspakete befassen sich derzeit noch mit den Auswirkungen der Ausbildungsreform auf das Prüfungswesen, mit der Verwirklichung der Wahlpflichtfächer ab dem Hauptstudium 2008, mit der Evaluierung der Neuerungen, mit organisatorischen Fragen etwa in Zusammenhang mit der Lehrorganisation oder Raumnutzung und mit Fragen der Akzeptanz und Öffentlichkeitsarbeit. Auf diesem Weg wurde erreicht, dass sich die überwiegende Zahl der Lehrenden, aber auch die Ausbildungsverantwortlichen in der Lehrverwaltung in den Reformprozess einbringen konnten.

Im November 2007 fand mit Unterstützung des Hochschuldidaktischen Zentrums des Zentralbereichs der FHB ein **Methoden-Workshop** für Lehrende zunächst des Grundstudiums statt. Der Workshop wird mit einer 2-tägigen Veranstaltung im Februar 2008 fortgesetzt werden. Auf dieser Veranstaltung geht es auch um eine erste **Auswertung der Reformumsetzung**. Basierend auf zwischenzeitlich durchgeführten Evaluationen werden die Ergebnisse gesichtet und Folgerungen für die Weiterentwicklung der Lehrpläne für das Hauptstudium gezogen werden.

Als Ausfluss des Workshops werden noch im laufenden Grundstudium neue Arbeitsmethoden erprobt und eine Reihe „Kollegialer Hospitationen“ begonnen. Ergänzend dazu werden seit Dezember 2007 die Lehrbereichs- sowie Studienbereichsleiter und ggf. ihre Vertreter zu **Moderatoren** ausgebildet, um die von der Ausbildungsreform geforderten neuen Strukturen eigenständig und eigenverantwortlich ausbilden und unterstützen zu können. Diese Maßnahmen erfolgen vor dem Hintergrund, dass das Reformvorhaben ein mindestens drei Jahre dauernder Prozess ist, der sich parallel zu den jeweiligen Studienabschnitten entwickeln muss.

Um die wichtige Verzahnung von Theorie und Praxis sicher zu stellen wurde ein **Ausbildungsrahmenplan** zur Umsetzung der Reform während der praktischen Ausbildungszeiten neu geschaffen. In diesem Plan wird deutlich gemacht, dass die berufspraktischen Studienzeiten dem Erwerb von beruflichen Kenntnissen und Erfahrungen als Grundlage



für die Fachstudien sowie der Anwendung, Vertiefung und Festigung der in den Fachstudien erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten dienen. Dazu gehört auch die Förderung wichtiger Schlüsselkompetenzen der Anwärtinnen und Anwärter. Bei einem „**Tag der Begegnung**“ im Juli 2007 mit den Ausbildungsverantwortlichen in der Praxis wurde diesen in Vorträgen und Workshops das Reformkonzept vorgestellt.



Aus den Fachbereichen

Mit einem Reform-Flyer wurden die Studierenden und interessierte Kreise innerhalb und außerhalb der Zollverwaltung über die Ausbildungsreform informiert.

- **Ausblick auf das Studienjahr 2008**

Im Vordergrund steht 2008 die **Fortentwicklung der Reform im Hauptstudium**. Die Erkenntnisse aus dem abgelaufenen Grundstudium werden im Hinblick auf das Hauptstudium Teil I umgesetzt werden.

Ferner geht es um die Einführung von **Wahlpflichtveranstaltungen**. Kurs- und fächerübergreifend werden 50 Stunden in besonderer Weise abgehalten. Die thematischen Säulen sind: Zollkontrollen, Dienstleistungen der Zollverwaltung, Abfertigung und e-Government. Dabei soll sich die Aufgabenstellung der Zollverwaltung in der Lehre in besonderer Weise widerspiegeln.

Weiterhin sind organisatorische Änderungen zu erwarten. Als Ausfluss der Reform der deutschen Zollverwaltung zum 01.01.2008 wird es zu neuen Zuschnitten der Studienbereiche kommen. Um die **Kommunikation zwischen Hochschule und Verwaltung** zu optimieren, passt sich der Fachbereich Finanzen in seiner Struktur den sog. Fachpaketen bei den Bundesfinanzdirektionen an. Daraus können sich auch Änderungen bei den geforderten Prüfungsleistungen und –inhalten ergeben.

Schließlich sind bezogen auf die gesamte Fachhochschule die Änderungen bei der **Reform des Grundstudiums** mitzugestalten.

Eigene Weiterbildung

- Im Jahr 2007 haben sich 6 Dozentinnen und Dozenten zu folgenden Themen weitergebildet:
 - Gesprächsführung
 - Medien in Lehrveranstaltungen
 - Konfliktmanagement
 - Sprech- und Stimmtraining
- 9 Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs Finanzen absolvierten ein Moderationstraining in Brühl.
- Als Inhouse-Schulungen für Beschäftigte am Fachbereich Finanzen wurden in Münster Fortbildungen zum Thema „Methodentraining“ mit 24 Teilnehmern und zum Thema „Umgang mit schwierigen Teilnehmern in Seminaren“ mit 13 Teilnehmern durchgeführt.



Forschung

Zahlreiche Rechtsänderungen, die Übertragung von neuen Aufgaben sowie erhebliche Neustrukturierungen stellen die Aus- und Fortbildung der BFV vor immer größere Herausforderungen. Nach der Realisierung einer umfassenden IT-Infrastruktur und der Einführung des Lernmanagementsystems ILIAS werden diese Herausforderungen in immer größerem Umfang (auch) durch den Einsatz von E- und B-Learning Elementen gemeistert. Als Meilenstein kann in diesem Zusammenhang die Fertigstellung des elektronischen Lernprogramms zum zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (AEO) angesehen werden.

Die Rechtsfigur des AEO wurde durch eine Änderung des Gemeinschaftsrechts zum 01.01.2008 eingeführt. Die Auswirkungen auf die Arbeit der Beschäftigten werden gravierend sein. Es galt nun, eine hohe Anzahl von Bediensteten der BFV zeitnah und umfassend über die anstehenden Änderungen zu informieren und sie auf die Bewältigung der mit der Rechtsänderung verbundene Neuerungen in der Praxis vorzubereiten. Dabei war klar, dass allein mit der Durchführung von Präsenzveranstaltungen dieses Ziel wohl nicht erreicht werden würde.

Im Auftrag und in enger Zusammenarbeit mit dem BMF hat daher eine Projektgruppe im Jahre 2007 ein E-Learning Programm zu dem genannten Themenbereich erstellt und rechtzeitig vor Inkrafttreten der Rechtsänderungen den Bediensteten der BFV zur Verfügung gestellt. In dieser Projektarbeitsgruppe waren neben Dozenten der FB Finanzen ein Vertreter des BZ Münster, die zuständige Referentin des BMF, sowie das beim BZ neu errichtete Kompetenzzentrum Neue Medien (KNM), beteiligt. Drehbucherstellung, Realisation, grafisches Design, Animationen etc. wurden alle mit internen Kräften des KNM sowie in enger Abstimmung und Zusammenarbeit des Sachgebietes Medien gefertigt. Das Programm wird in Aus- und Fortbildung eingesetzt und trifft nach bisherigen Erkenntnissen auf eine hohe Akzeptanz. Damit hat der FB Finanzen in Zusammenarbeit mit dem BZ ein erstes – aber sicher nicht das letzte – Projekt zur Erstellung eines E-Learning Programms erfolgreich abgeschlossen.

Daneben hat es auch 2007 wiederum umfangreiche Forschung zu Themen des Grundstudiums und den laufbahnspezifischen Bereichen gegeben. Schwerpunkte waren hier das Zollrecht und das Recht der Verbote und Beschränkungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr



Aus den Fachbereichen

Internationale Kontakte

Dozentinnen und Dozenten des Fachbereich Finanzen wirken an unterschiedlichen internationalen Maßnahmen mit:

- Zusammenarbeit mit „Internationaler Weiterbildung und Entwicklung gGmbH“ (In-WEnt); Personelle und fachliche Unterstützung des Langzeittrainingskurses "ILT Global Trade - New Challenges for Customs Administration and Policy (Globaler Handel - neue Herausforderungen für Zollverwaltung und Zollpolitik)" Besuch von einer Delegation aus Malawi, Mosambik und Südafrika
- Zusammenarbeit mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
- Durchführung eines Studienaufenthalts für turkmenische Zollbeamte
- Durchführung einer zollrechtlichen Veranstaltung bei der österreichischen Bundesfinanzakademie
- Unterstützung einer Austauschmaßnahme im Bereich Strafrecht
- Unterstützung des Seminars "B-learning , Today's Challenge"-3rd meeting in Budapest
- Unterstützung von Workshops und Training Sessions zum Lernprogramm „Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter“ in Brüssel

E-/B-learning

Durch das Kompetenzzentrum Neue Medien wurden folgende Projekte abgeschlossen:

- Abschluss eines Kooperationsprojektes mit der FH für Öffentliche Verwaltung NRW zum Thema „Gesellschaftsrecht“, in dem ein mehrstündiges E-Learning Programm zum Thema Gesellschaftsrecht erstellt wurde. Das Produkt wurde auf unserer Lernplattform ILIAS eingestellt und im Grundstudium eingesetzt.



- Veröffentlichung des E-Learning Moduls zum Thema „Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter“ für den Einsatz in Aus- und Fortbildung
- Interaktive Arbeitshilfe zum Umgang mit der Elektronischen-VSF für den Einsatz in Aus- und Fortbildung.



- Lernhilfe zum Elektronischen Zolltarif im Wesentlichen für den Einsatz in der Fortbildung.
- Erstellung von kleineren Lehr- und Lernmaterialien, z.B. zum Thema „Sozialwissenschaftliche Grundlagen“ des Verwaltungshandelns mit Hilfe des in ILIAS integrierten Autorentools und verschiedener anderer Funktionalitäten

Hochschulsport

Die Sportangebote am FB Finanzen richten sich je Semester an über 800 Studierende und stehen darüber hinaus den Teilnehmern an Fortbildungsveranstaltungen offen. Für die Freizeit bietet der Sporthallenplan Montag bis Donnerstag von 14 - 22 Uhr ein qualifiziertes Bewegungsangebot als Ausgleich zum Unterricht und als Stress-Kompensation besonders in den Klausur- und Prüfungszeiten:



- Konditionstraining (Kräftigungs- und Dehnübungen, Funktionsgymnastik),
- Sportspiele (Fuß-, Hand-, Basket- und Volleyball sowie Badminton)
- Aerobic/Thai Bo als Fitness- und Konditions-training.



Aus den Fachbereichen

Zum Sportangebot gehören darüber hinaus

- Sport in der Natur (Inliner und Jogging),
- Standard - Tanz (Anfänger und Fortgeschrittene) sowie
- verschiedene Kampfsportarten.

Für den Freizeitsport - auch an den Wochenenden - können außerdem der Kraft- und auch der Tischtennisraum von den Studierenden regelmäßig genutzt werden.



Zu den sportlichen Events gehören in jedem Semester die

- Denksport-Olympiade:
Grundgedanke dabei ist, die Studierenden und Lehrenden am Fachbereich in einer gemeinsamen Veranstaltung zu erreichen durch eine Mischung von sportlichen Spielen in der Halle im Wechsel mit Denksportaufgaben bei Nutzung von Bibliothek und Internet und einem abschließendem Quiz in der Sporthalle.
- Sport-Turniere
Hier treten alle Kurse in den Sportarten Hand-, Volley-, Basket- und Fußball gegeneinander an und beenden das Turnier mit einem Badminton-Mix.

Zu diesen Veranstaltungen melden sich regelmäßig 90 – 95 % aller Kurse an.



Fachbereich Kriminalpolizei

Leitung:	Regierungsrat Dr. Thorsten Heyer
Sitz / Standorte:	Wiesbaden
Laufbahnen:	gehobener Kriminaldienst des Bundes
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	138
Einstellungszahlen 2007:	36
hauptamtliches Lehrpersonal:	9
Sonstiges:	seit 2007 eigenständiger Fachbereich (vorher Abteilung im Fachbereich Öffentliche Sicherheit)

Stand 31.12.2007

Neuer Fachbereich „Kriminalpolizei“

Der bisherige Fachbereich „Öffentliche Sicherheit“ der Fachhochschule des Bundes mit seinen drei Abteilungen (BKA, BfV und BND) wurde mit Wirkung vom 01.07.2007 in zwei neue Fachbereiche „Kriminalpolizei“ (BKA) und „Nachrichtendienste“ (BfV und BND) aufgeteilt. Die Stelle des Fachbereichsleiters Kriminalpolizei wurde BKA-intern ausgeschrieben. Mit der Neubesetzung ist Anfang 2008 zu rechnen. Bis dahin wird der bisherige Abteilungsleiter den neuen Fachbereich „Kriminalpolizei“ kommissarisch leiten.

Vor dem Hintergrund der Auflösung des Fachbereichs Öffentliche Sicherheit mit seinen Abteilungen und der Neugründung des Fachbereichs Kriminalpolizei ergab sich die Notwendigkeit, die bisher geltenden Vorschriften des Fachbereichs Öffentliche Sicherheit/der Abteilung Kriminalpolizei in den Fachbereich Kriminalpolizei zu überführen.



Dies sind insbesondere:

- der Studienplan für den Diplomstudiengang zum gehobenen Kriminaldienst des Bundes vom 22.06.2004 i. d. F. v. 29.12.2005 einschließlich der Anlagen („Rahmenplan für die berufspraktischen Studienzeiten“ sowie „Leitlinien für eine Lern- und Lehrkultur“ v. 6.10.2003
- die (vorläufige) Geschäftsordnung des FB Öffentliche Sicherheit i. d. F. v. 11.09.1985,



Aus den Fachbereichen

- die Regelungen zu den Dienstpflichten hauptamtlich Lehrender bei der Abteilung Kriminalpolizei und diesbezüglichen Durchführungsanweisungen vom 27.01.2004,
- das gemeinsame Evaluationskonzept des FB Öffentliche Sicherheit vom 24.11.2003 einschließlich aktualisierter Fragebögen für die Abteilung Kriminalpolizei (2004: Studentenbefragung, 2005: Vorgesetztenbefragung, 2006: Absolventenbefragung),

Der Fachbereichsrat Kriminalpolizei beschloss in seiner konstituierenden Sitzung am 16.10.2007 einstimmig, dass die für den Fachbereich Öffentliche Sicherheit, Abteilung Kriminalpolizei bislang gültigen internen Rechtsvorschriften für den Fachbereich Kriminalpolizei Geltung erlangen. Künftig sind die Begriffe „Öffentliche Sicherheit“ durch „Kriminalpolizei“ zu ersetzen. Weiterhin wurden in der Sitzung ergänzende „Richtlinien für die Anfertigung und Bewertung von Diplomarbeiten“ sowie ein „Lehrveranstaltungsplan“ beschlossen.

Neuer „Lehrveranstaltungsplan“

Durch die Dozenten und die Fachhochschulverwaltung und -leitung wird zukünftig halbjährlich gemeinsam der Vorlesungsplan festgelegt; erstmals für den Zeitraum 01.10.07.-31.03.2008.

Der Vorlesungs-**Gesamtplan** gibt eine Übersicht über die festgelegte Unterrichtsstruktur; der **Wochenplan** zeigt die konkrete wöchentliche Umsetzung unter Berücksichtigung feststehender Termine, insbesondere Urlaubsplanung, Hospitationen, Fortbildung, Sonderaufträge etc.

Der frühzeitig festgelegte Stundenplan soll für Studierende und Dozenten zukünftig eine langfristige Unterrichtsplanung ermöglichen, für externe sowie interne Bedarfsträger eine transparente Übersicht über die Unterrichtsplanung und eine Planungsgrundlage für externe Lehrbeauftragte sowie die Erledigung sonstiger Aufgaben, z.B. Verzahnung Forschung - Lehre, Mitwirkung i. R. d. Fortbildung etc. bilden.

Evaluation der Verwaltungsleistung

Das Evaluationskonzept des Fachbereichs Kriminalpolizei beinhaltet u.a. in angemessenen Zeitabständen eine Evaluation der Leistung der Fachhochschulverwaltung. Dazu wurden im April 2007 die Studierenden der 50. Ausbildungsgruppe sowie die hauptamtlich Lehrenden befragt.



Auswertung der Befragung zur Verwaltungsleistung – Studenten

Anzahl der Fragebögen: 25

50. AG (n=49)

	1	2	3	4	5	n,x
1. Die FH-Bibliothek ist gut ausgestattet	0	5	10	8	2	25
	0%	20%	40%	32%	8%	3,3
2. Bei der Suche nach Literatur werde ich unterstützt	3	9	8	3	0	23
	13%	39%	35%	13%	0%	2,5
3. Die Möglichkeiten zur Intra-/Internetrecherche sind gut	4	9	8	3	0	24
	17%	38%	33%	13%	0%	2,4
4. Das Geschäftszimmer unterstützt mich bei Verwaltungsangelegenheiten	0	4	9	5	4	22
	0%	18%	41%	23%	18%	3,4
5. Die Lehrorganisation (z.B. Vorlesungsplan, Kursgröße) entspricht meinen Bedürfnissen	0	3	9	11	0	23
	0%	13%	39%	48%	0%	3,3
6. Die Ausstattung der Lehrräume entspricht den Anforderungen	5	14	4	0	0	23
	22%	61%	17%	0%	0%	2
7. Bei der Unterbringung/Wohnungsangelegenheiten werden meine Interessen berücksichtigt	1	5	10	1	1	18
	22%	28%	56%	6%	6%	2,8
8. Bei Abrechnungsfragen (Beihilfe, RK, TG, UKV) erhalte ich ausreichend Unterstützung	6	6	7	4	0	23
	26%	26%	30%	17%	0%	2,4

2,66

Positiv:

- Gute Unterstützung bei Wohnungsfragen und Problemen bei der Antragstellung von Leistungen.

Negativ:

- Viele alte Bücher in der Bibliothek
- Das Geschäftszimmer ist unterbesetzt.
- Schlechte Lehrfächerverteilung.
- PC funktionieren oft nicht. Die FH-Bibliothek ist zu kurz geöffnet

Evaluation der Verwaltungsleistung am Fachbereich Kriminalpolizei [Studenten]



Auswertung der Befragung zur Verwaltungsleistung – Dozenten

Anzahl der Fragebögen: 7

Anzahl der befragten Dozenten: 10

	1	2	3	4	5	n, \bar{x}
1. Die FH-Bibliothek ist gut ausgestattet; diesbezügliche Beschaffungswünsche werden umgesetzt	2 29%	2 29%	1 14%	0 0%	2 29%	7 2,71
2. Die Möglichkeiten zur Intra-/Internetrecherche sind gut	3 43%	2 29%	2 29%	0 0%	0 0%	7 1,86
3. Die Ausstattung der Lehrräume entspricht den Anforderungen	1 14%	1 14%	3 43%	2 29%	0 0%	7 2,86
4. Im Lehrbetrieb werde ich durch das Geschäftszimmer unterstützt	0 0%	0 0%	3 43%	3 43%	1 14%	7 3,71
5. Die Lehrorganisation berücksichtigt meine didaktischen Interessen	0 0%	0 0%	2 29%	2 29%	3 43%	7 4,14
6. Die Fachhochschulverwaltung unterstützt mich bei Verwaltungsangelegenheiten	0 0%	4 57%	2 29%	1 14%	0 0%	7 2,57

2,98

Positiv:

- Die FH-Bibliothek ist seit Aufgabenwahrnehmung der Bibliothekarin gut ausgestattet

Negativ:

- Leider klappt der Ausdruck beim Internet am Arbeitsplatz nicht
- Die Fachhochschulverwaltung ist absolut unterbesetzt
- Unterrichtsabfolge wirkt ohne Konzept
- Geräte fehlen oder funktionieren oft nicht

Evaluation der Verwaltungsleistung am Fachbereich Kriminalpolizei [Dozenten]

Interpretation und Maßnahmen:

Die Ergebnisse zeigen, dass sowohl von den Studierenden als auch von den hauptamtlich Lehrenden insbesondere die Lehrorganisation und die Unterstützung durch das Geschäftszimmer, aber auch die Ausstattung der FH - Bibliothek bemängelt werden.

Zur Verbesserung der Lehrorganisation wurde eine neue Stundenplangestaltung eingeführt (siehe Neuer „Lehrveranstaltungsplan“); erste Erfahrungen werden im Frühjahr 2008 ausgewertet.



Die Unterbesetzung des Geschäftszimmers ist durch die mehrjährige Dauererkrankung eines Mitarbeiters, die mehrmonatige Erkrankung eines weiteren Mitarbeiters sowie die Umsetzung einer Mitarbeiterin im Frühjahr 2007 - bei insgesamt vier Mitarbeiter/Innen nicht zu vermeiden. Daraus resultiert auch der unzureichende Wartungsstand der Geräte.

Durch zurückgehende Studierendenzahlen, die Gesundung eines Mitarbeiters sowie der Unterstützung durch eine/n Auszubildende/n ist zum Ende des Jahres 2007 eine gewisse Entspannung der personellen Situation des Geschäftszimmers und der Bibliothek eingetreten.

Einführung eines modularisierten Bachelor-Studiengangs

Durch Entscheidung des Kuratoriums/FH-Bund wurde im Mai dieses Jahres die Einführung des modularisierten Bachelor-Studiengangs der Fachhochschulausbildung für den gehobenen kriminalpolizeilichen Vollzugsdienst ermöglicht. Der zukünftige Studiengang soll sich am Berufsbild und damit Anforderungsprofil des kriminalpolizeilichen Sachbearbeiters im Bundeskriminalamt ausrichten.



Der Studiengang orientiert sich an den Eckpunkten gem. Empfehlungen der Studienplankommission der FH Bund.

Aktueller Stand der Vorarbeiten:



- Die hauptamtlich Lehrenden des Fachbereichs Kriminalpolizei der FH-Bund haben im Entwurf das Grundkonzept eines Bachelor - Studiengangs mit folgenden Elementen erarbeitet:
- Profil des 6 – semestrigen Studiengangs mit Aufteilung in Kontakt- und Selbststudium sowie Dauer und Lage der Praktika
- Entwurf eines Curriculums einschließlich eines Grobentwurfs der Module

Mit Erlass vom 27.06.2007 hat das Bundesministerium des Innern der Vorbereitung zur Umstellung des Diplomstudiengangs im Fachbereich Kriminalpolizei der FH Bund zum 1. Oktober 2009 zugestimmt.



Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Leitung:	Leitender Verwaltungsdirektor Hubert Lohaus
Sitz / Standorte:	Kassel
Laufbahnen:	gehobener nichttechnischer Dienst in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	72
Einstellungszahlen 2007:	12
hauptamtliches Lehrpersonal:	8

Stand 31.12.2007

Die Entwicklung am Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung war im Berichtszeitraum geprägt von Überlegungen der Bundesregierung zur Modernisierung des Rechts der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, die schlussendlich in einem Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages vom 9.11.2007 mündeten.

Die darin enthaltenen Organisationsveränderungen, die zu Aufgabenverlagerungen von den regionalen Körperschaften auf den Spitzenverband Deutsche landwirtschaftliche Sozialversicherung führen werden, haben – im Verbund mit Deckelungsregelungen zu den Verwaltungskosten – zu spürbarer Zurückhaltung der Aktivitäten zur Ausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst geführt. Die Einstellungszahlen haben sich im Vergleich zum Jahr 2006 nochmals halbiert.



Mit dem Zentralbereich ist ein Curriculum für eine Zusatzqualifikation Verwaltungsinformatik unter Berücksichtigung der besonderen IT-Struktur im System landwirtschaftliche Sozialversicherung entwickelt und mit Beginn der Bildungsmaßnahmen im September 2007 umgesetzt worden.

Im Jahr 2007 haben alle 30 Studierenden die Laufbahnprüfung für den gehobenen nicht-technischen Verwaltungsdienst in der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung bestanden und wurden bei der turnusmäßig stattfindenden Diplomfeier am 28. September 2007 zum Diplomverwaltungswirt graduiert.



Als Bestandteil einer externen Bildungsveranstaltung in Berlin ist den Studierenden des Fachbereiches durch Referenten des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der Verwendungszweck von nachwachsenden Rohstoffen im Hinblick auf die stoffliche sowie die energetische Nutzung und die hieraus hervorgehenden innovativen Entwicklungen mit ihrer weltweiten Vermarktung verdeutlicht und anhand von Beispielen erläutert worden.

Die externe Bildungsveranstaltung wurde ergänzt durch Informationsveranstaltungen der gesetzgebenden Körperschaften des Bundes.

Schwerpunkt der Beratungen des Fachbereichsrates bildeten erneut Überlegungen zur Umsetzung des Bologna-Prozesses an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung sowie am Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung. Das Votum des Fachbereichsrates hat im Kernbereich Eingang gefunden in die Position der oberen Dienstbehörden bei den Beratungen im Kuratorium der Fachhochschule.



Fachbereich Nachrichtendienste

Abteilung Bundesnachrichtendienst

Leitung:	Erster Direktor Jörg Hofmann [kommissarisch]
Abteilungen:	Bundesnachrichtendienst, Verfassungsschutz
Sitz / Standorte:	Haar, Brühl
Laufbahnen:	gehobener nichttechnischer Dienst im Bundesnachrichtendienst, gehobener Dienst im Verfassungsschutz des Bundes
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	144
Einstellungszahlen 2007:	32
hauptamtliches Lehrpersonal:	5
Sonstiges:	Seit 2007 eigenständiger Fachbereich

Stand 31.12.2007

Die Abteilung Bundesnachrichtendienst hat den im letzten Jahr eingeschlagenen Weg konsequent weiterverfolgt.

Kontinuität gab es nicht nur bei der Anzahl von sieben gleichzeitig studierenden Laufbahnlehrgängen und den daraus folgenden Herausforderungen an die Dozenten und administrativ unterstützenden Mitarbeiter/innen.

Im Jahr 2007 haben 22 Studierende erfolgreich die Laufbahnprüfung angelegt, wie in der Vergangenheit sind die Ergebnisse überaus erfreulich; ein neuer Lehrgang startete im Oktober.

Kontinuität konnte auch in der Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt und der Leitung der FH Bund hinsichtlich der Ausgestaltung der Besoldung der Professoren erreicht werden. Im Jahr 2007 wurde für einen Professor eine Leistungszulage gewährt.

Erfolgreich fortgesetzt werden konnten die auf große Resonanz stoßenden praxisnahen Informationsveranstaltungen/Kolloquien im Fach Politik/Internationale Politik, bei denen die FH Bund-Studenten mit exponierten Praktikern der Politik und der Medien diskutieren konnten (Leiter AA-Planungsstab, Dr. Ederer, TV-Journalist Dagobert Lindlau, BMI-STS Dr. Hanning).



Neben diesen Veranstaltungen konnte durch Gastvorträge der Abteilung (insbesondere bei Wirtschaftsverbänden, Stiftungen, der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer, der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin, der Münchner Rückversicherungsgesellschaft sowie der Universität München) die enge Kooperation und Vernetzung mit wichtigen Multiplikatoren weiter intensiviert und damit die Öffentlichkeitswirkung gesteigert werden.

Im Juli 2007 wurden die Funktionen des Vertrauensdozenten, Studienberaters und Evaluationsbeauftragten eingerichtet und von Herrn Prof. Dr. Mark übernommen. Gerade im Bereich der Studienberatung hat sich sehr deutlich gezeigt, dass nicht nur hinsichtlich der Aus- und Fortbildung ein Beratungsbedarf besteht, sondern insbesondere auch hinsichtlich der Weiterbildung hochmotivierter junger Mitarbeiter. Diese Entwicklungstendenz unterstreicht auch die Bemühungen der Abteilung Bundesnachrichtendienst, einen Wandel hin zu einer modernen und lernfähigen Organisation zu vollziehen.

Der Fachbereich „Öffentliche Sicherheit“ wurde im laufenden Jahr aus organisatorischen Gründen neu geregelt in die Fachbereiche Bundeskriminalamt und Nachrichtendienste. Diese Neustrukturierung soll die Zusammenarbeit der Abteilung Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst auch nach außen stärker verdeutlichen.

Abteilung Verfassungsschutz

Zum 1. Juli 2007 wurde der Fachbereich Öffentliche Sicherheit, dem die Abteilungen Kriminalpolizei, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst angehörten, neu strukturiert. Neben dem eigenständigen Fachbereich Kriminalpolizei bilden die Abteilungen Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst (BND) seit dem den Fachbereich Nachrichtendienste. Der Leiter des ehemaligen Fachbereichs Öffentliche Sicherheit, Herr Andreas Hübsch, ist altersbedingt im August 2007 aus dem Dienst ausgeschieden. Seitdem wird der Fachbereich Nachrichtendienste bis zur Wahl eines neuen Fachbereichsleiters kommissarisch von Herrn Hofmann, Leiter der Abteilung Bundesnachrichtendienst, geführt. Ebenfalls unbesetzt ist in der Abteilung Verfassungsschutz seit dem Frühjahr die Stelle eines hauptamtlich Lehrenden auf Zeit. Anlässlich der Verabschiedung von Herrn Hübsch und des 25-jährigen Bestehens der Schule für Verfassungsschutz erschien in der Schriftenreihe des Fachbereichs Öffentliche Sicherheit eine Festschrift, zu deren Autoren viele hauptamtliche Lehrende und Lehrbeauftragte der Fachhochschule zählen.

Im September 2007 absolvierten 13 Studierende des Lehrgangs G II 2004 ihre Laufbahnprüfung.

Zum 1. Oktober 2007 wurde die Fachtheorie im Rahmen des Studiums in der Abteilung Verfassungsschutz von Swisttal-Heimerzheim an den Zentralbereich der FH Bund nach Brühl verlagert. 14 Studierende des Laufbahnlehrgangs G 2007 begannen am 1. Oktober 2007 hier ihre Ausbildung im Verfassungsschutz des Bundes. Für sie findet erstmals die reformierte Fassung des Studienplans für das Hauptstudium Anwendung. Die zentralen Änderungen des Studienplans bestehen in der Einführung des Faches Nachrichtendienstpsychologie (mit 90 Unterrichtsstunden) und in der Erhöhung der Stundenzahl von 600 auf 650 pro Hauptstudium, insbesondere zugunsten der Fächer Strafrecht und Ausländerextremismus. Drei Unterrichtsfächer mit einem sehr geringen Stundenansatz (Recht des öffentlichen Dienstes, Neue Steuerungselemente, Aktuelle Entwicklungen) wurden als selbständige Studienfächer gestrichen und ihre Inhalte in andere Fächer integriert.



Die gemeinsame Projektgruppe der Abteilungen Verfassungsschutz und BND legte im Mai 2007 ihren Bericht über die „Prüfung einer Zusammenlegung der Laufbahnausbildung gehobener Dienst im Verfassungsschutz des Bundes und beim BND“ vor. Eine erweiterte Projektgruppe beschäftigt sich derzeit mit der Prüfung einer Zusammenlegung der Schuleinrichtungen des Verfassungsschutzes und des BND insgesamt.

In einer neuen Schriftenreihe für Extremismus- und Terrorismusforschung der FH Bund wird ab Herbst 2008 regelmäßig ein „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ herausgegeben werden. Das Jahrbuch wird Beiträge von Wissenschaftlern inner- und außerhalb der Sicherheitsbehörden zu den genannten Themenfeldern beinhalten. Das Konzept für den ersten Band steht bereits, die Beiträge sind in Arbeit. In unregelmäßigen Abständen werden in der Schriftenreihe auch Monographien und Sammelbände zu diesen Themen erscheinen. Als erster Band kommt demnächst ein Sammelband zur „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) heraus, danach werden Veröffentlichungen zu den Autonomen und zur Neonazi-Szene folgen.

Fachbereich Sozialversicherung

Leitung:	Abteilungsleiterin Gudrun Dannhauer
Sitz / Standorte:	Berlin, Bochum
Laufbahnen:	gehobener nichttechnischer Dienst in der Sozialversicherung Angestellten- und Arbeiterrentenversicherung Knappschaftsversicherung
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	410
Einstellungszahlen 2007:	83
hauptamtliches Lehrpersonal:	48

Stand 31.12.2007

Am Fachbereich Sozialversicherung werden die Anwärter/innen der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg, Saarland, Mitteldeutschland, der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, der Deutschen Rentenversicherung Bund und des Bundesversicherungsamtes ausgebildet. Im Sommersemester 2007 lag die Zahl bei 531 Studierenden.

Die Besucherinnen und Besucher konnten sich wieder von der Angebotsvielfalt der **Langen Nacht der Wissenschaften** überzeugen, an der der Fachbereich Sozialversicherung zum zweiten Mal teilnahm. Die Themen reichten von der Staatsverschuldung bis zur Frage „Die Ehe ist gescheitert, wie soll es nun weitergehen?“ Studierende haben ein praxisbezogenes Projekt vorgestellt und im Foyer konnten die Gäste bei einem Glücks-Quiz testen, wie fit sie in Sachen Rente, Reha und Versicherung sind. Großer Beliebtheit erfreuten sich zudem die Angebote der Abteilung Rehabilitation. Traditionell war auch die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft/Bahn/See vertreten - in diesem Jahr unter dem Thema „Die Gesundheitsreform 2007“. Unterstützt wurde der Fachbereich Sozialversicherung durch die Akademie Auswärtiger Dienst und den Zentralbereich der FH Bund.



Der Abteilungsleiter Rehabilitation der Deutschen Rentenversicherung Bund im Gespräch bei der Langen Nacht der Wissenschaften



Im Rahmen der **anwendungsbezogenen Forschung** veröffentlichte Prof. Dr. Ricarda Wolf, Dozentin am Fachbereich Sozialversicherung, in der Schriftenreihe der Fachhochschule des Bundes ihr Buch „Rentenberatung: Tipps und Hilfen für das Gespräch“. Über 1000 Exemplare wurden bislang im Hause der Deutschen Rentenversicherung Bund und von anderen Rentenversicherungsträgern angefordert.



Aushändigung von Unterlagen nach der Abschlussfeier

Für das Einstellungsjahr 2007 wurde ein **neuer schriftlicher Einstellungstest** für die Nachwuchskräfte eingesetzt. Zielsetzung war zum einen die Nutzung eigener fachlicher sowie organisationsbezogener Ressourcen und damit einhergehend Kosteneinsparungen. Zum anderen sollten sich die organisationspezifischen Anforderungen an die Nachwuchskräfte stärker als bisher in den abzu prüfenden Fähigkeiten niederschlagen. Bei der Neukonzeption handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt zwischen der Personalabteilung der Deutschen Rentenversicherung Bund und dem Fachbereich Sozialversicherung.

Dabei übernahm Frau Prof. Dr. Hadler - Dozentin am Fachbereich Sozialversicherung - als Arbeits- und Organisationspsychologin die konzeptionelle und inhaltliche Entwicklung des Tests. Mit dem neuen Test werden spezifische Ausbildungsvoraussetzungen, -bedingungen und -ziele stärker als bisher berücksichtigt. Zudem beträgt die Kostenersparnis durch die Umstellung auf das interne Verfahren 51.000 Euro pro Einstellungsjahr.

Im Berichtszeitraum lud der Fachbereich Sozialversicherung wieder zu zwei offenen Foren ein. Das **Offene Forum** im Frühjahr stand unter dem Generalthema „Rehabilitation und Teilhabe in der Rentenversicherung, Stand und Perspektiven“. Als Referenten konnten gewonnen werden: Mario Netzband, Dozent am Fachbereich Sozialversicherung, Thomas Keck, Leiter der Abteilung Rehabilitation der Deutschen Rentenversicherung Bund und Peter Clausing, Geschäftsführer der Paracelsuskliniken Deutschland GmbH. Die ebenfalls hervorragend besuchte Veranstaltung im Herbst widmete sich dem Thema „Controlling als Aufgabe in der Rentenversicherung“. Dabei gab Prof. Dr. Ralf Krieger, Dozent am Fachbereich Sozialversicherung, einen Überblick über die Einordnung des Controlling als wissenschaftliche Disziplin in der Betriebswirtschaftslehre, Udo Fox, Deutsche Rentenversicherung Bund, stellte die grundsätzlichen Strukturen des



Beim Offenen Forum im Herbst 2007



Aus den Fachbereichen

Controlling in der Deutschen Rentenversicherung Bund dar und erläuterte die speziellen Anforderungen, die sich innerhalb der Rentenversicherung an Controller/innen stellen und Liane Briggen, Hauptdezernentin eines Leistungsdezernates der Deutschen Rentenversicherung Bund, beschrieb ihre Handlungsmöglichkeiten im Rahmen ihrer Tätigkeit als Kostenstellenleiterin.

Im September 2007 waren die Teilnehmer/innen des **Ludwigsburger Kreises** zu Gast am Fachbereich Sozialversicherung. Dabei handelt es sich um eine Gesprächsrunde aller Fachhochschulen, die verwaltungsinterne Studiengänge auf dem Gebiet der Rentenversicherung anbieten. Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag in der Berichterstattung der einzelnen Fachbereiche über die Weiterentwicklung der Studiengänge, insbesondere unter dem Aspekt der Einführung von Bachelor-Studiengängen. Ergänzt wurde das Programm durch zwei Vorträge von Prof. Dr. Klümper (FHöV NRW) und Prof. Dr. Beschorner (Fachbereich Sozialversicherung). Prof. Dr. Klümper berichtete über die Einführung des Bachelor-Studienganges an der FHöV NRW und Prof. Dr. Beschorner erläuterte den Teilnehmern/innen, welche Bildungsprogramme von der EU angeboten werden und welche Möglichkeiten für die Fachbereiche bestehen, von diesen Angeboten zu profitieren. Fortgesetzt wird die Gesprächsrunde mit einem Folgetreffen im Frühjahr 2008.



Prof. Dr. Krieger beim Dozentenforum

Während des 2. Praktikums führen alle Studierenden des Fachbereichs Sozialversicherung ein **praxisbezogenes Projekt** durch. Auch im Jahr 2007 gaben alle Projekte Anregungen zur Optimierung der unmittelbaren Arbeitsabläufe oder der Gestaltung der Rahmenbedingungen in den Leistungsabteilungen. Beispielhaft seien zwei Projekte genannt: So beschäftigte sich eine Untersuchung mit regelmäßig wiederkehrenden Kommunikationsproblemen zwischen den sog. Job-Centern der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Rentenversicherung Bund. Ein weiteres Projekt widmete sich dem Thema Gesundheitsmanagement, dessen Umsetzung im Rahmen eines in einer Leistungsabteilung durchgeführten Gesundheitstages beeindruckend unter Beweis gestellt wurde.

Im Rahmen der Gründung eines **Alumni-Netzwerkes** am Fachbereich Sozialversicherung besuchten im Oktober 2007 - 15 Jahre nach bestandener Laufbahnprüfung - ehemalige Studierende erstmals wieder den Fachbereich Sozialversicherung. Der Fachbereich organisierte eine Diskussion mit Studierenden und ein gewünschtes Treffen mit ihrem ehemaligen Dozenten Professor Dr. Gernot Dörr. Dabei wurde deutlich, dass die meisten Teilnehmer/innen der Deutschen Rentenversicherung beruflich treu geblieben



sind. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass gerade auch das Studium am Fachbereich die nötige Methodenkompetenz zum selbständigen Arbeiten und zum Einarbeiten in neue Gebiete vermittelt habe. Diese Fähigkeit wurde von den Teilnehmern/innen auf Grund eigener Erfahrungen aus 15 Jahren beruflicher Tätigkeit als unabdingbar für die Ebene des gehobenen Dienstes angesehen.

Die **Qualitätssicherung des Studiums** in Theorie und Praxis war auch im Berichtszeitraum ein wichtiges Thema. So wurde die letzte Ausbildungsphase der Studierenden im Praktikum gemeinsam mit den Leistungsabteilungen evaluiert. Das Ergebnis ergab ein überwiegend positives Feedback der Studierenden. Anregungen zur Optimierung der Lehrveranstaltungen als auch der berufspraktischen Studienzeiten werden geprüft bzw. umgesetzt. Zudem wurden die Hauptstudienabschnitte I und II von Frau Prof. Dr. Veidt evaluiert.

Das Fortbildungsangebot „**PfifF**“ (**P**ersönliche **F**ortbildung in **f**reiwilliger **F**orm) ist ein zusätzliches Angebot des Fachbereichs Sozialversicherung für Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung. Das Programm besteht aus Seminaren, die in der Freizeit besucht werden können, wobei die Themen Bezüge zur Arbeitswelt und beruflichen Tätigkeit haben. So werden u. a. angeboten:

- Erben und Vererben will gelernt sein
- Europäisches und internationales Sozialrecht
- Versorgungsausgleich oder
- Interkulturelle Kommunikation - Chancen, Risiken, Lösungen



Die Fachbereichsleiterin Gudrun Dannhauer mit dem Geschäftsführer der Deutschen Rentenversicherung Bund Herbert Schillinger bei der Langen Nacht der Wissenschaften

Die Auswertung der Evaluation von PfifF zeigt eine hohe Zufriedenheit der Teilnehmer/innen mit dem Verlauf der Seminare und mit den jeweiligen Dozenten/innen.

Im Rahmen der **Weiterbildung** bietet der Fachbereich Sozialversicherung in Zusammenarbeit mit der Bildungsabteilung der Deutschen Rentenversicherung Bund für rund 70.000 Mitarbeiter/innen der Deutschen Rentenversicherung trägerübergreifend Seminare an, insbesondere in den Bereichen Sozialwissenschaften und im Fachrecht, speziell für die Deutsche Rentenversicherung Bund auch im Fach Betriebswirtschaftslehre. Aber auch Versicherungsämter und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben nutzen das qualifizierte Fortbildungsangebot des Fachbereichs Sozialversicherung, der sich auch auf diesem Gebiet bundesweit einen guten Ruf erworben hat.

Fachbereich Wetterdienst

Leitung:	Regierungsdirektor Harald Wollkopf
Sitz / Standorte:	Langen, Offenbach
Laufbahnen:	gehobener Wetterdienst des Bundes
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	42
Einstellungszahlen 2007:	21
hauptamtliches Lehrpersonal:	4

Stand 31.12.2007

Im September des Berichtsjahres haben 12 Studierende des Fachbereiches (10 DWD, 2 GeoinfoDBw) ihr Studium mit der Laufbahnprüfung erfolgreich abgeschlossen. 11 Studienanfänger (8 DWD, 3 GeoinfoDBw) starteten im Oktober 2007 ihr Grundstudium mit einer dreiwöchigen Phase des Studienabschnittes „Laufbahntypische Bereiche der Aufgabenerfüllung“ am Fachbereich in Langen. Wie im Vorjahr war der Fachbereich WD mit jeweils einem Dozenten in den fachbereichsübergreifenden Arbeitsgruppen zu den Themen „Modularisierung“ und „Nutzungskonzepte elektronischer Medien“ vertreten, wobei aufgrund des aktuellen Unterrichtsaufkommens nicht alle Sitzungstermine wahrgenommen werden konnten. Aufgrund eines Laufbahnwechsels zum Soldaten schied der hauptamtlich Lehrende Dipl. Met. Dr. Michael Sinn am Standort Fürstenfeldbruck aus. Frau Dipl. Met. Karolina Weber wurde als hauptamtlich Lehrende für besondere Aufgaben bestellt. Im Berichtszeitraum wurden 5 Kurse mit insgesamt 55 Studierenden der FHB an den beiden Ausbildungsstandorten des Fachbereiches (Langen, Fürstenfeldbruck) von 4 hauptamtlich Lehrenden unterrichtet.



Beim Tag der offenen Tür des Ausbildungszentrums in Langen am 2. September informierten Studierende der FH Bund über ihre Ausbildung am Fachbereich Wetterdienst.

Außenbeziehungen

Unter Beteiligung von Dozenten aus dem Fachbereich fanden auch im Berichtsjahr wieder eine Reihe DWD interner Tagungen und Fortbildungsseminare sowie die folgenden internationalen Veranstaltungen statt:



- 19.03. bis 21.03. und 08. bis 10.10.07

Arbeitsgruppensitzung zur Vorbereitung eines EUMETCAL-Radar „blended course“. Thema: Konzept für ein internationales Seminar zur Radarmeteorologie mit jeweils einem Teil Selbststudium, Fernunterricht – Präsenzunterricht – Selbststudium, Fernunterricht. Mitglieder sind Dozenten und Dozentinnen aus Europäischen Ländern, Kanada und Australien.

- 21.05. bis 25.05.07

„Design, Products and Operational Use of the NWP Model-Chain of the DWD“ (in Kooperation mit Forschung und Entwicklung, Teilnehmer: MeteorologInnen und BeraterInnen aus Europa und dem Nahen Osten)

- 11.06. bis 14.06.07

„Satellite Meteorology“ (In Kooperation mit EUMETSAT und der ZAMG, Teilnehmer: MeteorologInnen und BeraterInnen aus Europa und dem Nahen Osten)

- 08.10.07

Erster Fernunterricht am BTZ mittels Visitview (Powerpoint-Präsentation in Langen, übertragen mit Server in England und Kommentare über Telephon-Konferenz) Thema „Weighting functions of the new satellite generation MSG“. Teilnehmer kamen aus etwa 15 Staaten Europas.

Aus den Fachbereichen

- 29.10. bis 31.10.07

Meteocal-Workshop (Computer-unterstütztes Lernen, Erlernen der Techniken und Erfahrungsaustausch, TeilnehmerInnen aus Europa und USA)

- 26.11. bis 29.11.07

„EUMETCAL-NWP-blended course“. Präsenzunterricht nach einer Phase des Selbststudiums und Fernunterrichts gefolgt von einer weiteren (kürzeren) Phase von Fernunterricht und Selbststudium (Trainer von: BTZ, EZMW, FMI, NMI): Kurzer Abriss der Theorie mit Auswirkungen auf den praktischen Umgang mit den Produkten und praktische Übungen.



Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler im Rahmen von 3 Fortbildungsveranstaltungen das Fach Meteorologie.

Außerhalb der FH Bund werden seit Oktober 10 Offiziersanwärter für den Fachdienst der Bundeswehr und ein weiterer Gast aus Burkina Faso durch Dozenten des Fachbereichs zu Wetterberatern fortgebildet. Der hauptamtlich Lehrende für besondere Aufgaben, Dipl. Met. Udo Stengler, wurde für das laufende Wintersemester wieder mit einem Lehrauftrag an der Universität Frankfurt für das Fach „Synoptische Meteorologie“ betraut. Wie in den vergangenen Jahren unterrichtete einer der Dozenten des Fachbereiches an der Akademie für Notfallplanung und

Praxiskontakte / Praxisaufenthalte / Weiterbildung von Dozenten

Wie in den Vorjahren haben Dozenten des Fachbereiches an Fachtagungen und Seminaren hauptsächlich zum Themenbereich Meteorologie teilgenommen. Aufgrund des Unterrichtsaufkommens ergaben sich im aktuellen Berichtsjahr jedoch keine längeren Praxisaufenthalte für Dozenten des Fachbereiches.



Anlagen

Veröffentlichungen 2007

Zentralbereich

Regierungsdirektor Dr. Thomas Beck

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU

T. Beck zusammen mit M. Piazzolo, Monographie, Berlin, FHVR, 2007, Lehrbuch für Masterstudiengang MEW, 81 Seiten, ISBN 978-3-94005661-6

Professor Dr. Elmar Giemulla

Montreal Convention, Commentary

Alphen an den Rijn, Niederlande, Kluwer Law International, 2007, Supplement 1, 150 Seiten, ISBN 90-411-2456-X

Montreal Convention, Commentary

Alphen an den Rijn, Niederlande, Kluwer Law International, 2007, Supplement 2, 160 Seiten, ISBN 90-411-2456-X

LuftVG, Kommentar

WoltersKluwer Deutschland, 2007, Aktualisierungslieferung 47, 150 Seiten, ISBN 978-3-472-70440-3

LuftVG, Kommentar

WoltersKluwer Deutschland, 2007, Aktualisierungslieferung 48, 150 Seiten, ISBN 978-3-472-70440-3

LuftVG, Kommentar

WoltersKluwer Deutschland, 2007, Aktualisierungslieferung 49, 200 Seiten, ISBN 978-3-472-70440-3

LuftVG, Kommentar

WoltersKluwer Deutschland, 2007, Aktualisierungslieferung 50, 220 Seiten, ISBN 978-3-472-70440-3

LuftVG, Kommentar

WoltersKluwer Deutschland, 2007, Aktualisierungslieferung 51, 200 Seiten, ISBN 978-3-472-70440-3

LuftVOen, Kommentar

WoltersKluwer Deutschland, 2007, Aktualisierungslieferung 33, 150 Seiten, ISBN 3-472-70450-0

LuftVOen, Kommentar

WoltersKluwer Deutschland, 2007, Aktualisierungslieferung 34, 200 Seiten, ISBN 3-472-70450-0

Anlagen

Montrealer Übereinkommen, Kommentar

WoltersKluwer Deutschland, 2007, Aktualisierungslieferung 30, 180 Seiten,
ISBN 3-472-70450-0

Drittschadenshaftung im Luftverkehr – Zur Revision des Römer Haftungsabkommens

Carl Heymanns Verlag, 2007, Aufsatz, ZLW 4/2007, 12 Seiten, ISBN 978-3-452-26549-4

Die neue Europäische Luftsicherheitsarchitektur im Bereich Fracht

Sutter Verlag, 2007, Aufsatz, Reuss 2007, 6 Seiten, 978-3-87804-359-1

Deutsche Rechtsprechung zum Luftverkehrsrecht in den Jahren 2005-2006

Sutter Verlag, 2007, Aufsatz, Reuss 2007, 12 Seiten, ISBN 978-3-87804-359-1

Luftrecht – kompakt

AVIAPORTAL-Verlag, 2007, CD-ROM, Aktualisierung 01/2007, ISBN 978-3-939091-06-6

Luftrecht – kompakt

AVIAPORTAL-Verlag, 2007, CD-ROM, Aktualisierung 02/2007, ISBN 978-3-939091-06-6

Europäisches Luftverkehrsrecht

AVIAPORTAL-Verlag, 2007, CD-ROM, Aktualisierung 01/2007, ISBN 978-3-939091-05-9

Europäisches Luftverkehrsrecht

AVIAPORTAL-Verlag, 2007, CD-ROM, Aktualisierung 02/2007, ISBN 978-3-939091-05-9

Recht der Luftfahrt

Band 4: Flugsicherung, AVIAPORTAL-Verlag, 2007, 720 Seiten,
ISBN 978-3-939091-04-2

Recht der Luftfahrt

Band 1: Luftverkehr, WoltersKluwer Deutschland/AVIAPORTAL-Verlag, 2007,
800 Seiten, ISBN 978-3-472-06935-5

Unbemannte Luftfahrzeugsysteme – Probleme ihrer Einfügung in das zivile militärische Luftrecht

Carl Heymanns Verlag, 2007, Aufsatz, ZLW 2/2007, 16 Seiten, ISBN 978-3-452-26549-4

Flugsicherung und Verfassungsrecht

Aufsatz, BVBl. 12/2007, 7 Seiten, ISSN 0012-1363

European Air Law, Texts and Documents

Alphen an den Rijn, Niederlande, Kluwer Law International, 2007, Supplement 45,
200 Seiten, ISBN 90-6544-928-0

European Air Law, Texts and Documents

Alphen an den Rijn, Niederlande, Kluwer Law International, 2007, Supplement 46,
180 Seiten, ISBN 90-6544-928-0

European Air Law, Texts and Documents

Alphen an den Rijn, Niederlande, Kluwer Law International, 2007, Supplement 47, 190 Seiten, ISBN 90-6544-928-0

European Air Law, Texts and Documents

Alphen an den Rijn, Niederlande, Kluwer Law International, 2007, Supplement 48, 200 Seiten, ISBN 90-6544-928-0

European Air Law, Texts and Documents

Alphen an den Rijn, Niederlande, Kluwer Law International, 2007, Supplement 49, 190 Seiten, ISBN 90-6544-928-0

European Air Law, Texts and Documents

Alphen an den Rijn, Niederlande, Kluwer Law International, 2007, Supplement 50, 200 Seiten, ISBN 90-6544-928-0

Professorin Dr. Daniela Heid

Recht des öffentlichen Dienstes

FH Bund (intern) SS 2007, 95 Seiten

Recht des öffentlichen Dienstes

FH Bund (intern), WS 2007/2008, 91 Seiten

Regierungsdirektorin Dr. Maria-Theresia Kratz

Das Bundesgleichstellungsgesetz

Kapitel 3.1.3.6: Befugnisse der Gleichstellungsbeauftragten, insbesondere Rechte und Pflichten; Verlag Dashöfer GmbH, Loseblattwerk

Rechtshandbuch für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte

Monographie, Hamburg, Stand: Oktober 2007, 37 Seiten (insgesamt z. Zt. 74 Seiten)

Regierungsdirektor Privatdozent Dr. Andreas Lamers

**IT-Informationstechnik, Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung
Grundstudium, -**

Weitere Verfasser: Leipelt, D., Mensendiek, M., Manuskript, Brühl, Nachdruck 2007, 48 Seiten

Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung, Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung – Grundstudium

(6., überarb. und erw. Aufl.), Manuskript, Brühl, 2007, 180 Seiten

Präsentationstechnik mit PowerPoint,

Fachhochschule des Bundes – Grundstudium – überarb. Aufl., Manuskript, Brühl, 2007, 50 Seiten

Präsentationstechnik mit PowerPoint, für Teilnehmer/innen des Praxisaufstiegs in den gehobenen Dienst nach § 33 b BLV

(2., überarb. Aufl.), Manuskript, Brühl, 2007, 32 Seiten

Anlagen

Organisation, Weiterbildungslehrgang für DAAD und DFG
(2., überarb. und erw. Aufl.), Manuskript, Brühl, 2007, 94 Seiten

**Laufbahntypische Bereiche der Aufgabenerfüllung – Lehrgebiet 6.6 –
IT/Multimedia**
(14., überarb. Aufl.)

Dr. Ruth Linssen

Studieren lernen. Arbeits- und Lerntechniken, Prüfungen und Studienarbeiten
(zus. mit Prof. Dr. Sven Max Litzcke), Monographie, FH Bund Brühl, 185 Seiten,
ISBN 978-3-938407-19-6

Professor Dr. Marc Wagner

**Der Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm: BAO KAVALA, Bollwerk (nur) der Ein-
griffsverwaltung?**
Aufsatz, Die Polizei, Heft 9/2007, Seiten 248-250

Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung

Professorin Dr. Yvonne Dorf

„Straßenkrieg“ – ein Spiel?
Hamburg, Maximilian-Verlag, 2007, Aufsatz, in: DVP Deutsche Verwaltungspraxis,
Heft 11/2007, S. 445-448

Fachbereich Arbeitsverwaltung

Wissenschaftlicher Oberrat Dr. Heinz-Willi Bach

**Aus dem Blickwinkel der Wissenschaft: Sozialstaatssysteme Europas und ihre
gesellschaftliche Eingliederung behinderter Menschen (Teil 2)**
Deutscher Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf e. V., Marburg,
2007, Aufsatz, Horus Nr. 2/2007 – Marburger Beiträge zur Integration Blinder und Seh-
behinderter, Zeitschrift des Deutschen Vereins der Blinden und Sehbehinderten in Studi-
um und Beruf Siehe auch unter „Aufsätze/Articles“ www.dr.heinz-w.bach.de.vu, 5 Seiten

**Sonja P. schuf sich ihren Arbeitsplatz selbst. Persönliche Stärken entwickeln, Mut
haben, neue Wege zu beschreiben**

Deutscher Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf e. V., Marburg,
2007 Aufsatz, Horus Nr. 3/2007 – Marburger Beiträge zur Integration Blinder und Seh-
behinderter, Zeitschrift des Deutschen Vereins der Blinden und Sehbehinderten in Studi-
um und Beruf, 3 Seiten

Der selbstgeschaffene Arbeitsplatz

Deutscher Blinden und Sehbehindertenverband (DBSV), Berlin, 2007, Aufsatz,
„Weitersehen 2008“, 4 Seiten

Aus dem Blickwinkel der Wissenschaft: Sozialstaatssysteme Europas und ihre gesellschaftliche Eingliederung behinderter Menschen (Teil 1)

Deutscher Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf e. V., Marburg, 2007, Aufsatz, Horus Nr. 1/2007 – Marburger Beiträge zur Integration Blinder und Sehbehinderter Zeitschrift des Deutschen Vereins der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf, 6 Seiten, ISSN 0724-7389

From the scientific perspective: Welfare systems in Europa and their way of integrating disabled people

Aufsatz, erscheint in Kürze im Internet-Auftritt der Europäischen Blindenunion (www.ebu.org). Siehe auch unter „Aufsätze/Articles“ www.dr.heinz-w.bach.de.vu, 11 Seiten

Professor Dr. Hans-Dieter Braun

Kommentar zum SGB II

LexisNexis Münster, 2006 ff., virtuelles Dokument, Braun (Hrsg.), Online-Kommentar zum SGB II, z. Zt. ca. 200 Seiten

Kommentierung der §§ 40, 58, 60, 64, 65, 65a-c, 65e, 66-69 SGB II

Kohlhammer Stuttgart, 2007, Mergler/Zink, Handbuch der Grundsicherung und Sozialhilfe, Teil I: Sozialgesetzbuch II – Grundsicherung für Arbeitssuchende, Kommentar, 8. und 9. Lieferung, 50 Seiten, ISBN 978-3-17-020216-0

Kommentierung der §§ 188, 189, 314, 316 SGB III

Kohlhammer Stuttgart, 2007, Schönefelder/Kranz/Wanka, Sozialgesetzbuch III – Arbeitsförderung, 11. Lieferung, 60 Seiten, ISBN 987-3-17-01948-3

Verwaltungsdirektor Karl-Heinz P. Kohn

Herausgabe und Redaktion der Fachzeitschrift iBB – Informationen für die Bildungs- und Berufsberatung

Volltexte im Internet siehe www.KOHNpage.de/iBB

Deutschland steuert weiter in Richtung Arbeitskräftemangel

Schwerin, 2007, Aufsatz, iBB – Informationen für die Bildungs- und Berufsberatung, Nr. 20 vom 30. August 2007, S. 1-3, 3 Seiten

Soziologie erschließt mehr Arbeitsfelder als Forschung & Lehre. – Der BDS auf dem Weg zu einem Berufehandbuch für Soziologinnen und Soziologen

Aufsatz, Sozialwissenschaften und Berufspraxis, Jg. 30, Heft 2, 6 Seiten

Integration und Ausbildung

Berlin, 2007, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrg.): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen, S. 70-77, 8 Seiten

Integration und Arbeitsmarkt

Berlin, 2007, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrg.): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen, S. 77-83, 7 Seiten

Dr. Stephan Maninger

Die Rolle von Kultur in der Dynamik und Bekämpfung von Terrorismus

Bertelsmann Verlag, Bielefeld, 2005, Countering Modern Terrorism – History, Current Issues and Future Threats, Tagungsband, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf, 30 Seiten, ISBN 3-7639-3309-3

Dipl. Pol. Frank Osterchrist

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – Erfolgsbedingungen von komplementären Schwestern –

Brühl/Rheinland, 2006, Aufsatz, in: Schriftenreihe Brühl 2006 Nr. 47 Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik Hrsg. von H. - D. Braun/B. - J. Ertelt, S. 9-28, 20 Seiten, ISBN 3-938407-13-1

Professor Dr. Anton Wengert

IKT-Berufsprofile/ICT-Occupationsprofiles

Forschungsvorhaben und virtuelles Dokument, Wien, 2006

Internet www.dynot.net (http://comas.multiask.at/occ_list.php?country_id=3), 160 Seiten

Das bundesdeutsche Bildungssystem/Education System of Germany

Forschungsvorhaben und virtuelles Dokument, Wien, 2006, Internet (www.dynot.de), 16 Seiten

Dr. Carsten Wirth und Siglinde Bohrke-Petrovic

Faktoren für ein erfolgreiches beschäftigungsorientiertes Case Management auf dem deutschen Arbeitsmarkt

Eschborn, 2007, Brömser, H. - P./Egle, F. (Hg.) (2007): Employability Management für den Arbeitsmarkt der Zukunft, S. 53-58, 5 Seiten

Modularer Einzelhandel und industrielle Beziehungen – Ergebnisse einer qualitativen Längsschnittuntersuchung

Virtuelles Dokument, www.wiwi.uni-jena.de/Pemnal/GIRA.html, 45 Seiten

Projektnetzwerke in der Arbeitsvermittlung. Eine Organisationsform mit Zukunft?

Aufsatz, Arbeit, 16(1), S. 23-35, 12 Seiten

Wissenschaftliche Direktorin Edeltrud Zahn

Kommentierung §§ 15a SGB II Sofortangebot, § 16 SGB II Leistungen zur Eingliederung

Kohlhammer, Stuttgart, 2007, Mergler/Zink: Handbuch der Grundsicherung und Sozialhilfe, Kommentar, Loseblattsammlung, Stand August 2007, 65 Seiten

Kommentierung § 2 SGB III

Kohlhammer, Stuttgart, 2007, Schönefelder/Kratz/Wanka: Sozialgesetzbuch III – Arbeitsförderung, Kommentar, Loseblattsammlung, Stand 2007, 15 Seiten

Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten

Professor Dr. Volker Grau

Konsulavisches Notariat: Eine Deutsche in Schottland

Rechtspfleger Studienhefte 2007, Aufsatz, Heft 4, S. 122-125, ISSN 0174-0156

Fachbereich Bundespolizei

Professorin Dr. Anke Borsdorff

Musterklausuren – Einsatzrecht für die Bundespolizei

Verlag Deutsche Polizeiliteratur, Hilden, 2007, Monographie, zusammen mit Martin Kastner, 432 Seiten, ISBN 978-3-8011-0563-1

Regierungsdirektor Martin Kastner

Musterklausuren – Einsatzrecht für die Bundespolizei

Verlag Deutsche Polizeiliteratur, Hilden, 2007, Monographie, zusammen mit Prof. Dr. Anke Borsdorff, 432 Seiten, ISBN 978-3-8011-0563-1

Polizeidirektor Willy Kösling

Bundespolizei – vormals Bundesgrenzschutz

VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2008, Aufsatz, Handbuch der Polizeien Deutschlands mit Prof. Dr. Peilert, 33 Seiten, 978-3-531-15709-2

Professor Dr. Martin H. W. Möllers

Aktuelle Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Versammlungsfreiheit zwischen „Rechtsprechungstradition“, „Zeitgeist“ und „Staatsräson“

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., 2007, Möllers/van Ooyen (Hrsg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, S. 353-363, 26 Seiten (Manuskriptseiten bei 1.500 Anschlägen je Seite), ISBN 978-3-86676-000-4

„Antworten auf den internationale Terrorismus – Gewährleistung der Inneren Sicherheit durch Bund und Länder“ – Tagungsbericht

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., 2007, Aufsatz, Möllers/van Ooyen (Hrsg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, S. 211-228, 43 Seiten (Manuskriptseiten bei 1.500 Anschlägen je Seite), ISBN 978-3-86676-000-4

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., 2007, Monographie, Herausgeber zusammen mit Dr. Robert Chr. van Ooyen, 618 Seiten, ISBN 978-3-86676-000-4

Vermögensaufbau und Altersvorsorge. Lexikon zur finanziellen Freiheit

Verlag Ludwig, Kiel, Monographie, 2007, 254 Seiten, ISBN 978-3-937719-32-0

Anlagen

Wissenstest Gesellschaftswissenschaften für die Polizei. 365 Fragen – 365 Antworten für Ausbildung, Prüfung und Praxis im Polizeivollzugsdienst des Bundes und der Länder

Lübecker Medien Verlag, Lübeck, 2007, Monographie, Autor zusammen mit Prof. Dr. Hans-Thomas Spohrer, 421 Seiten, ISBN 978-3-9810551-4-6

Buchbesprechung: van Ooyen: Die Staatstheorie des Bundesverfassungsgerichts und Europa

Nomos Verlag, Baden-Baden, 2007, Aufsatz, Zeitschrift für Politik, Heft 1, S. 120-121, 6 Seiten (Manuskriptseiten bei 1.500 Anschlägen je Seite), ISSN 0044-3360

Politischer Extremismus 1: Formen und aktuelle Entwicklungen

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., 2007, Monographie, Herausgeber zusammen mit Dr. Robert van Ooyen, 452 Seiten, ISBN 978-3-86676-007-3, ISSN 1862-2682

Politischer Extremismus 2: Terrorismus und wehrhafte Demokratie

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., 2007, Monographie, Herausgeber zusammen mit Dr. Robert van Ooyen, 494 Seiten, ISBN 978-3-86676-008-0, ISSN 1862-2682

Staatsrecht und Sicherheit: Rechtspolitische Differenzen zur „Menschenwürde“ im Polizeialltag an den Beispielen „Folter“ und „Lauschangriff“

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., 2007, Aufsatz, Möllers/van Ooyen (Hrsg.): Politischer Extremismus 2: Terrorismus und wehrhafte Demokratie, S. 183-205, 39 Seiten (Manuskriptseiten bei 1.500 Anschlägen je Seite), ISBN 978-3-86676-008-0, ISSN 1862-2682

„Antworten auf den internationalen Terrorismus – Gewährleistung der Inneren Sicherheit durch Bund und Länder“ – Tagungsbericht

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., 2007, Aufsatz, Möllers/van Ooyen (Hrsg.): Politischer Extremismus 2: Terrorismus und wehrhafte Demokratie, S. 310-335, 43 Seiten (Manuskriptseiten bei 1.500 Anschlägen je Seite), ISBN 978-3-86676-008-0, ISSN 1862-2682

Voraussetzungen, Ablauf und Rechtsfolgen von Verfahren, die zu Partei- und Vereinsverboten sowie zur Grundrechtswirkung führen

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., 2007, Aufsatz, Möllers/van Ooyen (Hrsg.): Politischer Extremismus 2: Terrorismus und wehrhafte Demokratie, S. 371-418, 83 Seiten (Manuskriptseiten bei 1.500 Anschlägen je Seite), ISBN 978-3-86676-008-0, ISSN 1862-2682

Aktuelle Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Versammlungsfreiheit zwischen „Rechtsprechungstradition“, „Zeitgeist“ und „Staatsräson“

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., 2007, Aufsatz, Möllers/van Ooyen (Hrsg.): Politischer Extremismus 2: Terrorismus und wehrhafte Demokratie, S. 453-467, 26 Seiten (Manuskriptseiten bei 1.500 Anschlägen je Seite), ISBN 978-3-86676-008-0, ISSN 1862-2682

Auszeichnung für Dozent der Fachhochschule Bund, Fachbereich Bundespolizei
Bundespolizeidirektion, Koblenz, 2007, Aufsatz, „Bundespolizei“ – Zeitschrift der Bundespolizei, S. 45, 2 Seiten (Manuskriptseiten bei 1.500 Anschlägen je Seite),
ISSN 0302-9468

Rezension: Borsdorff/Deyda: Luftsicherheitsgesetz für die Bundespolizei
Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., 2007, Aufsatz, Polizei & Wissenschaft, Heft 1, S. 76-78, 7 Seiten (Manuskriptseiten bei 1.500 Anschlägen je Seite),
ISSN 1439-7404

Rezension: Röger: Demonstration für Neonazis?
Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Bundespolizei, Lübeck, 2007, Aufsatz, Arbeiten zu Studium und Praxis in der Bundespolizei, Band 11: Hans-Thomas Spohrer/Rosalie Möllers (Hrsg.): Rechtsprobleme exekutiver Befugnisweiterungen – Internationale polizeiliche Entwicklungen, S. 120-122, 6 Seiten (Manuskriptseiten bei 1.500 Anschlägen je Seite), ISBN 978-3-938407-18-9, ISSN 1432-6352

Rezension: Schmidt: Bremisches Polizeigesetz. Studien- und Praxiskommentar
Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Bundespolizei, Lübeck, 2007, Aufsatz, Arbeiten zu Studium und Praxis in der Bundespolizei, Band 11: Hans-Thomas Spohrer/Rosalie Möllers (Hrsg.): Rechtsprobleme exekutiver Befugnisweiterungen – Internationale polizeiliche Entwicklungen, S. 131-133, 6 Seiten (Manuskriptseiten bei 1.500 Anschlägen je Seite), ISBN 978-3-938407-18-9, ISSN 1432-6352

Oberregierungsrat Dr. Robert van Ooyen

Polizei, Verfassungsschutz und Organisierte Kriminalität: Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Sachsen zum Trennungsgebot
Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., 2007, Aufsatz, Möllers/van Ooyen (Hrsg.): Jahrbuch öffentliche Sicherheit 2006/2007, S. 365-372

„Freund-Feind-Recht“ und „Doppelstadt“?
Berliner Wissenschaftsverlag, 2007, Aufsatz, Recht und Politik 1/2007, S. 42-45

Politische Bedingungen einer effektiven internationalen Strafgerichtsbarkeit
Dietz-Verlag, Bonn, 2007, Aufsatz, Internationale Politik und Gesellschaft 3/2007, S. 23-35

„Volksdemokratie“ und „Präsidialisierung“: Schnitt-Rezeption im Liberal-Konservativen Etatismus
Nomos Verlag, Baden-Baden, 2007, Aufsatz, Rüdiger Vogt (Hrsg.): Der Staat des Dezi-
sionismus, S. 39-59

Die Parteienstaatslehre von Gerhart Leibholz; Eine Kritik
Berliner Wissenschaftsverlag, 2007, Aufsatz, Jahrbuch Juristische Zeitgeschichte, Band 8, S. 359-368

Politischer Extremismus 2: Terrorismus und wehrhafte Demokratie
Herausgeber zusammen mit Dr. Martin Möllers, Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., 2007, Monographie, 494 Seiten, ISBN 978-3-86676-008-0

Anlagen

Politischer Extremismus 1: Formen und aktuelle Entwicklungen

Herausgeber zusammen mit Dr. Martin Möllers, Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., 2007, Monographie, 452 Seiten, ISBN 978-3-86676-007-3

Die Staatstheorie des Bundesverfassungsgerichts und Europa

Nomos Verlag, Baden-Baden, 2006, Monographie, 114 Seiten, ISBN 3-8329-2068-4

Verfassungsrealismus (Hrsg.)

Nomos Verlag, Baden-Baden, 2007, Monographie, 224 Seiten, ISBN 978-3-8329-3055-4

Öffentliche Sicherheit und Freiheit

Nomos Verlag, Baden-Baden, 2007, Monographie, 183 Seiten, ISBN 978-3-8329-2669-4

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007

(Herausgeber zusammen mit Dr. Martin Möllers), Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., 2007, Monographie, 618 Seiten, ISBN 978-3-86676-000-4

Das Bundesverfassungsgericht im politischen System

(Herausgeber zusammen mit Dr. Martin Möllers), VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006, Monographie, 542 Seiten, ISBN 103-531-14762-5

Politische Bedingungen internationaler Strafgerichtshöfe

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., 2007, Monographie, 184 Seiten, ISBN 978-3-86676-017-2

Professor Dr. Tilmann Schott

Einschleusen von Ausländern

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., 2007, Monographie, 363 Seiten, ISBN 978-3-86676-004-2

Grenzpolizeiliches Wörterbuch Aufenthaltsrecht und Ausweisrecht

Lübecker Medienverlag, 2007, Monographie, 203 Seiten, ISBN 978-3-9810551-5-3

Strafvorschriften des Einschleusens von Ausländern

Boorberg Verlag Stuttgart, 2007, Aufsatz, Deutsches Polizeiblatt, 4 Seiten

Die Schleusertatbestände §§ 96, 97 AufenthG

Aufsatz, 2007, Strafverteidiger, 7 Seiten

Fachbereich Bundeswehrverwaltung

Professor Dr. mult. Kurt Guss

Ontogenese und Phylogenese

R. v. Decker's, Heidelberg, 2007, Aufsatz, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung, Heft 3, 5 Seiten

Individuum und Gesellschaft

R. v. Decker's, Heidelberg, 2007, Aufsatz, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung, Heft 7, 5 Seiten

Kurt Lewin und die Theorie des sozialen Feldes

R. v. Decker's, Heidelberg, 2007, Aufsatz, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung, Heft 8, 9 Seiten

Professor Dr. Tobias Hagen

Fixed-term contracts as sorting mechanism: Evidence from job durations in West Germany

Elsevier, Niederlande, 2007, Aufsatz, Zeitschrift: Labour Economics, 22 Seiten

Estimating the Effect of Parliamentary Elections on Primary Budget – Deficits in OECD Countries

Vanderbilt University, USA, Aufsatz, Zeitschrift: Economics Bulletin, Vol. 8, No 8 pp. 1-5, 5 Seiten

Effects of Parliamentary Elections on Primary Budget Deficits in OECD Countries – Robustness of the Results with Regard to Alternative Econometric Estimators

Taylor & Francis, London, 2008, Aufsatz, Zeitschrift: Applied Economics Letters, zur Veröffentlichung angenommen, 10 Seiten

Arbeitsmarkteffekte der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland

C.H. Beck in Gemeinschaft mit dem Verlag Franz Vahlen, 2008, Aufsatz, Zeitschrift: WiSt-Wirtschaftswissenschaftliches Studium, zur Veröffentlichung angenommen, 11 Seiten

Bestimmungsfaktoren für Umfang und Struktur des öffentlichen Sektors: Ökonomische Theorien der Politik und der Verwaltung

R.v. Decker's Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg, 2008, Aufsatz, Zeitschrift: Unterrichtsblätter – Zeitschrift für Ausbildung, Fortbildung und Verwaltungspraxis für die Bundeswehrverwaltung, im Druck, 8 Seiten

Professor Dr. Karl-Heinz Hausner

Die Schaffung öffentlicher Aufgabenträger und die Verteilung der Aufgaben auf die Aufgabenträger

C.H. Beck und Vahlen, München, Frankfurt a.M., 2007, Aufsatz, WiSt - Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Heft 1/2007, S. 43-46, 4 Seiten

Die Verteilung der staatlichen Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen

C.H. Beck und Vahlen, München, Frankfurt a.M., 2007, Aufsatz, WiSt - Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Heft 2/2007, S. 103-107, 5 Seiten

The European Budget in the Years 2007 to 2013 and the Common Agricultural Policy

Springer Verlag, Heidelberg, 2007, Aufsatz, Intereconomics – Review of European Economic Policy, Heft 1/2007, S. 54-60, 7 Seiten

Ökonomische Aspekte des Klimawandels

Bankakademie Verlag, Frankfurt a.M., 2007, Aufsatz, Studien der Bankakademie, Bd. Volkswirtschaft, Teil 3, Aktuelle Information, Juni 2007, 2 Seiten

Anlagen

Die Theorie der öffentlichen Güter sowie deren Bereitstellung durch öffentliche Aufgabenträger

R.v. Decker's Verlagsgruppe, Heidelberg, 2007, Aufsatz, Unterrichtsblätter – Zeitschrift für Ausbildung, Fortbildung und Verwaltungspraxis für die Bundeswehrverwaltung, Heft 10/2007, S.382-389, 8 Seiten

Emmissionshandel und Erneuerbare Energien

Bankakademie Verlag, Frankfurt a.M., 2007, Aufsatz, Studienwerk der Bankakademie, Bd. Volkswirtschaft, Teil 3, Aktuelle Information, November 2007, 3 Seiten

Regierungsdirektorin Dr. Beatrix Jansen

Die Zeugnissprache im Arbeitsverhältnis – Zwischen Wahrheit und Wohlwollen

R.v. Decker's Verlagsgruppe Heidelberg, Hüthig, Jehle, Rehm, 2007, Aufsatz, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung, 8 Seiten

Professor Dr. Gisbert Ansgar Kaiser

Bürgerliches Recht – Basiswissen und Fallschulung für Anfangssemester

C.F. Müller UTB Heidelberg, München, Berlin, 2007, 606 Seiten, ISBN 978-3-8252-2420-2

Professor Hans-Jürgen Schmidt

Betriebswirtschaftslehre und Verwaltungsmanagement

7. Aufl., C.F. Müller, Heidelberg, UTB Nr. 2227, 2008, Monographie, ca. 500/450 Seiten, ISBN 3-8252-2227-6 (alte 6. Auflage)

Regierungsdirektor Privatdozent Dr. habil. Roman Schmidt-Radefeldt

Der Einsatz der Bundeswehr im Innern – wissenschaftlicher Vortrag, gehalten am 16.11.2007 am Zentrum Innere Führung, Koblenz – Die Wurzeln des modernen Kriegsvölkerrechts als transatlantisches Erbe – Leben und Werk von Francis Lieber (1798-1872)

Oldenbourg Wissenschaftsverlag, 2007/2008, Aufsatz, Militärgeschichtliche Zeitschrift (MGZ), i. E., 23 Manuskriptseiten

Kommentierung der Wehr- und Notstandsverfassung des Grundgesetzes (Art. 12 a, 17 a, 45 b, 65 a, 87 b, 80 a, 115 a-e GG); halbjährliche Aktualisierung

Beck Verlag, München, 2008, Virtuelles Dokument, Beck-Online Kommentar zum Grundgesetz, Hrsg. v. Epping/Hillgruber, Beck Verlag, i. E., ca. 70 Bildschirmseiten

Rechtsschutz gegen UN-Terrorlisten – eine kafkaeske Situation?

Wissenschaftlicher Vortrag, gehalten am 20.06.2007 an der Universität der Bundeswehr, München

Der Schutz von Kulturgütern in bewaffneten Konflikten

R.v. Decker, 2007, Aufsatz, UBWV 2007, 10 Seiten

Oberregierungsrat Assessor jur. und Diplom-Verwaltungswirt Matthias Schütte

Polizei- und Strafprozessrecht – Fragen und Antworten für Prüfung und Praxis – Band 6: Schleswig-Holstein

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt/Main, 2007, Buch, 132 Seiten, ISBN 978-3-86676-014-1

Das Nebentätigkeitsrecht der Beamten

R.v. Decker's Verlagsgruppe Heidelberg, Hüthig, Jehle, Rehm, 2007, Aufsatz, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung, 6 Seiten, ISSN 0042-0611

Gnade vor Recht? Eine Betrachtung zur Entwicklung des Gnadenrechts

R.v. Decker's Verlagsgruppe Heidelberg, Hüthig, Jehle, Rehm, 2007, Aufsatz, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung, 10 Seiten, ISSN 0042-0611

Professor Dr. Michael Vierling

Mittelfristige Finanzplanung und jährliche Haushaltsplanung des Bundes

Springer, Heidelberg, 2007, Aufsatz, Wirtschaftsdienst, Heft 12, 6 Seiten

Fachbereich Finanzen

Professor Ernst-Udo Bachmann

Außenwirtschaftsrechtliche Beschränkungen der Ausfuhr

Bundesanzeiger Verlag, Köln, 2007, Aufsatz, AWPraX 02/2007 S. 81-85 (Teil 1), AWPraX 03/2007 S. 126-130 (Teil 2), 10 Seiten

Professor Dr. sc. Jürgen Bleihauer

Kommentar zu Art. 20 Zollkodex

Verlag Dr. Otto Schmidt Köln, 2004, Hübschmann-Hepp-Spitaler, Abgabenordnung/Finanzgerichtsordnung – Kommentar – Band 13 – Zollkodex, 50 Seiten, ISBN 3-504-22084-8

Regierungsdirektor Matthias Bongartz

Energiesteuer, Stromsteuer, Zolltarif

Vahlen, München, 2006, 30 Seiten, ISBN 978-3-800-63444-6

Professor Dr. Reginhard Henke

Kommentierung zu § 21 UStG

NWB Verlag, Herne-Berlin, 2007, Peter/Burhoff/Stöcker, Umsatzsteuer Kommentar, 74. Lfg., 137 Seiten, ISBN 978-3-482-40705-5

Das Zolllager – Gestaltung, AEO, ATLAS

Bundesanzeiger Verlag, 2007, Aufsatz, Der Zollprofi – Export, Import, Steuern (Zeitschrift), 4 Seiten

Die Passive Veredelung – Nutzen, Mehrwertverzollung, ATLAS

Bundesanzeiger Verlag, 2007, Aufsatz, Der Zollprofi – Export, Import, Steuern (Zeitschrift), 4 Seiten

Anlagen

Neue Chancen und Risiken für die europäische Wirtschaft

Mendel Verlag Witten, 2007, Tagungsband des 18. Europäischen Zollrechtstags des Europäischen Forums für Außenwirtschaft in Esslingen (Hrsg.), 172 Seiten, ISBN 978-3-930670-97-0

Überführung von Waren in Zollverfahren

NWB Verlag Herne-Berlin, 2007, Monographie, Lehrbuch des Europäischen Zollrechts, 5. Aufl., 40 Seiten, ISBN 978-3-482-43545-4

Zolllagerverfahren (gemeinsam mit Peter Witte)

NWB Verlag Herne-Berlin, 2007, Monographie, Lehrbuch des Europäischen Zollrechts, 5. Aufl., 34 Seiten, ISBN 978-3-482-43545-4

Vorübergehende Verwendung

NWB Verlag Herne-Berlin, 2007, Monographie, Lehrbuch des Europäischen Zollrechts, 5. Aufl., 24 Seiten, ISBN 978-3-482-43545-4

Zolloberamtsrat Dipl.-Finanzwirt Hans-Joachim Kampf

Abfallverbringung im Aufgabenspektrum der Zollverwaltung

Bundesanzeiger-Verlag, Köln, 2007, Aufsatz, aw-prax 2007, S. 283 ff., 324 ff., 9 Seiten, ISSN 0947-3017

Die Abfallverbringungsverordnung 2006

Bund der deutschen Zollbeamten im dbb, Berlin, 2007, Aufsatz, bsz-magazin, S. 79 ff., 8 Seiten, ISSN 1437-9864

Abfallrecht

Bundesanzeiger-Verlag, Köln, 2007, Witte (Hrsg.) Zoll- und Exportmanagement, 44 Seiten, ISBN 978-3-89817-582-1

Erfassung des Warenverkehrs; Versandrecht; Vorzugsbehandlungen

5. Auflage 2007, NWB Verlag Herne-Berlin, 2007, Aufsatz, Witte/Wolfgang, Lehrbuch des europäischen Zollrechts, 9 Seiten, ISBN 978-3-482-43545-4-5

Professor Dr. Kai-Uwe Kock

Zollrechtlicher Prüfungsfall mit Schwerpunkt Produktpiraterie-Verordnung

Aufsatz, in: ZfZ 2007, Teil I, S. 39, ZfZ 2007, Teil II, S. 67 ff., 3 Seiten

Erlöschen der Zollschuld bei vorschriftswidrigem Verbringen

Aufsatz, in: BDZ-Fachteil 2007, S 49 ff., 4 Seiten

Papismedov und die Zollschuld, - EuGH auf neuen (Irr-) Wegen?

Aufsatz, in: BDZ-Fachteil 2007, S 35 ff., 4 Seiten

Staats- und Verfassungsrecht (Bearbeiter des Teils)

4. Auflage 2007, Monographie, in: Wolfgang, Kock, Stüwe, Zimmermann, Öffentliches Recht und Europarecht, 131 Seiten, ISBN 978-3-482-48344

Kommentierung der Artikel 37 bis 58 Abs. 1 Zollkodex
Monographie, in: Dorsch, Zollkodex Kommentar, 150 Seiten

Professor Dr. Peter Witte

E-Zoll – Wohin mit den Papieren?

Köln, 2007, Außenwirtschaftliche Praxis Heft 6 S. 223t, 1 Seite, ISSN 0947-3017

Benutzung des „grünen Ausgangs“

Köln, 2007, Außenwirtschaftliche Praxis Heft 10 S. 420t, 3 Seiten, ISSN 0947-3017

Der zugelassene Wirtschaftsbeteiligte; Zollrechtliche Bestimmung; Zolllagerverfahren; Zollschuld: Entstehen, Erlöschen; Reiseverkehr; Zollglossar

Herne/Berlin, 2007, Lehrbuch des Europäischen Zollrechts, 115 Seiten, ISBN 978-3-482-43545-5

„Verbringer“ kraft Organisationsgewalt

Köln, 2007, Aufsatz, Außenwirtschaftliche Praxis Heft 9, S. 378 ff., 4 Seiten, ISSN 0947-3017

Vorteile des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten

Köln, 2007, Aufsatz, Außenwirtschaftliche Praxis Heft 4, S. 147 ff., 4 Seiten, ISSN 0947-3017

Zollschuld nach Art. 122 Buchst. c) ZK

Köln, 2007, Aufsatz, Außenwirtschaftliche Praxis Heft 2 S. 75 ff., 3 Seiten, ISSN 0947-3017

Bewilligungsvoraussetzungen zum zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten

Lernprogramm zum zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten, 3 Seiten

Professor Dr. Heiko Zimmermann

Erläuterungen zu verschiedenen Zollverfahren; Erläuterungen Einfuhrumsatzsteuer, Kommentierung zu Art. 62 ff ZK (Zollanmeldung)

R.v. Decker Verlag, 2007, Müller-Eiselt, EG-Zollrecht, Kommentar, 300 Seiten, ISBN 978-3-7685-5000-0

Öffentliches Recht und Europarecht; Dritter Teil: Recht der Europäischen Gemeinschaften

NWB Verlag, Hamm/Herne, 2007, 125 Seiten, ISBN 978-3-482-48344-8

Hartmann/Metzenmacher, Kommentar, Umsatzsteuergesetz

7. Auflage; Neukommentierung § 21 UStG, Erich Schmidt Verlag, Berlin, 2007, 128 Seiten, ISBN 978-3-503031870

Fachbereich Kriminalpolizei

Regierungsdirektor Manfred Krauß

Qualitätsmanagement der Abteilung Kriminalpolizei der FH-Bund

Fachhochschule des Bundes, Brühl/Rheinland, 2007, Aufsatz, Pfahl-Traughber, A., Rose-Stahl, M. (Hrsg.): Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der Schule für Verfassungsschutz; Beiträge zur inneren Sicherheit 31, 12 Seiten, ISBN 938-3-938407-20-2

Professorin Dr. Irene Wirtz

Fallsammlung

Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl, 2007

Professor Dr. Patrick Sensburg

Handlungsformen der EG und EU – Ein Überblick –

Köln, 2007, Aufsatz, juristische Arbeitsblätter (JA) Heft 8-9/2007, 7 Seiten, ISSN 0720-6356

Der Schutz vor Angriffen auf Informationssysteme als weitere Schritt zum europäischen Strafrecht?

Heidelberg, 2007, Aufsatz, Kriminalistik, 3 Seiten, ISSN 0023-4699

Abgabenrecht in der Zuständigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Berlin, 2007, 180 Seiten, ISBN 978-3-8305-1284-4

Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Leitender Verwaltungsdirektor Karl Friedrich Köhler

Buchbesprechung zu Martin Busch, Eine ökonomische Analyse der gesetzlichen Unfallversicherung, Frankfurt u.a. 2004

Bundesverbände der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, Kassel, 2007, Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft (SdL), Heft 4/2007, 2 Seiten

Widerspruchs- und sozialgerichtliches Verfahren

Bundesverbände der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, Kassel, 2007, 3. Auflage, Monographie, Schriftenreihe Ausbildung-Studium, 256 Seiten

Verwaltungsrecht – Das Verwaltungsverfahren der Sozialversicherungsträger – Teil 1

Bundesverbände der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, Kassel, 2007, 6. Auflage, Monographie, Schriftenreihe Ausbildung-Studium, 240 Seiten

Verwaltungsrecht – Das Verwaltungsverfahren der Sozialversicherungsträger – Teil 2

Bundesverbände der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, Kassel, 2007, 5. Auflage, Monographie, Schriftenreihe Ausbildung-Studium, 235 Seiten

Verwaltungsrecht – Das Verwaltungsverfahren der Sozialversicherungsträger – Teil 3

Bundesverbände der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, Kassel, 2007, 5. Auflage, Monographie, Schriftenreihe Ausbildung-Studium, 256 Seiten

Verwaltungsdirektor Rudi Krug

Versicherungspflicht gem. § 2 Abs. 1 Nr. 7 KVLG 1989 – Bisher nicht versicherte Personen

Bundesverbände der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, Kassel, 2007, Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft (SdL), Heft 3/2007, 14 Seiten

Verwaltungsobererrat Klaus Merle

Lehr- und Praxiskommentar zur Gesetzlichen Unfallversicherung

Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2. Auflage, Ende 2006, ISBN 3-8329-1007-7

Fachbereich Nachrichtendienste – Abteilung Verfassungsschutz

Christine Brost

Die Rolle der Religion in der Politik der islamischen Republik Iran

Brühl, 2007, Aufsatz, Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der Schule für Verfassungsschutz und für Andreas Hübsch, S. 61-76

Professor Dr. Raimund Jokiel

Führen von Mitarbeitern im Nachrichtendienst

Brühl, 2007, Aufsatz, Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der Schule für Verfassungsschutz und für Andreas Hübsch, S. 177-195

Professor Dr. Armin Pfahl-Traugher

Gibt es eine „ Braune Armee Fraktion?“- Die Entwicklung des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland

Frankfurt/M., 2007, Aufsatz, Martin H. W. Möllers/Robert Chr. von Ooyen (Hrsg.), Politischer Extremismus 2: Terrorismus und wehrhafte Demokratie, S. 88-110

Die Wahlerfolge und –niederlagen der NPD

2007, Aufsatz, liberal, 49. Jg., Nr. 1/2007, S. 36-38

Selbstverständnis. Unser Umgang mit Migranten zeigt uns, wer wir sind

2007, Aufsatz, Kulturaustausch, 57. Jg., Nr. III/2007, S 52 f.

Staatsformen im 20. Jahrhundert I: Diktatorische Systeme

Köln, 2007, Aufsatz, Alexander Gallus/Eckhard Jesse, Staatsformen von der Antike bis zur Gegenwart, 2. Auflage, S. 223-280

Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft – Strukturmerkmale extremistischer Ideologien

Frankfurt/M., 2007, Aufsatz, Martin H. W. Möllers/Robert Chr. von Ooyen (Hrsg.), Politischer Extremismus I: Formen und aktuelle Entwicklungen, S. 15-35

Anlagen

Rechtsextremistische Parteien in der Bundesrepublik Deutschland

Frankfurt/M., 2007, Aufsatz, Martin H. W. Möllers/Robert Chr. von Ooyen (Hrsg.), Politischer Extremismus I: Formen und aktuelle Entwicklungen, S. 264-296

Der Ideologiebildungsprozess beim Judenhass der Islamisten – Zum ideengeschichtlichen Hintergrund einer Form des „Neuen Antisemitismus“

Frankfurt/M., 2007, Aufsatz, Martin H. W. Möllers/Robert Chr. von Ooyen (Hrsg.), Politischer Extremismus I: Formen und aktuelle Entwicklungen, S. 353-380

Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der Schule für Verfassungsschutz und für Andreas Hübsch

Fachhochschule des Bundes für Öffentliche Verwaltung, Brühl, 2007, 638 Seiten, ISBN 938-3-938407-20-2, ISSN 0946-5782

Islamismus als extremistisches totalitäres Denken. Strukturmerkmale einer Ideologie der geschlossenen Gesellschaft

2007, Aufsatz, Aufklärung und Kritik, Sonderheft 13/2007, S. 62-78

Die Islamismuskompatibilität des Islams. Anknüpfungspunkte in Basis und Geschichte der Religion

2007, Aufsatz, Aufklärung und Kritik, Sonderheft 13/2007, S. 79-95

Diener des Rechts. Ein Porträt des Anti-Mafia-Richters Giovanni Falcone

2007, Aufsatz, Mut, Nr. 477 vom Mai 2007, S 36-47

Antisemitische und nicht-antisemitische Israel-Kritik. Eine Auseinandersetzung mit den Kriterien zur Unterscheidung

2007, Aufsatz, Aufklärung und Kritik, 14. Jg., 17/2007, S. 49-58

Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus

2007, Aufsatz, Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 31 vom 30. Juli 2007, S. 4-11

Toleranz braucht Grenzen. Ein Plädoyer für Kulturpluralismus und gegen Kulturrelativismus

2007, Aufsatz, Vorgänge, 46. Jg., Nr. 179/September 2007, S. 110-119

Pro-contra NPD-Verbot

2007, Aufsatz, fiqh Journal (Forschungsinstitut für Philosophie Hannover), Nr. 9 vom Februar 2007, S. 20

Treudeutsch im alten Dogma. Ein analytischer Blick in das neue DKP-Programm

2007, Aufsatz, Freiheit und Recht, Nr. 1/März 2007, S. 9 f.

Dr. Monika Rose-Stahl

Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der Schule für Verfassungsschutz und für Andreas Hübsch

Brühl, 2007, Beiträge zur Inneren Sicherheit, 638 Seiten

Diplom oder modularisierter Diplomstudiengang? Mögliche Auswirkungen des „Bologna-Prozesses“ auf die Ausbildung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes im Verfassungsschutz des Bundes

Brühl, 2007, Aufsatz, Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der Schule für Verfassungsschutz und für Andreas Hübsch, S. 510-525

Siegfried Schwan und Horst Schuh (Hrsg.)

Afghanistan – Land ohne Hoffnung? Kriegsfolgen und Perspektiven in einem verwundeten Land

Brühl, 2007, Beiträge zur Inneren Sicherheit, Bd. 30, 165 Seiten

Siegfried Schwan

Beobachtung des Ausländerextremismus in der Bundesrepublik Deutschland unter sich verändernden globalpolitischen Rahmenbedingungen

Brühl, 2007, Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der Schule für Verfassungsschutz und für Andreas Hübsch, S. 552-558

Fachbereich Sozialversicherung

Hauptamtlich Lehrender Thomas Becker

Pschyrembel Sozialmedizin

de Gruyter, Berlin, 2007, Buch, ca. 20 Seiten, ISBN 978-3-11-017605-6

Professor Dr. Jürgen Beschorner

Anspruch des Ehegatten eines in einem anderen Mitgliedstaat berufstätigen Wanderarbeitnehmers auf Erziehungsgeld

Wolters-Kluwer-Verlag R. S. Schulz, Unterschleißheim, 2007, Aufsatz, demnächst (Heft 11) in ZFSH/SGB 2007 (Sozialrecht in Deutschland und Europa), 5 Seiten, ISSN 1434-5668

Zulässigkeit gemeinschaftsrechtlicher Beschränkungen des Nachzuges Minderjähriger

Nomos-Verlag Baden-Baden, 2007, Aufsatz, Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, Heft 3, S. 87-93, 7 Seiten

Die Bildungsprogramme der EU

Monographie, demnächst in: Schriftenreihe der FH Bund

Professor Dr. Thomas Cirsovius

Hinzuverdienstgrenzen bei Bezug von Erwerbsminderungsrenten – Auslegungsprobleme im Zusammenhang mit § 96 a Abs. 1 S. 2, 2. HS. SGB VI

Verlag R. S. Schulz GmbH, Starnberg, 2007, Aufsatz, ZFSH/SGB 2007, S. 648 ff.; Heft 11/2007, 9 Seiten

Weitere Einnahme der Erwerbsminderungsrente? Zu den möglichen Folgen der Heraufsetzung der Regelaltersgrenze

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin, 2007, Aufsatz, SGB 2007, S. 321-328 (Heft 6), 8 Seiten

Anlagen

Änderungen des Rentenversicherungsrechts in Mikrozeitabschnitten im Lichte des Rechtsstaatsprinzips

Carl Heymanns Verlag, Köln, 2007, Aufsatz, VSSR 2007, S. 41-64, 24 Seiten, ISBN 978-3-452-26544-9

Professor Dr. Gernot Dörr

Verfahren nach dem Sozialgerichtsgesetz

Boorberg, Stuttgart/München, 2008, Monographie, ca. 240 Seiten, ISBN 978-3-415-03912-4

Wiederaufgreifende Verwaltungsverfahren

Deutsche Rentenversicherung Bund, 2007, Aufsatz, RV aktuell 7/2007, S. 214, 5 Seiten

Behördenkonflikte vor Sozialgerichten

Heymanns, Köln, Aufsatz, DVBl 9/2007, S. 545-547, 3 Seiten, ISSN 0012-1363

Verwaltungsdirektor Konrad Francke

Verfahren nach dem Sozialgerichtsgesetz

Boorberg, Stuttgart/München, 2007, Monographie, ca. 240 Seiten, ISBN 978-3-415-03912-4

Professor Dr. Hansgeorg Frohn

Verfassungsprobleme der Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung

Aufsatz, Die Sozialgerichtsbarkeit 2007, S. 129 ff., 8 Seiten

Professorin Dr. Almut Veidt

Interne Evaluation – FHB-FBSV – Bericht Pilotphase (Kurzfassung)

Intranet und Eigendruck, 2007, Forschungsvorhaben und virtuelles Dokument, Intranet FHB-FBSV, 11 Seiten (+ 7 Seiten Anlagen)

Interne Evaluation – FHB-FBSV – Bericht Pilotphase

Intranet und Eigendruck, 2007, Forschungsvorhaben und virtuelles Dokument, Intranet FHB-FBSV, 30 Seiten (+ 7 Seiten Anlagen)

Professorin Dr. Ricarda Wolf

Rezension zu: Reinhold Schmitt (Hrsg.): Koordination, Analysen zur multimedalen Interaktion, Tübingen: Narr 2007

Aufsatz, Gesprächsforschung-Online-Zeitschrift zur verbalen Interaktion, Ausgabe 8/2007 (www.gespraechsforschung-ozs.de), 17 Seiten

Gesprächsführung in der Renten-Beratung – Ein gesprächsanalytisch fundiertes Training

Verlag für Gesprächsforschung, Radolfzell, 2007, Aufsatz, Meer, Dorothee/Mönnich, Annette/Spiegel, Carmen (Hrsg.): Kommunikationstrainings im Beruf – Erfahrung mit gesprächsanalytisch fundierten Fortbildungskonzepten, 38 Seiten

Mitglieder des Senats der FH Bund 2007

Präsident

Präsident Thomas Bönders (Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung)

Fachbereichsleiter/-innen

Regierungsdirektor Dr. Wolfgang Harmgardt (Allgemeine Innere Verwaltung)
Leitender Wissenschaftsdirektor Dr. Heinz Stegmann (Arbeitsverwaltung)
Vortragende Legationsrätin Gabriela Renate Bennemann (Auswärtige Angelegenheiten)
Prof. Dr. Anke Borsdorff [kommissarisch] (Bundespolizei)
Direktor Rudolf Junger (Bundeswehrverwaltung)
Direktor Dr. Ralf Bernhard (Finanzen)
Regierungsrat Dr. Thorsten Heyer (Fachbereich Kriminalpolizei)
Leitender Verwaltungsdirektor Hubert Lohaus (Landwirtschaftliche Sozialversicherung)
Erster Direktor Jörg Hofmann (Fachbereich Nachrichtendienste)
Abteilungsdirektorin Gudrun Dannhauer (Sozialversicherung)
Regierungsdirektor Harald Wollkopf (Wetterdienst)

Professorinnen und Professoren sowie gleichgestellte hauptamtlich Lehrende

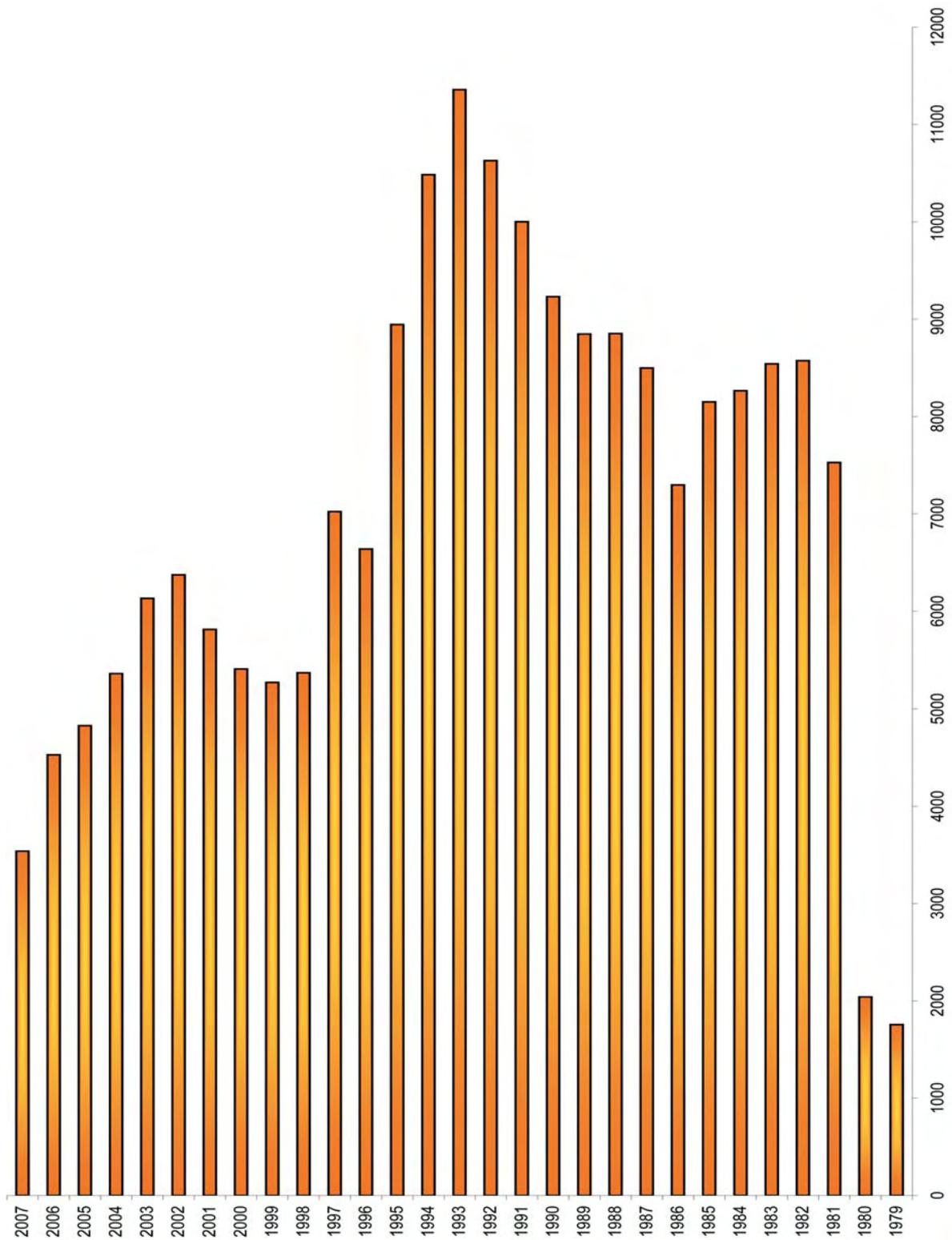
Regierungsdirektor Dr. Günter Schmidt (Allgemeine Innere Verwaltung)
Regierungsdirektor Dr. Andreas Lamers (Zentralbereich)
Prof. Dr. Ullrich Steding (Auswärtige Angelegenheiten)
Dr. Eckart Lang (Bundeswehrverwaltung)
Prof. Dr. Wolfgang Huchatz (Finanzen)
Prof. Dr. Friedhelm Wallbaum (Wetterdienst)
Prof'n Dr. Donata Ficht (Sozialversicherung)
Verwaltungsobererrat Klaus Merle (Landwirtschaftliche Sozialversicherung)
Prof'n Dr. Anke Borsdorff (Bundespolizei)
Hauptamtlich Lehrende für besondere Aufgaben und sonstige Beschäftigte
Oberregierungsrat Dr. Rainer Albrecht (Zentralbereich)
Regierungsoberamtsrätin Doris Blau (Zentralbereich)
Verwaltungsobererrat Jürgen Pahl (Sozialversicherung)
Regierungsamtsrat Uwe Schlegel (Bundespolizei)

Studierende

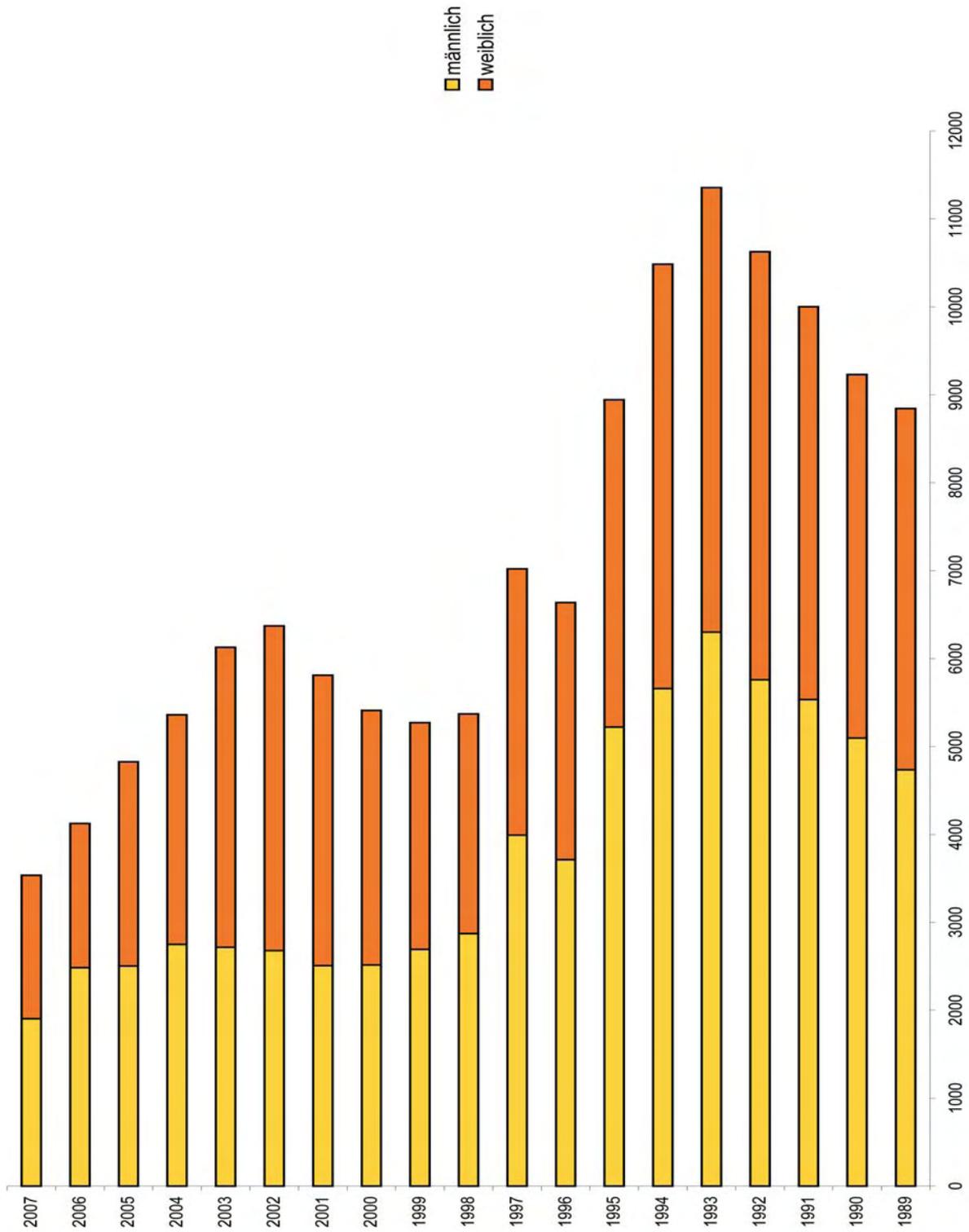
Christian Munk (Allgemeine Innere Verwaltung)
Manuela Schülpen (Arbeitsverwaltung)
Jessica Kratt (Auswärtige Angelegenheiten)
Boris Klassen (Bundeswehrverwaltung)
Thorsten Schürle (Finanzen)
Ingo Rosenberg (Sozialversicherung)
Eric Preußker (Landwirtschaftliche Sozialversicherung)
Torsten Gerlach (Bundespolizei)
Stefan Hahn (Wetterdienst)
N. N. (Nachrichtendienste)

Teilnehmende ohne Stimmrecht

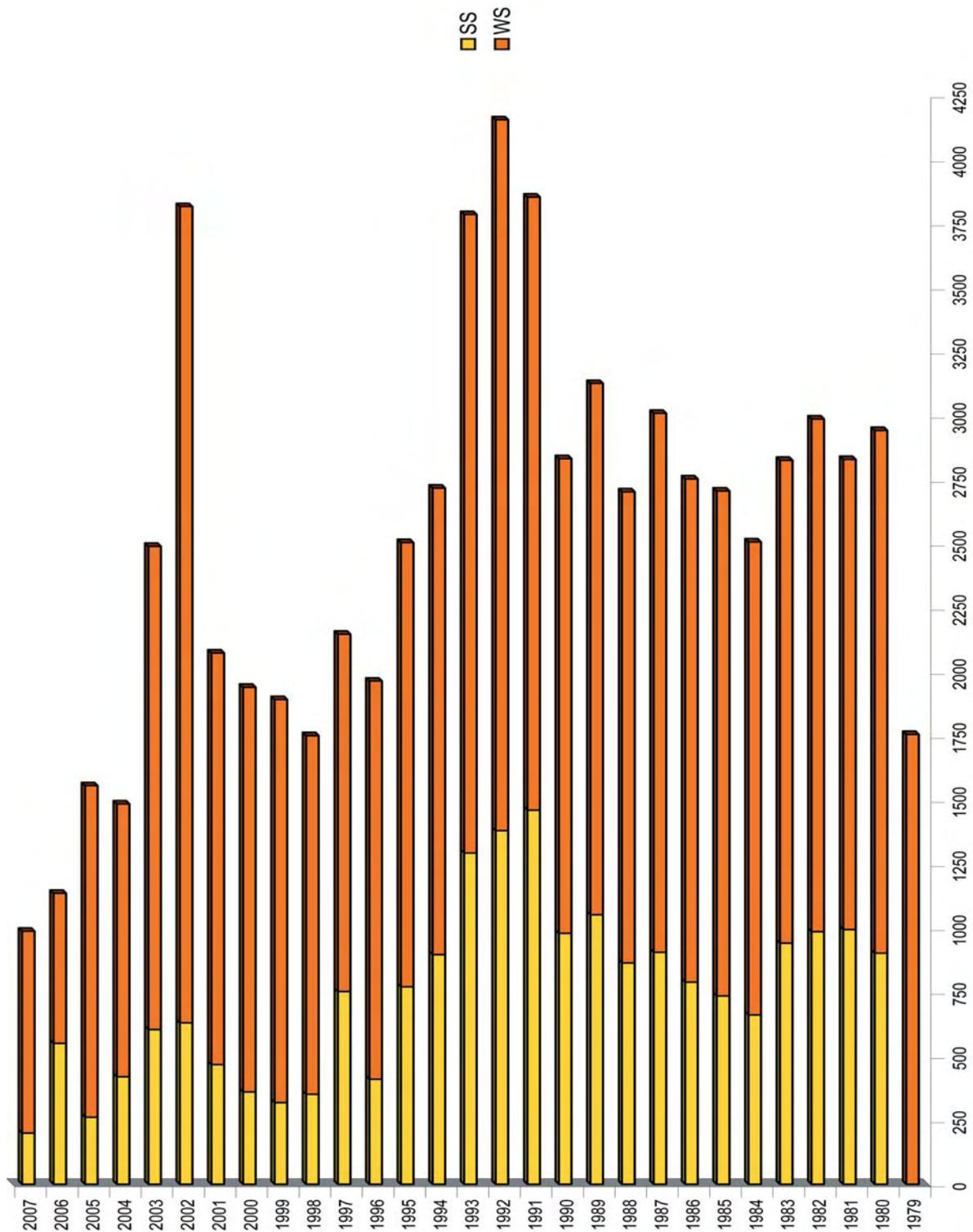
Prof. Dr. Detlef Leipelt (Zentralbereich)
Kanzler Abteilungspräsident Claus Hoffmann (Zentralbereich)

Statistik: Entwicklung der Studierendenzahlen (1979 - 2007)

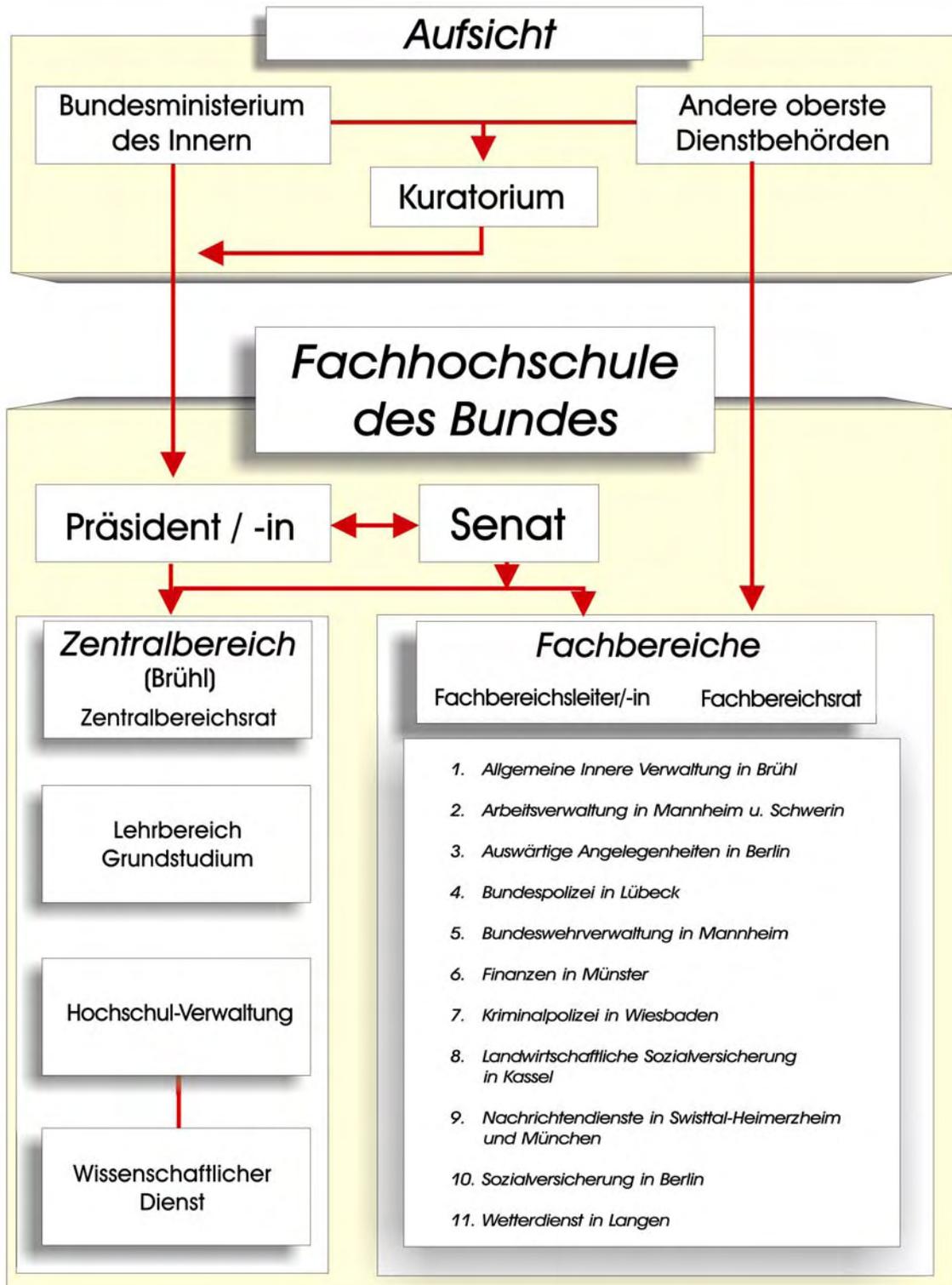
Statistik: Entwicklung der Studierendenzahlen (1989 - 2007) [geschlechts-spezifisch]



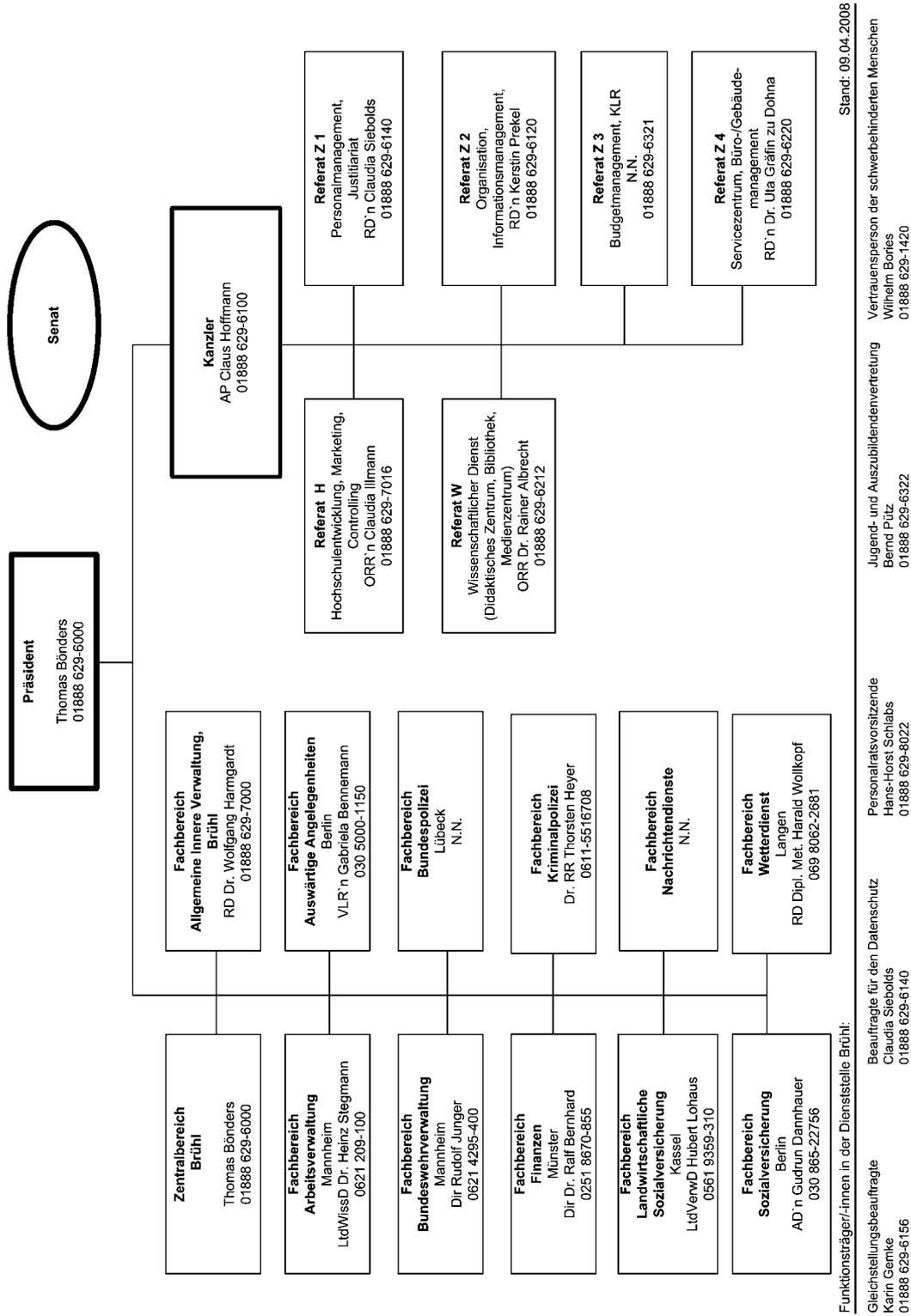
Statistik: Studienanfängerinnen und -anfänger (1979 - 2007)[je Semesterbeginn]



Struktur der FH Bund nach Grundordnung



Organisationsplan der FH Bund



Stand: 09.04.2008

Übersicht der Fachbereiche und deren Leiterinnen und Leiter

Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung

Regierungsdirektor Dr. Wolfgang Harmgardt
Willy-Brandt-Straße 1
50321 Brühl
Fon: (01888) 629-0
Fax: (01888) 629-9216



Fachbereich Arbeitsverwaltung

Leitender Wissenschaftsdirektor Dr. Heinz Stegmann
Seckenheimer Landstraße 16
68163 Mannheim
Fon: (0621) 4209-0
Fax: (0621) 4209-215



Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten

Vortragende Legationsrätin Gabriela Renate Bennemann
Schwarzer Weg 45
13505 Berlin
Fon: (01888) 5000-0
Fax: (01888) 5000-1126



Fachbereich Bundespolizei

Prof. Dr. Anke Borsdorff [kommissarisch]
Ratzeburger Landstraße 4
23562 Lübeck
Fon: (0451) 203-0
Fax: (0451) 203-1179

Fachbereich Bundeswehrverwaltung

Direktor Rudolf Junger
Seckenheimer Landstraße 10
68163 Mannheim
Fon: (0621) 4295-0
Fax: (0621) 4295-4222



Fachbereich Finanzen

Direktor Dr. Ralf Bernhard
Gescher Weg 100
48161 Münster
Fon: (0251) 8670-0
Fax: (0251) 8670-666



Fachbereich Kriminalpolizei

Regierungsrat Dr. Thorsten Heyer
Thaerstr. 11
65193 Wiesbaden
Fon: (0611) 55-0
Fax: (0611) 55-16739

Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Leitender Verwaltungsdirektor Hubert Lohaus
Weißensteinstraße 70-72
34131 Kassel
Fon: (0561) 9359-0
Fax: (0561) 9359-328



Fachbereich Nachrichtendienste - Abteilung Bundesnachrichtendienst

Erster Direktor Jörg Hofmann [kommissarisch]
Wasserburger Straße 43-47
85540 Haar

Fachbereich Nachrichtendienste - Abteilung Verfassungsschutz

Willy-Brandt-Straße 1
50321 Brühl
Fon: (02232) 579398-0

Fachbereich Sozialversicherung

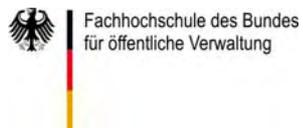
Abteilungsdirektorin Gudrun Dannhauer
Nestorstraße 23-25
10709 Berlin
Fon: (030) 865-0
Fax: (030) 865-28670



Fachbereich Wetterdienst

Regierungsdirektor Dipl.-Met. Harald Wollkopf
Am DFS-Campus 4
63225 Langen
Fon: (06103) 7074-0
Fax: (06103) 7074-03





Impressum

Inhalt:
Umschlagentwurf/
Layoutberatung:
Auflage:

Referat H
Referat W/ Medienzentrum
1.000 Stück